

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**[Nummer Erlassregister]****Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des dekretalen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023;

Aufgrund des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 6. Februar 2020 zur Bestellung des mit der Beitreibung von administrativen Geldbußen beauftragten Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Raumordnung vom 23. August 2023;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom XXX;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom XXX;

Aufgrund des Gutachtens Nr. XXX des Staatsrates, das am XXX in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Raumordnung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Artikel R.0.1-1 Nummer 6 des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung wird aufgehoben.

Art. 2 – Artikel R.0.1-2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallo-nischen Regierung vom 9. Mai 2019 und den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird zwischen das Wort „Verfahren“ und das Wort „zur“ die Wortfolge „und die Entscheidungen“ eingefügt;

2. In Absatz 2 wird zwischen das Wort „Verfahren“ und das Wort „zur“ die Wortfolge „und die Entscheidungen“ eingefügt und die Wortfolge „neuzugestaltenden Standorts, sei dieser in der Liste der Landschafts- und Umweltsanierungsgelände aufgenommen oder nicht,“ durch das Wort „Sanierungsstandorts“ ersetzt;

3. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt:

„Der Minister für Raumordnung ist in den in Absatz 2 genannten Fällen auch für das kombinierte Verfahren und die Entscheidungen zuständig, die im Artikel D.II.54 erwähnt werden.“

4. Absatz 5 wird aufgehoben.

Art. 3 – Die Überschrift von Buch I Einziger Titel Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 2 – Die Beschwerdekommision“

Art. 4 – In Artikel R.I.6-1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 5 – In Artikel R.I.6-2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 6 – Artikel R.I.6-3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt;

2. In §2 wird das Wort „Kommission“ jeweils durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 7 – Artikel R.I.6-4 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt und folgender Satz eingefügt:

„Die Stellungnahme enthält einen begründeten Beschlussvorschlag.“

2. In Absatz 3 wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

3. In Absatz 4 wird das Wort „Kommission“ jeweils durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

4. In Absatz 5 wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 8 – Artikel R.I.6-5 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

„Der Vorsitzende der Beschwerdekommision oder sein Vertreter haben Anrecht auf Anwesenheitsgeld in Höhe von 75 Euro je behandelte Akte, mit einem Mindestbetrag von 150 Euro und einem Höchstbetrag von 300 Euro pro Tag, sowie auf die im Erlass der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Fahrtkostenentschädigung.“

2. In Absatz 2 wird das Wort „Kommission“ durch das Wort „Beschwerdekommision“ ersetzt.

Art. 9 – In Buch 1 Einziger Titel desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel V.1 eingefügt:

„KAPITEL V.1 – FONDS FÜR NACHHALTIGKEIT“

Art. 10 – Die Überschrift von Buch 2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:
„BUCH 2 – PLANUNG UND AREALE“

Art. 11 – In Buch 2 Titel 2 Kapitel II Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.21-11 eingefügt:

„Art. R.II.21-11 – Die koordinierten Sektorenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft umfassen die Teile der Sektorenpläne VERVIERS-EUPEN, genehmigt durch den Königlichen Erlass vom 28. August 1979, HAUTES-FAGNES, genehmigt durch den Königlichen Erlass vom 28. August 1979, und MALMEDY-SAINT-VITH, genehmigt durch den Königlichen Erlass vom 19. November 1979, die sich auf das deutsche Sprachgebiet beziehen.“

Art. 12 – Artikel R.II.36-5 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt ersetzt:

„Art. R.II.36-5 – Teiche

Ein oder mehrere Teiche werden erlaubt, wenn alle nachstehenden Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

1. die Wassertiefe des Teiches oder der Teiche beträgt höchstens 2 Meter;
2. die Höchstfläche des Teiches oder der Teiche beträgt insgesamt 10 Ar;
3. mindestens ein Drittel des um den Teich oder die Teiche liegenden Geländes weist ein sehr geringes Gefälle auf;
4. der Teich hat oder die Teiche haben einen unregelmäßigen Rand;
5. um den Teich oder um die Teiche herum gibt es eine nicht bewirtschaftete oder nur extensiv bewirtschaftete Pufferzone;
6. die Wasseroberfläche wird durch Baumbepflanzung teilweise beschattet.“

Art. 13 – Artikel R.II.36-11 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird das Wort „Windturbine“ durch das Wort „Windkraftanlage“ ersetzt.
2. In Absatz 3 Nummer 1 wird zwischen das Wort „einem“ und das Wort „bestehenden“ das Wort „legal“ eingefügt.

Art. 14 – In Artikel R.II.37-11 §2 Nummer 3 desselben Gesetzbuches wird das Wort „wenigstens“ durch das Wort „maximal“ ersetzt.

Art. 15 – In Artikel R.II.37-14 Absatz 1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Städtebaugenehmigung“ jeweils durch das Wort „Genehmigung“ und das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Städtebaubescheinigung“ ersetzt.

Art. 16 – Artikel R.II.45-1 §1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Eine Ausgleichsmaßnahme auf operativer Ebene trägt insbesondere dazu bei:

1. Handlungen und Arbeiten zur Sanierung, Renovierung und Grundstücksanierung, Bau- oder Wiederaufbauhandlungen und -arbeiten durchzuführen, um das Verstädterungspotential des betroffenen Gutes wiederherzustellen;
2. Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung durchzuführen;
3. Maßnahmen zur Wiederaufwertung und Entwicklung städtischer Funktionen durchzuführen.“

Art. 17 – Artikel R.II.45-2 Absatz 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Die Art der alternativen Ausgleichsmaßnahme ist vorzugsweise gebunden an die Art der Auswirkungen, die auszugleichen sind. Eine Kombination von Maßnahmen auf operativer Ebene, auf Umweltebene und auf Ebene des Energie- oder Mobilitätsbereichs ist möglich.“

Art. 18 – In Buch 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Titel 2.1 eingefügt:
„TITEL 2.1 – AREALE“

Art. 19 – In Buch 2 Titel 2.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I, das die Artikel R.II.57.1-1 bis R.II.57.1-3 umfasst, eingefügt:
„KAPITEL I – ALLGEMEINES“

Art. 20 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.1-1 eingefügt:

„Art. R.II.57.1-1 – Die in Artikel D.II.57.1 §1 Nummer 2 erwähnten Handlungen und Arbeiten zur Sanierung umfassen:

1. die Sofortmaßnahmen bezüglich:
 - a) der Abbrüche, die durch einen Erlass des Bürgermeisters aus Gründen der öffentlichen Sicherheit angeordnet werden;
 - b) der Beseitigung der Gefahren für die Nachbarschaft, die mit dem Risiko einer mangelnden Festigkeit von Bauwerken, Bauelementen oder Ausrüstungen verbunden sind;
 - c) der Beseitigung der Unfallrisiken für die Personen, die das Gut betreten, im Zusammenhang mit den Geländen, Bauwerken, Bauelementen oder gefährlichen Ausrüstungen;
 - d) der Begrenzung des Zugangs für unbefugte Fahrzeuge und Personen zu den Geländen und Bauwerken, die zu Hausbesetzung, Alltagskriminalität, unerlaubten Aktivitäten, unbefugten Schüttungen oder Bildung von Deponien, je nach den örtlichen Gegebenheiten, verleiten könnten;
 - e) der vorsorglichen Maßnahmen der zu erhaltenden Bauwerke, Bauelemente oder Ausrüstungen, die von Schädigung durch menschliches Eingreifen (Vandalismus, wilde Beschädigungen, Diebstähle) oder wegen der klimatischen Bedingungen bedroht werden, wie z. B. Sicherungsarbeiten, Abdeckung der Dächer mit Planen, Verstopfen der Öffnungen, Verrohrung der defekten Wasserregenfallröhre oder Beseitigung der pflanzlichen Parasiten;
2. die Sammlung, Entsorgung oder Behandlung der Produkte, Materialien, Ausrüstungen, des Schutts und Abfalls, die zurückgelassen wurden oder sich aus den Maßnahmen ergeben; die Entleerung der Keller, Tanks, Kanalisationen, das Ausschlämmen der Gruben, Teiche und Becken; die Behandlung der Abwässer; die Vernichtung und Behandlung der Abfälle in Anwendung des Dekrets der Wallonischen Region vom 27. Juni 1996 über die Abfälle;
3. den Abbruch der Bauwerke und Ausrüstungen, einschließlich der unterirdischen Strukturen und nach den folgenden Bestimmungen:
 - a) das Einschlagen der hohlen eingegrabenen Strukturen, Keller, Kanalisationen, Stollen und Tanks, ungeachtet deren Tiefe;
 - b) der Abbruch der vollen eingegrabenen Strukturen, Grundmauern, Fundamente, Grundplatten bis zu einer Tiefe von einem Meter unter dem Niveau nach Fertigstellung oder in einer größeren Tiefe, wo sie ein Hindernis zum Wiederaufbau bilden;
 - c) die Darstellung auf einem Markierungsplan der aufrechterhaltenen eingegrabenen Strukturen, mit Ausnahme der wiederverwendbaren Grundmauern, dokumentiert mit einem Plan;
4. das Gestrüppentfernen und die Reinigung der Gelände;
5. die Erd- und Einebnungsarbeiten, einschließlich der Erdab- und -zufuhr und der Stabilisierung der Gelände;
6. die Anpflanzung von Rasen, die Zierbepflanzung und die Aufforstung;
7. die Instandsetzung der Bauwerke zur Abführung, Sammlung und Rückführung des Regenwassers, die ausschließlich für den Standort bestimmt sind;
8. die Reparatur-, Schutz- und Stabilisierungsarbeiten an den durch die Abbrüche freigegebenen Geländen, Anlagen und Ausrüstungen, oder die sich aus den Dienstbarkeiten auf dem Immobiliengut ergeben;
9. die Instandsetzung, Ersetzung oder das Anlegen von Zäunen, Einfriedungsmauern, Toren und Toren;

10. unbeschadet des Dekrets der Wallonischen Region vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung, die Sanierung des Bodens;
11. die Arbeiten zum Teilabbau und die Reinigung in den zu erhaltenden Bauwerken.“

Art. 21 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.1-2 eingefügt:

„Art. R.II.57.1-2 – Die in Artikel D.II.57.1 §1 Nummer 2 erwähnten Handlungen und Arbeiten zur Renovierung umfassen bezüglich der bestehenden, an Ort und Stelle gehaltenen Immobilien, deren Baugestaltung unangetastet bleibt, die Bekämpfung von Pilzkrankheiten, den Abbau, die Reinigung, die Wiederinstandsetzung oder die Ersetzung der Strukturbauelemente und der Außenmauern, einschließlich des Schutzes durch Verkleidung oder Hydrophobierung und deren Isolierung sowie der Außenholzwurke, der Dachstühle, Dachhäute und der Isolierung der Dächer, der Sonnenpaneele, falls sie fester Bestandteil der Dachhaut sind, der Schornsteine, Gesimse, Dachrinnen, der Regenfallrohre und Einbauten zur Ableitung des Regenwassers, sowie der damit verbundenen Studien.“

Art. 22 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel I desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.1-3 eingefügt:

„Art. R.II.57.1-3 – Die zur Sanierung und Renovierung des Standorts geplanten Handlungen und Arbeiten, die Teil der Antragsakte auf Verabschiedung oder Abänderung des Areals sind, dürfen sich nicht auf ein Immobiliengut beziehen, das in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt ist oder sich in einer archäologischen Stätte befindet.“

Art. 23 – In Buch 2 Titel 2.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel II eingefügt:
„KAPITEL II – VERFAHREN ZUR VERABSCHIEDUNG DES AREALS“

Art. 24 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 1, der die Artikel R.II.57.3-1 bis R.II.57.3-2 umfasst, eingefügt:
„Abschnitt 1 – Initiativrecht und Vorschlag“

Art. 25 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.3-1 eingefügt:

„Art. R.II.57.3-1 – Der Minister entscheidet innerhalb einer Frist von 20 Tagen nach dessen Eingang über die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags.“

Art. 26 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.3-2 eingefügt:

„Art. R.II.57.3-2 – Die in Artikel D.II.57.3 Absatz 1 Nummer 2 erwähnte Musterkarte stellt das Areal dar und besteht aus den folgenden vier Teilen, die je nach Fläche des Areals jeweils im Format A4 oder in einem Mehrfachen dieses Formats erstellt und auf das Format A4 gefaltet werden:

1. die Abgrenzung des geplanten Areals mit Angabe, vor dem Hintergrund eines Katasterplans:

- a) für jede Parzelle des Areals, der entsprechenden Katasternummer;
- b) der geographischen Nordrichtung;
- c) des Planmaßstabs;

2. die Katasterinformationen, gegebenenfalls abgeändert vom Einnehmer des Registrierungsamtes und in der Form einer Tabelle dargestellt, die ebenso viele Zeilen wie die Anzahl der vom Arealentwurf betroffenen Parzellen und fünf Spalten mit folgenden Überschriften enthält:

- a) Nr.: die Zeilennummer in der Tabelle;

b) Nummer: die Katasternummer einer Parzelle oder des Teils einer Parzelle, die/der Bestandteil des geplanten Areals ist, samt Angabe der Gemeinde und Katastergemarkung und -flur;

c) Art: die Art der/des betroffenen Parzelle/Parzellenteils, nach Maßgabe der Katasterinformationen;

d) Gesamtfläche: die Gesamtfläche der/des betroffenen Parzelle/Parzellenteils, unterteilt in drei Teilspalten, die jeweils der Anzahl Hektar (ha), Ar (a), und Zentiar (ca) entsprechen;

e) Eigentümer: die Identität und Anschrift des/der Eigentümer(s) der/des betroffenen Parzelle/Parzellenteils;

3. die Abgrenzung des geplanten Areals, vor dem Hintergrund eines Kartenauszugs des Nationalen Geographischen Instituts im Maßstab 1/10.000;

4. für den Sanierungsstandort, ein amtliches, vom Einnehmer des Registrierungsamtes des betroffenen Gebiets erstelltes Dokument, das die Eigentumstitel an den im Areal des Standorts aufgenommenen Parzellen samt Datum der entsprechenden Recherche aufführt.

Die Tabelle gemäß Absatz 1 Nummer 2 ist die folgende:

Nr.	NUMMER	ART	GESAMTFLÄCHE			EIGENTÜMER
			ha	a	ca	
Insgesamt:						

Die Eigentumstitel gemäß Absatz 1 Nummer 4 enthalten die folgenden Angaben:

1. falls es um eine natürliche Person geht, den Namen, den/die Vornamen, den Wohnsitz, den Geburtsort und das Geburtsdatum;

2. falls es um eine Gesellschaft geht, die Rechtsform, der Name, der Gesellschaftssitz, der/das Gründungsort- und Datum, die Mehrwertsteuernummer, falls sie mehrwertsteuerpflichtig ist;

3. für jedes Gut die Herkunft des Eigentums und der letzte übertragene Titel, wenn er weniger als 30 Jahre alt ist, und die Identität des Verkäufers.

Wenn sie die Karte an den Fachbereich übermittelt, sendet die in Artikel D.II.57.2 Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 genannte Person eine Ausfertigung im Textformat auf EDV-Träger, und dies im Textformat, was den Kartenteil gemäß Absatz 1 Nummer 2 betrifft, und im PDF-Format, was die Kartenteile gemäß Absatz 1 Nummern 1, 3 und 4 betrifft.“

Art. 27 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 2 eingefügt:

„Abschnitt 2 – Verfahren“

Art. 28 – In Buch 2 Titel 2.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel R.II.57.7-1 und R.II.57.9-1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III – BESONDERE BESTIMMUNGEN FÜR SANIERUNGSSTANDORTE“

Art. 29 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.7-1 eingefügt:

„Art. R.II.57.7-1 – Die Regierung bestellt die Bediensteten, die befugt sind, die Ermittlungen und Kontrollen gemäß Artikel D.II.57.7 vorzunehmen.

Die Bediensteten können alle Personen heranziehen, die ihnen zur zweckmäßigen Erfüllung ihres Auftrags erforderlich erscheinen.“

Art. 30 – In Buch 2 Titel 2.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.II.57.9-1 eingefügt:

„Art. R.II.57.9-1 – Der Minister erlaubt den Eigentümern, die im vorgeschlagenen oder endgültig festgelegten Areal des Sanierungsstandorts befindlichen Güter zu veräußern bzw. mit dinglichen Rechten zu belasten.“

Art. 31 – Artikel R.IV.1-1 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 26. Januar 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Zeile A2 der Nomenklatur wird aufgehoben.
2. In der Zeile B8 der Nomenklatur wird die Wortfolge „der gebildeten Einheit“ durch die Wortfolge „des Bestands“ ersetzt.
3. In der Zeile D der Nomenklatur wird die Wortfolge „oder touristischer Beherbergungsstätten“ eingefügt.
4. In der Zeile D1 der Nomenklatur wird die Wortfolge „Schaffung einer Wohnung oder einer touristischen Beherbergungsstätte“ durch die Wortfolge „Schaffung einer oder mehrerer Wohnungen oder einer oder mehrerer touristischen Beherbergungsstätten“ ersetzt.
5. Die Zeile D2 der Nomenklatur wird aufgehoben.
6. In der Zeile E2 der Nomenklatur wird das Wort „Einrichtung“ durch das Wort „Anlage“ ersetzt.
7. In der Zeile E3 der Nomenklatur wird das Wort „Einrichtung“ durch das Wort „Anlage“ ersetzt.
8. Unter Punkt E der Nomenklatur werden folgende Zeilen 7 bis 9 eingefügt:

		7	Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Beton- und Teerflächen, wenn diese Arbeiten eine Gesamtfläche pro Gut von maximal 20 m ² betreffen.	x		x
		8	Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Beton- und Teerflächen, die die Bedingung in Punkt 7 nicht erfüllen.			x
		9	Abbruch oder Entfernung von Beton- oder Teerflächen, sofern die Abfälle aus dem Abbruch oder aus der Entfernung gemäß der geltenden Gesetzgebung entsorgt werden.	x		x

9. In der Zeile F4 der Nomenklatur wird der Buchstabe a) wie folgt ersetzt:
„a) sie liegen in näherer Umgebung eines legal bestehenden Gebäudes und bilden mit diesem eine funktionelle Einheit;“
10. In der Zeile F4 der Nomenklatur wird der Buchstabe b) wie folgt ersetzt:
„b) sie sind mit der öffentlichen Straße verbunden; außer im Gewerbegebiet darf die Zufahrt eine maximale Breite von 6 Metern aufweisen;“
11. In der Zeile F4 der Nomenklatur wird der Buchstabe d) wie folgt ersetzt:
„d) sie haben eine maximale Fläche von
- 300,00 m² im Gewerbegebiet;
- 100,00 m² in anderen Gebieten;“
12. In der Zeile F5 wird die Wortfolge „, die in näherer Umgebung eines legal bestehenden Gebäudes oder einer legal bestehenden Anlage liegen und mit ihm/ihr eine funktionelle Einheit bilden“ gestrichen.
13. In der Zeile H2 der Nomenklatur wird die Wortfolge „diese Einrichtungen“ durch die Wortfolge „den Pool“ ersetzt.
14. In der Zeile I der Nomenklatur wird die Wortfolge „Tümpel und“ gestrichen.
15. Die Zeile I1 der Nomenklatur wird wie folgt abgeändert:
 - a) Die Wortfolge „diese Einrichtungen“ wird durch die Wortfolge „den Teich“ ersetzt.
 - b) Die Wortfolge „Tümpel und“ wird gestrichen.
 - c) Zwischen der Angabe „100,00 m².“ und dem Wort „Die“ wird die Wortfolge „Mindestens ein Drittel des Uferbereichs weist ein sehr geringes Gefälle (< 30°) auf.“ eingefügt.

16. In der Zeile I2 der Nomenklatur wird die Wortfolge „und Tümpel“ gestrichen.
 17. In der Zeile I3 der Nomenklatur wird die Wortfolge „und Tümpel“ gestrichen.
 18. In der Zeile J1 der Nomenklatur wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Anlagen“ ersetzt.
 19. Die Zeile J3.1 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3.1	Anlage von Schottergärten mit maximal 8 m ² bedeckte Gartenfläche pro Gut (außerhalb der Wege)	x		x
--	--	-----	---	---	--	---

20. Die Zeile J3.2 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3.2	Anlage von Schottergärten mit einer Gesamtfläche pro Gut von mehr als 8 m ² (außerhalb der Wege).		x	x
--	--	-----	--	--	---	---

21. In der Zeile J6 der Nomenklatur wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Anlagen“ ersetzt.

22. Die Zeile L1 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

L	Erneuerbare Energien Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme	1	1. Die Einrichtung eines oder mehrerer Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus Solarenergie als Energiequelle sowie die dazugehörige Energiespeicheranlage, sofern sie damit verbunden ist und sich auf demselben Gut befindet, wie z.B. eine Batterie, wenn das oder die Module: a) entweder in ein legal bestehendes Gebäude integriert oder an diesem angebracht sind, entweder an der Fassade oder auf dem Dach, b) oder auf einer legal bestehenden künstlichen Struktur angebracht sind, wie einer Straße, einem Parkplatz, einem Eisenbahngleis, einem Bahnsteig, einem Lagerplatz für Materialien oder Waren, mit Ausnahme von künstlichen Wasserflächen. 2. Der Ersatz eines oder mehrerer legal bestehender Module zur Erzeugung von Strom oder Wärme aus Solarenergie als Energiequelle, wenn es nicht zusätzlichen Platz beansprucht und den für die ursprüngliche Anlage festgelegten geltenden Umweltverträglichkeitsmaßnahmen entspricht. 3. Die Einrichtung einer Wärmepumpe (einschließlich geothermischer Wärmepumpen) mit einer elektrischen Kapazität von weniger als 50 Mw und einer maximalen Tiefe von 500 Metern, die: a) entweder in einem legal bestehenden geschlossenen Bauwerk errichtet werden, b) oder mit einem Schallschutzgehäuse versehen sind und in mindestens 2 Metern Abstand zur Grundstücksgrenze gelegen sind. 4. Die Einrichtung einer Wärmepumpe (einschließlich geothermischer Wärmepumpen) mit einer elektrischen Kapazität von höchstens 12 Kw, die: a) in mindestens 2 Metern Abstand zur Grundstücksgrenze gelegen ist; b) und entweder mit einem Schallschutzgehäuse versehen oder in 15 Metern zum nächsten Wohngebäude (außer dem eigenen) gelegen ist.	x		x
---	---	---	---	---	--	---

23. Unter Punkt L der Nomenklatur wird folgende Zeile 1.1 eingefügt:

		1.1	Die Einrichtung einer Wärmepumpe bis zu 300 kW, die die in Punkt 1 genannten Bedingungen nicht erfüllt.		x	x
--	--	-----	---	--	---	---

24. In der Zeile L2 der Nomenklatur wird zwischen das Wort „gelegenen“ und das Wort „Bauten“ die Wortfolge „legal bestehenden“ eingefügt.

25. In der Zeile N4 der Nomenklatur wird zwischen das Wort „Tierunterkünften“ und das Wort „, die“ die Wortfolge „bis zu einer maximalen Gesamtfläche sämtlicher Tierunterkünfte auf dem Gut von höchstens 100 m²“ eingefügt.

26. Unter Punkt N der Nomenklatur wird folgende Zeile 4.1 eingefügt:

		4.1	Aufstellung oder Bau von Tierunterkünften, die die Bedingungen der Punkte 1, 2 oder 4 nicht erfüllen.			x
--	--	-----	---	--	--	---

27. In der Zeile N5 der Nomenklatur wird das Wort „Bienenstöcke“ durch das Wort „Bienenhäuser“ ersetzt.

28. In der Zeile O5 der Nomenklatur wird zwischen das Wort „Foliengewächshäusern“ und das Wort „, die“ die Wortfolge „bis zu einer maximalen Gesamtfläche auf dem Gut von höchstens 100 m²“ eingefügt.

29. Unter Punkt O der Nomenklatur wird folgende Zeile 5.1 eingefügt:

		5.1	Hagelnetze und Einrichtung von Foliengewächshäusern, die die in den Punkten 4 oder 5 erwähnten Bedingungen nicht erfüllen.			x
--	--	-----	--	--	--	---

30. Die Zeile T2 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		2	Bedeutende Änderung des Bodenreliefs im Sinne des Artikels R.IV.4-3 in einem Umkreis von 30,00 m von einem/einer auf demselben Gut legal bestehenden Bauwerk bzw. Anlage		x	x
--	--	---	--	--	---	---

31. Die Zeile U2 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		2	Gewöhnliche Benutzung eines Grundstücks: als Abstell- bzw. Lagerort für eine oder mehrere gebrauchte Fahrzeuge, Schrott, Materialien oder Abfall; zur Aufstellung einer oder mehrerer mobiler Anlagen wie Zigeuner- oder Zirkuswagen, Wohnwagen, Altfahrzeuge oder Zelte, mit Ausnahme der mobilen Anlagen, die aufgrund einer Genehmigung im Sinne des wallonischen Tourismusgesetzbuches, des Dekrets vom 4. März 1991 über die Betriebsbedingungen für Wohnwagenparks oder des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus zugelassen sind.		x	x
--	--	---	---	--	---	---

32. Die Zeile V1 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

V	Touristische Beherbergungs- und Freizeitstruktur	1	Aufstellung einer oder mehrerer mobilen Unterkünfte im Sinne des Artikels 1 D Ziffer 2 des wallonischen Tourismusgesetzbuches, sofern folgende Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind: a) die mobile Unterkunft hat eine maximale Fläche von 50,00 m ² ; b) ihre Aufstellung oder Errichtung erfordert keine bedeutende Änderung des Bodenreliefs; c) sie befindet sich: - auf einem touristischen Campingplatz oder auf einem Campingplatz auf dem Bauernhof, der aufgrund des wallonischen Tourismusgesetzbuches zugelassen ist; - in einem Wohnwagenpark, der aufgrund des	x		x
---	--	---	--	---	--	---

			Dekreets vom 4. März 1991 über die Betriebsbedingungen für Wohnwagenparks zugelassen ist; - in einem Campingplatz, der aufgrund des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus zugelassen ist.			
--	--	--	--	--	--	--

33. Die Zeile V3 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3	Bau oder Aufstellung pro Gut von einer Holzhütte oder einem Zelt oder einem Tipi oder einer Jurte oder einer Traglufthalle in einem Forstgebiet.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

34. In der Zeile W5 der Nomenklatur wird die Wortfolge „des Untergrunds“ gestrichen

35. In der Zeile X1 der Nomenklatur wird das Wort „Einrichtungen“ durch das Wort „Anlagen“ ersetzt.

36. Die Zeile X3 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		3	Aufstellung von höchstens einem oberirdischen Tank pro Gut.		x	x
--	--	---	---	--	---	---

37. Die Zeile Y14 der Nomenklatur wird wie folgt ersetzt:

		14	Aufstellung einer in Punkt 12 oder 13 erwähnten Antenne, die die in Punkt 12 oder 13 erwähnten Bedingungen nicht erfüllt.		x	x
--	--	----	---	--	---	---

Art. 32 – In Artikel R.IV.1-2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019, wird die Wortfolge „Mit Ausnahme dessen“ durch die Wortfolge „Zusätzlich zu dem“ ersetzt.

Art. 33 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 1 Kapitel II desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL II – HANDLUNGEN, DIE EINER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ODER EINER TEILUNGSGENEHMIGUNG BEDÜRFEN“

Art. 34 – In Artikel R.IV.4-1 Absatz 1 Nummer 5 desselben Gesetzbuches wird das Wort „dreihundert“ durch das Wort „einhundert“ ersetzt.

Art. 35 – Artikel R.IV.4-3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 10 wird die Wortfolge „Tümpel und“ gestrichen.

2. Absatz 5 wird wie folgt ersetzt:

„Abweichend von Absatz 1 Nummern 1 und 2 sind die entweder bei der Gestaltung und der Ausstattung des Gewerbegebiets oder zur Sanierung des Sanierungsstandorts vorgenommenen Änderungen des Bodenreliefs bedeutend, wenn sie in dem Gewerbegebiet oder im Sanierungsstandort einer Höhe von über einem Meter entsprechen.“

Art. 36 – In Buch 4 Titel 1 Kapitel IV Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.9.1-1 eingefügt:

„Art. R.IV.9.1-1 – §1 – Ein Projekt hat die kohärente Nachverdichtung innerhalb von Verdichtungsgunstbereichen zur Folge, wenn folgende Bedingungen kumulativ erfüllt sind:

1. das Projekt liegt in ortskernnaher Lage mit grundlegender Versorgungsqualität und Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel;

2. das Projekt erfolgt in Anbindung an einen öffentlichen Verkehrsweg mit einem festen Belag und eine in Anbetracht des Projekts ausreichende Breite und Wasser-, Strom- und

Entwässerungsausrüstung, was Projekte, die die Eröffnung oder Änderung eines kommunalen Verkehrsweges erfordern, nicht ausschließt, sofern die Kosten für die Herstellung und die Ausrüstung des Verkehrsweges durch den Antragsteller getragen werden;

3. das Projekt wirkt nicht ökologischen Verbindungen entgegen;
4. das Projekt betrifft nicht ein Grundstück bzw. den Teil eines Grundstücks, das in den letzten fünf Jahren direkt von Überschwemmungen getroffen wurde;
5. das Projekt befindet sich nicht in einem kraft des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur anerkannten Standort;
6. das Projekt befindet sich nicht in einem Naturgebiet.

§2 – Projekte, die einer Erschließungsgenehmigung oder einer Genehmigung für gruppierte Bauten unterliegen und auf der Grundlage von Artikel D.IV.9.1 als Ausnahme zum Sektorenplan genehmigt werden können, müssen folgende Bedingungen kumulativ erfüllen:

1. das Projekt integriert ein Konzept, das die sanfte Mobilität berücksichtigt;
2. das Projekt ist an die vorherrschende Baustruktur des umliegenden Gebiets angepasst;
3. das Projekt entspricht den ortstypischen Merkmalen der Baukultur;
4. das Projekt führt nicht zu einer bandartigen Zersiedelung der Landschaft;
5. das Projekt verhindert nicht die weitere bauliche Erschließung des Gebiets;
6. das Projekt integriert ein besonderes Konzept für öffentliche Räume und Anlagen, inklusive Grünkonzept;
7. falls ein Parkgebiet betroffen ist, hat das Projekt nicht zur Folge, die Parkfunktion gänzlich aufzuheben, und berücksichtigt den Charakter des Gebiets.

Projekte, die einer Städtebaugenehmigung oder Städtebaubescheinigung Nr. 2 unterliegen und auf der Grundlage von Artikel D.IV.9.1 als Ausnahme zum Sektorenplan genehmigt werden können, müssen folgende Bedingungen kumulativ erfüllen:

1. das Projekt ist an die vorherrschende Baustruktur des umliegenden Gebiets angepasst;
2. das Projekt entspricht den ortstypischen Merkmalen der Baukultur;
3. das Projekt verhindert nicht die weitere bauliche Erschließung des Gebiets;
4. falls ein Parkgebiet betroffen ist, hat das Projekt nicht zur Folge, die Parkfunktion gänzlich aufzuheben, und berücksichtigt den Charakter des Gebiets.“

Art. 37 – In Artikel R.IV.22-3 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „Städtebaugenehmigungen und -bescheinigungen Nr. 2“ durch die Wortfolge „Genehmigungen und Städtebaubescheinigungen Nr. 2“ ersetzt.

Art. 38 – Artikel R.IV.26-1 §2 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„§2 – Der Antrag auf Erschließungsgenehmigung oder Änderung oder Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung wird über das Formular in Anhang 10 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt.“

Art. 39 – Artikel R.IV.26-2 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Dezember 2019 und 26. Januar 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Verstädterungsgenehmigung, einer Änderung der Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungsgenehmigung, einer Änderung oder Aufhebung der Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

2. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Die Entscheidung der Regierung im Rahmen eines Beschwerdeverfahrens und der Vorschlag der Beschwerdekommision an die Regierung über den Antrag auf eine Städtebaugenehmigung, eine Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten, eine Erschließungsgenehmigung, eine Änderung oder Aufhebung der Erschließungsgenehmigung oder eine Teilungsgenehmigung wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 13 gefasst.“

Art. 40 – Artikel R.IV.26-3 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass der Walonischen Regierung vom 9. Mai 2019 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.
2. In Absatz 2 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.
3. In Absatz 5 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.
4. In Absatz 6 wird die Wortfolge „Artikeln D.II.54, D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12 und D.V.16“ durch die Wortfolge „Artikeln D.II.54 oder D.IV.22 Absatz 1 Nummer 12“ ersetzt.

Art. 41 – In Artikel R.IV.28-1 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „Erschließungsgenehmigung beziehungsweise Änderung oder Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung“ ersetzt.

Art. 42 – In Artikel R.IV.28-2 desselben Gesetzbuches wird die Wortfolge „auf eine Verstädterungsgenehmigung oder Änderung einer Verstädterungsgenehmigung“ durch die Wortfolge „gemäß Artikel R.IV.28-1“ ersetzt und die Wortfolge „Anhang 11“ durch die Wortfolge „Anhang 10“ ersetzt.

Art. 43 – Artikel R.IV.35-1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Zeile 35 der Tabelle wird wie folgt ersetzt:

	Touristisches Projekt in einem Forstgebiet	Die für Tourismus zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft
--	--	---

2. Die Zeile 36 der Tabelle wird wie folgt ersetzt:

Sicherheit Brandschutznormen	Errichtung von für die Öffentlichkeit zugänglichen Gebäuden oder Räumen: 1° Einrichtungen zur Betreuung oder Unterbringung von Senioren und Personen mit Beeinträchtigung; 2° Krankenhäuser, einschließlich der Kliniken; 3° Zentren für medizinische, psychische, Familien- und Sozialhilfe; 4° Gebäude und Räume für sozio-kulturelle, Sport-, Freizeit- oder touristische Tätigkeiten, letztere, wenn sie eine Anzahl von 11 Personen oder mehr beherbergen, sowie überdachte Spielflächen; 5° Kultbauten und Bestattungshäuser; 6° Schul-, Universitäts- und Ausbildungsgebäude und -infrastrukturen; 7° Internate, Studenten- und Kinderheime; 8° Strafvollzugs- und Umerziehungsanstalten; 9° Gebäude und Infrastrukturen, wo Aufgaben öffentlichen Dienstes wahrgenommen werden, nämlich Stadthäuser, Gerichtshöfe, Gerichte und deren Kanzleien, Postämter, Bahnhöfe, Flughafengebäude, Bahnstationen, U-Bahn-Stationen und Bushaltestellen, einschließlich der Bahnsteige; 10° Banken und andere Geldinstitute; 11° im Bau befindliche Parkhäuser 12° Bürogebäude, Geschäfte, Geschäftszentren, Hotels, Gasthöfe, Restaurants und Cafés.	Feuerwehrdienst
------------------------------	--	-----------------

3. Die Zeile 37 der Tabelle wird wie folgt ersetzt:

	Errichtung von Mehrfamilienhäusern	Feuerwehrdienst
--	------------------------------------	-----------------

4. Folgende Zeile 43 wird der Tabelle hinzugefügt:

Handelsniederlassungen	Projekte zur Errichtung, Einrichtung, Erweiterung oder Änderung der Art der Handelstätigkeit von Handelsniederlassungen mit einer Nettohandelsfläche von mehr als 1.000 m ² , sofern die Stellungnahme der wallonischen Behörde nicht auf Basis anderer Gesetzgebungen eingeholt werden muss. Unter Nettohandelsfläche ist die für den Verkauf bestimmte, der Öffentlichkeit zugängliche Fläche einschließlich der nicht überdachten Flächen zu verstehen. Im Falle eines Ausbaus ist zu berücksichtigende Nettohandelsfläche die Gesamtfläche nach Vollendung des Projekts einer Handelsniederlassung. In dieser Fläche sind insbesondere die Kassenbereiche, die Bereiche hinter den Kassen und die Eingangshallen, falls diese ebenfalls zu Zwecken der Ausstellung oder des Verkaufs von Waren verwendet werden, mit eingeschlossen.	ÖDW Wirtschaft - Abteilung wirtschaftliche Entwicklung - Direktion der kommerziellen Niederlassungen
------------------------	--	--

Art. 44 – In Artikel R.IV.40-1 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 31. Januar 2019, wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen ersetzt.

Art. 45 – In Artikel R.IV.40-2 desselben Gesetzbuches wird das Wort „Verstädterungsgenehmigung“ jeweils durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen ersetzt.

Art. 46 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 2 Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 4 – Aussetzung des Verfahrens zur Nachbesserung des Genehmigungsantrags“

Art. 47 – In Artikel R.IV.45-5 wird das Wort „Städtebaugenehmigung“ durch das Wort „Erschließungsgenehmigung“ ersetzt und die Wortfolge „oder 11“ gestrichen.

Art. 48 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 2 Kapitel VII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL VII – BESCHLUSS ÜBER DIE ANTRÄGE AUF GENEHMIGUNG ODER STÄDTEBAUBESCHEINIGUNG“

Art. 49 – In Buch 4 Titel 2 Kapitel VII Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.54-4 eingefügt:

„Art. R.IV.54-4 – §1 – Die in Artikel D.IV.54 §2 Absatz 1 Nummer 2 genannte Auflage der kostenlosen Abtretung von einer oder mehreren Wohneinheiten an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, wird durch einen Schenkungsvertrag durchgeführt.“

Es wird bestimmt, dass für Projekte, die die Schaffung durch Neubau, Umbau oder Renovierung von mindestens 600 m² Bruttowohnfläche vorsehen, eine kostenlose Abtretung von 10% der Gesamtbruttowohnfläche des Projekts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht. Die abzutretende Wohnfläche wird als eine oder mehrere Wohneinheiten in das Gesamtprojekt integriert. Ihre Ausstattung entspricht der Ausstattung der restlichen Wohneinheiten, sofern keine besondere Ausstattung mit der Wohnungsbaugesellschaft vereinbart wird.

§2 – Die in Artikel D.IV.54 §2 Absatz 1 Nummer 1 genannte Auflage der Bereitstellung durch schriftliche Vereinbarung von einer oder mehreren Wohneinheiten an die

Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, ist auf einen Zeitraum von neun Jahren begrenzt.

Es wird bestimmt, dass für Projekte, die die Schaffung durch Neubau, Umbau oder Renovierung von mindestens 600 m² Bruttowohnfläche vorsehen, eine Bereitstellung durch schriftliche Vereinbarung von 20% der Gesamtbruttowohnfläche des Projekts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht. Die bereitzustellende Wohnfläche wird als eine oder mehrere Wohneinheiten in das Gesamtprojekt integriert. Ihre Ausstattung entspricht der Ausstattung der restlichen Wohneinheiten, sofern keine besondere Ausstattung mit der Wohnungsbaugesellschaft vereinbart wird.

Die Wohnungsbaugesellschaft ist für die Verwaltung der Wohnung und gegebenenfalls für ihre Instandsetzung am Ende der Vereinbarung zuständig. Die Suche nach einem Mieter, die Erstellung von Mietverträgen und Bestandsaufnahmen, die Überwachung der Pflichten des Mieters, die Garantie der Mietzahlung, die Überwachung der Instandhaltung der Immobilie durch den Mieter und die Instandsetzung im Falle einer Verschlechterung gehen zu Lasten der Wohnungsbaugesellschaft.

§3 – Die in Artikel D.IV.54 §2 Absatz 1 Nummer 2 oder Nummer 3 genannte Auflage des Verkaufs zu einem bestimmten Preis von einer oder mehreren Wohneinheiten an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, oder an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, wird über einen Kaufvertrag, eine Kaufoption oder ein anderes vertragliches Instrument durchgeführt.

Der Preis wird mit der Hilfe der Immobilienerwerbskomitees der Wallonischen Region und unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit bestimmt. Die Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, obliegt den Gemeinden, auf Basis von objektiv ausgewählten Kriterien.

§4 – Die Bruttowohnfläche im Sinne der §§1 und 2 umfasst alle zu Wohnzwecken bebauten Flächen, einschließlich der Nebenflächen (technische Räume, Zugänge, usw.), mit Ausnahme von:

1. Kellern, Tiefgaragen und Speichern;
2. nicht umschlossenen Flächen, einschließlich Loggien, Balkone und Carports.“

Art. 50 – In Buch 4 Titel 2 Kapitel VII Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.54-5 eingefügt:

„Art. R.IV.54-5 – §1 – Die in Artikel D.IV.54 §3 Absatz 1 Nummer 1 genannte Auflage der kostenlosen Abtretung von einem oder mehreren Losen an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, wird durch einen Schenkungsvertrag durchgeführt.

Es wird bestimmt, dass für Verstädterungen oder Teilungen, die die Schaffung von mindestens 10 zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Losen vorsehen, die kostenlose Abtretung ab dem 10. Los von einem Los pro 5 geschaffener Lose dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht.

Anzahl der durch das Projekt geschaffenen zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Lose	Anzahl der kostenlos abzutretenden Lose
Zwischen 1 und 9 Losen	/
Zwischen 10 und 14 Losen	1 Los

Zwischen 15 und 19 Losen	2 Lose
Zwischen 20 und 24 Losen	3 Lose
Zwischen 25 und 29 Losen	4 Lose
usw.	usw.

§2 – Die in Artikel D.IV.54 §3 Absatz 1 Nummern 1 und 2 genannte Auflage des Verkaufs zu einem bestimmten Preis von einem oder mehreren zu Wohnzwecken genutzter oder nutzbarer Lose an die Wohnungsbaugesellschaft öffentlichen Dienstes, der die betreffende Gemeinde angeschlossen ist, oder an privatrechtliche oder öffentlich-rechtliche Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, wird über einen Kaufvertrag, eine Kaufoption oder ein anderes vertragliches Instrument durchgeführt.

Es wird bestimmt, dass für Verstärkungen oder Teilungen, die die Schaffung von mindestens 5 zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Losen vorsehen, der Verkauf zum Selbstkostenpreis ab dem 5. Los von einem Los pro 5 geschaffener Lose dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entspricht.

Anzahl der durch das Projekt geschaffenen zu Wohnzwecken genutzten oder nutzbaren Lose	Anzahl der zum Selbstkostenpreis zu verkaufenden Lose
Zwischen 1 und 4 Losen	/
Zwischen 5 und 9 Losen	1 Los
Zwischen 10 und 14 Losen	2 Lose
Zwischen 15 und 19 Losen	3 Lose
Zwischen 20 und 24 Losen	4 Lose
usw.	usw.

Der Preis entspricht dem Selbstkostenpreis der Lose und demnach der Erstattung der Kosten, die der Antragsteller aufbringt, um die Lose zu teilen und/oder zu erschließen.

Die Bestimmung der Personen, für die der Zugang zu Eigentum gefördert werden soll, obliegt den Gemeinden auf Basis von objektiv ausgewählten Kriterien.“

Art. 51 – In Buch 4 Titel 2 Kapitel VII Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.60-1, eingefügt:

„Art. R.IV.60-1 – Die in Artikel D.IV.60 Absatz 4 erwähnte von der zuständigen Behörde verlangte finanzielle Garantie für die Einreichung der Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73 beläuft sich auf mindestens 100 Euro für einen Genehmigungsantrag ohne Hinzuziehung eines Architekten und auf mindestens 750 Euro für einen Genehmigungsantrag mit Hinzuziehung eines Architekten.“

Art. 52 – In Buch 4 Titel 2 Kapitel X desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 3.1, der den Artikel R.IV.72-1 enthält, eingefügt:

„Abschnitt 3.1 – Vereinfachter Antrag auf Änderungen der erteilten Genehmigung vor oder während der Durchführung der Arbeiten“

Art. 53 – In Buch 4 Titel 2 Kapitel X Abschnitt 3.1 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.72-1 eingefügt:

„Art. R.IV.72-1 – Der vereinfachte Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten wird, je nach Antragsform, über das Formular in Anhang 4, 5 oder 10 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt.“

Art. 54 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 2 Kapitel X Abschnitt 4, abgeändert durch den Erlass vom 26. Januar 2023, desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:
„Abschnitt 4 – Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten“

Art. 55 – Artikel R.IV.73-1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass vom 26. Januar 2023, wird wie folgt ersetzt:

„Art. R.IV.73-1 – Die Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten werden über das Muster in Anhang 34 eingereicht, das ihren Inhalt bestimmt.“

Die Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten gemäß Artikel D.IV.73 §1 Nr. 2 und 3 weisen die Inhalte der Pläne der Genehmigung auf, die gemäß Artikel D.IV.26 eingereicht wurden, und stellen die tatsächlich vorhandene Situation nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten sowie der Auflagen dar. Unterschiede zwischen den genehmigten Plänen und den Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten werden in Rot dargestellt.

Unterschiede sind nicht ausgeführte, anders ausgeführte oder zusätzlich ausgeführte Arbeiten und Handlungen.“

Art. 56 – Artikel R.IV.73.1-1 Absatz 1 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 26. Januar 2023, wird wie folgt ersetzt:

„Die in Artikel D.IV.73-1 Absatz 2 erwähnte Erklärung wird über das Muster in Anhang 33 erstellt, das ihren Inhalt bestimmt.“

Art. 57 – Artikel R.IV.73.1-2 desselben Gesetzbuches, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 26. Januar 2023, wird aufgehoben.

Art. 58 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 3 Kapitel III Abschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 1 – Verfall der Erschließungs- oder Teilungsgenehmigung“

Art. 59 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 3 Kapitel V desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL V – RÜCKNAHME DER GENEHMIGUNG“

Art. 60 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 3 Kapitel VIII desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL VIII – ABÄNDERUNG UND AUFHEBUNG DER ERSCHLIESSUNGS- ODER TEILUNGSGENEHMIGUNG“

Art. 61 – Die Überschrift von Buch 4 Titel 5 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL III – NACH DER ABÄNDERUNG DER ERSCHLIESSUNGSGENEHMIGUNG ERSTELLTE URKUNDE“

Art. 62 – In Buch 4 desselben Gesetzbuches wird folgender Titel 7.1 eingefügt:

„TITEL 7.1 – DRINGLICHKEITSVERFAHREN“

Art. 63 – In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel I eingefügt:

„KAPITEL I – ANWENDUNGSBEREICH“

Art. 64 – In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel II eingefügt:

„KAPITEL II – AUSNAHMEN UND ABWEICHUNGEN“

Art. 65 – In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel III, das die Artikel R.IV.109.5-1 bis R.IV.109.11-1 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL III – VERFAHREN“

Art. 66 – In Buch 4 Titel 7.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.109.5-1 eingefügt:

„Art. R.IV.109.5-1 – Der Genehmigungsantrag im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens wird, je nach Antragsform, über das Formular in Anhang 4 oder 5 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt.“

Art. 67 – In Buch 4 Titel 7.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.109.7-1 eingefügt:

„Art. R.IV.109.7-1 – Der von dem Minister ausgestellte Bescheid über die formelle Vollständigkeit im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens wird unter Verwendung des Musters in Anhang 19 erstellt.“

Art. 68 – In Buch 4 Titel 7.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.109.8-1 eingefügt:

„Art. R.IV.109.8-1 – Die Stellungnahmen, die nach Artikel D.IV.109.8 und in Übereinstimmung mit den Artikeln 12 und 83 des Zusammenarbeitsabkommens im Rahmen der Untersuchung eines Genehmigungsantrags im Rahmen des Dringlichkeitsverfahrens einzuholen sind, entsprechen der Tabelle in Artikel R.IV.35-1. Es muss keine Stellungnahme eingeholt werden, wenn die Behörde oder Dienststelle, deren Stellungnahme einzuholen ist, diejenige ist, die den Antrag auf Genehmigung stellt.“

Art. 69 – In Buch 4 Titel 7.1 Kapitel III desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.IV.109.11-1 eingefügt:

„Art. R.IV.109.11-1 – Der Beschluss des Ministers zur Erteilung oder Ablehnung einer Städtebaugenehmigung oder einer Städtebaugenehmigung für gruppierte Bauten im Rahmen eines Dringlichkeitsverfahrens wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 12 gefasst.“

Art. 70 – In Buch 4 Titel 7.1 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel IV eingefügt: „KAPITEL IV – ANWENDBARE BESTIMMUNGEN“

Art. 71 – Buch 5 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 72 – In Buch 7 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel Ibis eingefügt:

„KAPITEL Ibis – HANDLUNGEN UND ARBEITEN, VON DENEN VERMUTET WIRD, DASS SIE IN ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM RAUMORDNUNGS- UND STÄDTEBAURECHT STEHEN“

Art. 73 – In Buch 7 desselben Gesetzbuches wird folgendes Kapitel Iter, das die Artikel R.VII.1ter-1 bis R.VII.1ter-2 umfasst, eingefügt:

„KAPITEL Iter – ERKLÄRUNGEN ÜBER DIE ÜBEREINSTIMMUNG VON HANDLUNGEN ODER ARBEITEN MIT DEM RAUMORDNUNGS- UND STÄDTEBAURECHT“

Art. 74 – In Buch 7 Kapitel Iter desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.1ter-1 eingefügt:

„Art. R.VII.1ter-1 – Der Antrag auf eine Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht wird über das Formular in Anhang 30 eingereicht, das dessen Inhalt festlegt.“

Art. 75 – In Buch 7 Kapitel Iter desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.1ter-2 eingefügt:

„Art. R.VII.1ter-2 – Die Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 31 gefasst.“

Art. 76 – In Buch 7 Kapitel III Abschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.4-1 eingefügt:

„Art. R.VII.4-1 – Die von den feststellenden Bediensteten erstellte vorherige Mahnung im Sinne von Artikel D.VII.4 wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 32 gefasst.“

Art. 77 – Die Überschrift von Buch 7 Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„KAPITEL VI – AUSSERGERICHTLICHE MASSNAHMEN NACH PROTOKOLLIERUNG“

Art. 78 – Die Überschrift von Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 3 – Regularisierungsprüfung und Vergleich“

Art. 79 – Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 desselben Gesetzbuches wird gestrichen.

Art. 80 – In Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.18-1 eingefügt:

„Art. R.VII.18-1 – Der Beschluss der Regierung über den Antrag auf Regularisierungsprüfung wird, bei Strafe der Nichtigkeit, unter Verwendung des Musters in Anhang 12 gefasst.“

Art. 81 – In Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.18-2 eingefügt:

„Art. R.VII.18-2 – Der in Artikel D.VII.18 erwähnten Vergleichsbetrag wird wie folgt berechnet:

1. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von nicht industriell, gewerblich oder beruflich genutzten Bauwerken, Nebenvolumen, Anbauvolumen, überdachten Flächen:

a) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen weniger als 100 m³ beträgt: 25 Euro / m³;

b) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen mehr als 100 m³, aber weniger als 200 m³ beträgt: 35 Euro / m³;

2. Bau, Wiederaufbau oder Erweiterung von industriell, gewerblich oder beruflich genutzten Bauwerken, Nebenvolumen, Anbauvolumen, überdachten Flächen:

a) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen weniger als 100 m³ beträgt: 35 Euro / m³;

b) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen mehr als 100 m³, aber weniger als 200 m³ beträgt: 60 Euro / m³;

c) wenn das ein Verstoß bildende, von außen gemessene Volumen mehr als 200 m³ beträgt: 80 Euro / m³;

3. Errichten ortsfester Anlagen, Mauern und Einfriedungen: 50 Euro / m² Grund- bzw. Anlagenstellfläche oder 50 Euro pro in der Höhe oder Länge berechneten laufenden Meter bei punktuellen oder linearen Anlagen, Mauern und Einfriedungen;

4. Anbringen von Aushängeschildern und Reklamevorrichtungen: 200 Euro / m²;

5. Abbruch: 100 Euro / m³ von außen gemessene Volumen;

6. Arbeiten an der Tragstruktur eines Gebäudes ohne Änderung des Volumens oder der Zweckbestimmung: 250 Euro;

7. Änderung des Aussehens der Dachmaterialien oder des Verblendwerkstoffs des aufgehenden Bauwerks: 25 Euro / m²;
8. Öffnung oder Veränderung von Ausschnitten oder Fenster- und Außentürrahmen in der Dachfläche oder in aufgehenden Mauerwerken: 100 Euro pro Ausschnitt;
9. Ersetzen von Fenster- bzw. Außentürrahmen: 250 Euro pro Tür oder Fensterrahmen;
10. Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten an Beton- und Teerflächen: 100 Euro / m² der vom Verstoß betroffenen Fläche;
11. Versiegelung von Flächen durch kontinuierliche und undurchlässige Materialien: 150 Euro / m² der vom Verstoß betroffenen Fläche;
12. Schaffung einer neuen Wohnung oder einer touristischen Beherbergungsstätte in einem bestehenden Gebäude: 5.000 Euro pro Wohnung oder touristischer Beherbergungsstätte;
13. Abänderung der Zweckbestimmung eines gesamten Gutes oder eines Teils davon: 25 Euro / m³ des Gebäudes von außen gemessen, wenn die Änderung der Zweckbestimmung außerhalb eines bestehenden Gebäudes stattfindet;
14. Änderung der Aufteilung der Verkaufsflächen und der erlaubten Geschäftstätigkeiten in einem Gebäude, dessen durch die Städtebaugenehmigung zugelassene Zweckbestimmung kommerziell ist: 35 Euro / m²;
15. bedeutende Veränderung des Bodenreliefs, einschließlich der Schaffung von Wasserstaubecken oder Ausschachtungen: 10 Euro / m³;
16. Aufforstung, Abholzung, einschließlich der Forstwirtschaft und des Anbaus von Weihnachtsbäumen: 5 Euro / m² aufgeforstete oder abgeholzte Fläche, oder Fläche mit einer Weihnachtsbäume-Kultur;
17. Fällen von alleinstehenden, hochstämmigen Bäumen, die sich in einem durch den geltenden Sektorenplan bzw. durch ein geltendes lokales Orientierungsschema vorgesehenen Grüngelände befinden: 1000 Euro pro gefällten Baum;
18. Fällen von Hecken oder Alleen: 100 Euro pro laufenden Meter gefällter Hecke, 500 Euro pro in der Allee gefällten Baum;
19. Fällen von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern, Hecken: 1000 Euro pro Baum, 500 Euro pro Strauch, oder 100 Euro pro laufenden Meter gefällter Hecke;
20. Veränderung des Aussehens von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern oder Hecken: 500 Euro pro Baum, 250 Euro pro Strauch, 10 Euro pro laufenden Meter veränderter Hecke;
21. Arbeiten, die dem Wurzelwerk von bemerkenswerten Bäumen, Sträuchern oder Hecken schaden: 350 Euro pro Baum, 175 Euro pro Strauch, 10 Euro pro laufenden Meter gefällter Hecke;
22. Rodung der in Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 13 erwähnten Vegetation: 125 Euro / m² gerodeter Fläche;
23. Veränderung der in Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 13 erwähnten Vegetation: 15 Euro / m² veränderter Fläche;
24. Abstellen von Altfahrzeugen: 250 Euro pro Fahrzeug;
25. Abstellen von Schrott, Materialien oder Abfall: 100 Euro / m³;
26. Aufstellung von beweglichen Vorrichtungen, wie Wohnwagen, Campingwagen und Zelten: 100 Euro / m² Stellfläche;
27. Bau von technischen Bauwerken wie Brücken, Tunnel, Straßen, Kanalisationen: 10% der veranschlagten Kosten der Arbeiten;
28. Ausführung von Handlungen oder Arbeiten, die nicht in den Punkten 1 bis 27 erwähnt sind: mindestens 250 Euro.“

Art. 82 – In Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 desselben Gesetzbuches wird folgender Artikel R.VII.18-3 eingefügt:

„Art. R.VII.18-3 - Der in Artikel R.VII.18-2 erwähnten Vergleichsbetrag wird verdoppelt, wenn die Handlungen und Arbeiten Immobiliengüter betreffen, die in Anwendung des Denkmalschutzdekrets vorläufig oder endgültig geschützt sind, sich im Schutzbereich eines

vorläufig oder endgültig geschützten Gutes befinden oder sich in einer archäologischen Stätte befinden.“

Art. 83 – Artikel R.VII.19-1 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird aufgehoben.

Art. 84 – Artikel R.VII.19-2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 85 – Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 desselben Gesetzbuches wird gestrichen.

Art. 86 – Die Überschrift von Buch 7 Kapitel VI Abschnitt 4 desselben Gesetzbuches wird wie folgt ersetzt:

„Abschnitt 4 – Verwaltungsmaßnahmen“

Art. 87 – In Buch 7 Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 5 eingefügt:

„Abschnitt 5 – Kompensationsmaßnahmen“

Art. 88 – In Buch 7 Kapitel VI desselben Gesetzbuches wird folgender Abschnitt 6, das den Artikel R.VII.21-1 umfasst, eingefügt:

„Abschnitt 6 – Administrative Geldbußen“

Art. 89 – In Artikel R.VIII.7-1 Absatz 3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch den Erlass der Wallonischen Regierung vom 9. Mai 2019, wird die Wortfolge „neu zu gestalten- den Standort, eines Areals für Landschafts- und Umweltsanierungsmaßnahmen“ durch das Wort „Sanierungsstandort“ ersetzt.

Art. 90 – Der Anhang 4 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird durch den Anhang 1 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 91 – Der Anhang 5 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 1. Juli 2021, wird durch den Anhang 2 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 92 – Der Anhang 10 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird durch den Anhang 3 des vorliegenden Erlasses ersetzt.

Art. 93 – Der Anhang 11 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. Dezember 2019, wird aufgehoben.

Art. 94 – Der Anhang 4 des vorliegenden Erlasses wird in dasselbe Gesetzbuch als Anhang 32 eingefügt.

Art. 95 – Der Anhang 5 des vorliegenden Erlasses ersetzt Anhang 30 desselben Gesetzbuches.

Art. 96 – Der Anhang 6 des vorliegenden Erlasses ersetzt Anhang 31 desselben Gesetzbuches.

Art. 97 – Der Anhang 7 des vorliegenden Erlasses wird in dasselbe Gesetzbuch als Anhang 33 eingefügt.

Art. 98 - In Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 6. Februar 2020 zur Bestellung des mit der Beitreibung von administrativen Geldbußen beauftragten Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 31. August 2023, wird folgende Nummer 1.1 eingefügt:

„1.1 Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung;“

Art. 99 – Der für die Raumordnung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios
Antoniadis

Digital unterschrieben
von Antonios Antoniadis

Datum: 2024.01.29

13:31:37 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

**Anhänge zum Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils
des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung**

Anhang 1 (ersetzt Anhang 4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 4 – *Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung eines Architekten*

Anhang 2 (ersetzt Anhang 5 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 5 – *Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten*

Anhang 3 (ersetzt Anhang 10 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 10 – *Antrag auf Erschließungsgenehmigung oder auf Änderung einer Erschließungsgenehmigung oder auf Aufhebung der Erschließungsgenehmigung*

Anhang 4 (führt Anhang 32 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 32 – *Vorherige Mahnung - Verstoß nach Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung*

Anhang 5 (ersetzt Anhang 30 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 30 – *Antrag auf Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht*

Anhang 6 (ersetzt Anhang 31 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 31 – *Erklärung über die Übereinstimmung von Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht*

Anhang 7 (führt Anhang 33 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 33 – *Erklärung zu den Unterlagen nach Durchführung der Handlungen und Arbeiten*

Anhang 8: (führt Anhang 34 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 34 – *Formular Einreichung Durchführungsunterlagen*

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

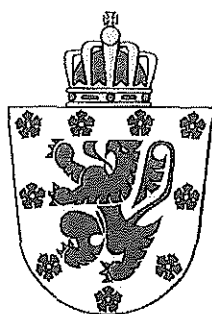
Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios
Antoniadis

Digital
unterschrieben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2024.01.29
13:31:57 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS



Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung eines Architekten

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 - Antragsart

Es handelt sich um:

- ☐ einen Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung eines Architekten
- ☐ einen Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten gemäß Artikel D.IV.72.1 unter Mitwirkung eines Architekten
- ☐ einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109-1 unter Mitwirkung eines Architekten

Feld 2 - Vorgeschichte betreffend den Antrag

- ☐ Bei Antrag auf Änderungen gemäß Artikel D.IV.72.1: Referenz der Genehmigung ausgestellt am
- ☐ Projekttreffen stattgefunden am
- ☐ Städtebaubescheinigung Nr.1 ausgestellt am
- ☐ Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am
- ☐ Denkmalgenehmigung ausgestellt am
- ☐ Städtebaugenehmigung:
- ☐ Erschließungsgenehmigung:
- ☐ Teilungsgenehmigung:
- ☐ Umweltgenehmigung:
- ☐ Globalgenehmigung:
- ☐ Genehmigung für Handelsniederlassungen:
- ☐ Integrierte Genehmigung:
- ☐ Sonstige Genehmigungen:

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ das Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- ☐ den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat
- ☐ wenn es sich um einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109.1 handelt, die Stellungnahme des Gemeindegremiums, die bestätigt, dass die Handlungen und Arbeiten in einem Gebiet stattfinden, das vor höchstens 24 Monaten von einer anerkannten Naturkatastrophe betroffen war, oder ein durch Brand ganz oder teilweise zerstörtes Gebäude oder Bauwerk betreffen (D.IV.109.5)

Feld 3

a) Antragsteller

Natürliche Person

Name: Vorname:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Sachbearbeiter

Name: Vorname:

Eigenschaft:

Telefon: Fax:

E-Mail:

b) Eidesstattliche Erklärung

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatträgers

.....

c) Architekt

Name: Vorname:.....

Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:

Rechtsform:.....

Eigenschaft:.....

Anschrift

Straße:.....Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde:..... Land:

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

Der Antragsteller hat von seinem Architekten die Bescheinigung Nr. erhalten, die die Architektenkammer am .../.../.... für vorliegendes Projekt ausgestellt hat, und die bestätigt, dass Letzterer berechtigt ist, seinen Beruf auszuüben. Der Inhalt der Bescheinigung ist auf der Webseite www.archionweb.be – attestation zugänglich.

Feld 4 - Gegenstand des Antrags

.....

.....

Feld 5 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....Nr.

Gemeinde:.....

Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen

Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 6 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

- Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes
 Nein
 Ja
- Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
 Nein
 Ja
 - Verpflichtendes Projekttreffen am
 - Referenz des Protokolls
 - Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
 Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)
 Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 7 - Rechtslage des Gutes

Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung

- Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
- Sektorenplan:
- Flächennutzungskarte:
- Plurikommunales Entwicklungsschema:
- Kommunales Entwicklungsschema:
- Lokales Orientierungsschema:
- Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:
- Regionaler Leitfaden für den Städtebau:
- Erschließungsgenehmigung: Los Nr:
- Teilungsgenehmigung: Los Nr:
- Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
- Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt
- Sanierungsstandort, Areal für eine städtische Flurbereinigung:

- Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.

Sonstige Merkmale des Gutes:

- Gut, das dem Risiko eines schweren natürlichen Unfalls oder einer größeren geotechnischen Belastung ausgesetzt ist: Überschwemmung in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne von Artikel D.53 des Wassergesetzbuches - Fallen einer Felswand - Erdbeben - Karsterscheinung - Bodensenkung - seismische Gefahr - sonstiges bedeutendes natürliches Risiko oder geotechnische Belastung: ...
- Gut in einem oder in der Nähe eines vorgeschlagenen oder durch Erlass ausgewiesenen Natura 2000-Gebiets - eines domanialen Naturreservats - eines unterirdischen Hohlraums von wissenschaftlichem Interesse - eines Feuchtgebiets von biologischem Interesse - eines Waldreservats - im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur ...
- Gut, das im Plan "dauerhaftes Wohnen" aufgenommen ist ...
- Gut, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls (nicht) vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls (nicht) verschlimmern könnte, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine angemessene Entfernung von einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist, einzuhalten
- Es handelt sich um die Errichtung - die Änderung - eines Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist
- Gut, das sich innerhalb des Gebiets befindet, das vom Sanierungsplan pro Zwischeneinzugsgebiet von betroffen und in diesem Plan als (Art des Gebiets) aufgenommen ist
- Vorhandensein einer durch Erlass festgelegten Präventivzone, einer pauschalen Präventivzone oder einer Überwachungszone in Bezug auf Trinkwasserentnahmestellen, die Kraft des Wassergesetzbuches eingeführt worden ist:
- Vorhandensein eines Wasserlaufs der 1./2./3. Kategorie:
- Sonstiges:

Feld 8 – Beschreibung des Projekts in seinem Kontext und Einbindung der baukulturellen und raumordnerischen Rahmenbedingungen

Beschreibung – ggf. Beschreibung der Änderungen, wenn vereinfachter Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1

Im Falle dessen, dass es sich um eine touristische Beherbergungsstätte handelt:

- ☐ die Unterkunft ist für bis zu 10 Personen ausgelegt
- ☐ die Unterkunft ist für 11 oder mehr Personen ausgelegt

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung der Phaseneinteilung:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 9 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründungen

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte, von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau oder von der Erschließungsgenehmigungvoraussetzt:

ausführliche Begründung der Ausnahmen und Abweichungen in Hinsicht auf die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 10 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- ☐ eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 11 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Angaben gemäß der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung:

- ☐ nicht erfasst (ohne Farbe)
- ☐ erfasst (Farbe Pfirsich)
- ☐ erfasst (Farbe Lavendel)

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beifügen.

Feld 12 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- ☐ Nein
- ☐ Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung beifügen

Feld 13 - Dekret über die Energieeffizienz von Gebäuden

Die Kraft des Dekrets über die Energieeffizienz von Gebäuden erforderlichen Dokumente beifügen

Feld 14 - Statistisches Formular

Die föderalen Rechtsvorschriften in Bezug auf das statistische Formular einhalten

Feld 15 - Beizufügende Dokumente

Die Dokumente gemäß der Felder (sofern zutreffend):

- Feld 2: Projekttreffen
- Feld 2: Stellungnahme des Gemeindegremiums (Dringlichkeitsverfahren gemäß D.IV.109.5)
- Feld 6: Denkmalschutzdekret
- Feld 10: Umweltgesetzbuch
- Feld 11: Bodenbewirtschaftung
- Feld 12: Gemeindewege
- Feld 13: Energieeffizienz
- Feld 14: Statistisches Formular

Wenn es sich um einen vereinfachten Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 handelt, dann umfasst die Akte nur die Elemente, die die beantragten Abänderungen betreffen.

Folgende Dokumente in sechs Ausfertigungen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden):

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.

Anhang 4

- ☐ ein Lageplan des betreffenden Guts im Maßstab 1:10.000 oder 1:5.000, in dem binnen eines Umkreises von 500 Metern die folgenden Angaben dargestellt werden:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Lage des vom Projekt betroffenen Gutes im Verhältnis zum Kern der Ortschaft;
 - ☐ die Zufahrtstraßen und ihre Bezeichnung;
- ☐ ein Plan mit dem raumplanerischen und landschaftlichen Kontext im Maßstab 1:1000 oder 1:500, auf dem die folgenden Angaben stehen:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Zufahrtstraßen mit Maßangaben, und ihrem rechtlichen Status;
 - ☐ die Lage, die Abmessungen, die Art oder Zweckbestimmung der bestehenden Bauten auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 50 Metern;
 - ☐ wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt, die wesentlichen Hauptzüge der Landschaft, wie z.B. die prägenden Merkmale des Bodenreliefs, die Höhenkurven, die Vegetation, einschließlich des Vorhandenseins von bemerkenswerten Bäumen oder Sträuchern im Sinne von Artikel D.IV.4 Ziffer 12 des GRE, das Vorhandensein eines Wasserlaufes oder sonstiger wichtiger landschaftlicher Elemente auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 100 Metern;
 - ☐ die nummerierte Angabe der Aufnahmen des nachstehend genannten Fotoberichts;
- ☐ ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - ☐ zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
 - ☐ mindestens drei verschiedene Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes, die Nachbargebäude und das allgemeine Umfeld zu visualisieren;
 - ☐ wenn es sich um ein neues Gebäude handelt, um wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt, oder wenn das Projekt sich in einem Areal von landschaftlichem Interesse befindet, mindestens drei verschiedene Fernaufnahmen, die es ermöglichen, den gesamten landschaftlichen Kontext, in den sich das Projekt einfügt, zu visualisieren, wobei auf jeder Aufnahme der Standort des Projekts angegeben wird;
- ☐ gegebenenfalls eine Berechnung, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des Wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt
- ☐ ein Lageplan im Maßstab 1:500, 1:250 oder 1:200 zur Verdeutlichung der Belegung der Parzelle, mit folgenden Angaben:
 - ☐ die mit Maßangaben versehenen Grenzen der Parzelle und die Höhenkurven;
 - ☐ wenn der Antrag für den Bau von nachträglich in Lose aufzuteilenden Gruppenwohnungen gestellt wird, ohne dass eine vorherige Erschließungsgenehmigung dafür erforderlich wäre, die Grenzen der Lose;

Anhang 4

- ☐ mindestens zwei mit Maßangaben versehene relevante Schnitte (Längs- und Querschnitt) des Bodenreliefs und die geplanten und mit Maßangaben versehenen Änderungen;
 - ☐ wenn das Projekt eine bedeutende Veränderung des Bodenreliefs voraussetzt, die Höhenangaben des bestehenden Bodenreliefs in Schritten von jeweils 5 m auf dem Lageplan mit einem Vermerk über die heutige Zweckbestimmung des Grundstücks, sowie die Schnitte, auf denen die Planierfläche des Grundstücks angegeben wird;
 - ☐ gegebenenfalls die Lage und die Abmessungen der auf der Parzelle gelegenen Gebäude, die bestehen bleiben oder abgerissen werden;
 - ☐ der Standort und das Volumen der geplanten Bauten mit den Maßangaben;
 - ☐ die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;
 - ☐ gegebenenfalls die Trasse der Infrastrukturen für den Transport von Fluiden und Energie, die das oder die betroffenen Güter durchqueren;
 - ☐ die erhaltene oder geplante Einrichtung der restlichen Fläche der betroffenen Parzelle, einschließlich der Bauwuchzonen, der betreffenden Einzäunungen, der Parkflächen für Fahrzeuge, der geplanten Materialien, der Lage und Höhe der bestehenden Vegetation einschl. der hochstämmigen Bäume, der zu erhaltenden oder zu vernichtenden Hecken sowie der bemerkenswerten Bäume und der geplanten Anpflanzungen;
 - ☐ die Höhenlage des Projekts zu einem festen Bezugspunkt, der zum öffentlichen Eigentum gehört;
 - ☐ die Straßeneinrichtungen und -ausstattungen sowie ggf. die geplanten Änderungen mit den entsprechenden Maßangaben;
 - ☐ das prinzipielle Abwasserabfuhrnetz;
 - ☐ im Falle einer individuellen Klärung, bei der die Abwässer ins Gelände versickern, eine hydrologische Studie.
-
- ☐ die Darstellung des Projekts mit den zu erhaltenden, abzubrechenden oder zu bauenden Gebäuden im Maßstab 1:100 oder 1:50, in der folgende Elemente zu sehen sind:
 - ☐ der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;
 - ☐ die Aufrisse;
 - ☐ die Beschreibung und Angabe des Farbtons der Verblendwerkstoffe des aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
 - ☐ die mit Maßangaben versehenen Quer- und Längsschnitte mit Angabe der Höhenlage des Erdgeschosses, der Höhenlage des bestehenden und geplanten Bodenreliefs und des Profils der angrenzenden Bauten;
-
- ☐ gegebenenfalls die vom Architekten vorgesehenen aktiven und passiven technischen Maßnahmen zur Vermeidung oder Minimierung der Risiken in den Gefahrenzonen, die von der Federalagentur für Nuklearkontrolle ausgewiesen sind und in Zusammenhang mit dem regionalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Radons;
-
- ☐ gegebenenfalls die technische Akte des Straßenbauprojekts mit folgenden Unterlagen:
 - ☐ Grundriss und Längsschnitte im Maßstab 1:200 oder 1:1000;

- ☐ Querprofile im Maßstab 1:100 oder 1:50;
- ☐ ein Musterquerschnitt mit den geplanten Materialien.

Der Musterquerschnitt kann auf der Grundlage eines von der zuständigen Behörde auferlegten Lastenhefts bestimmt werden.

- ☐ wenn es sich um Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 handelt, die unter eine besondere Bekanntmachungsmaßnahme fallen (D.IV.40), eine **3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts** (welche bei der Projektankündigung oder der öffentlichen Untersuchung nach Artikel D.VIII.6 und D.VIII.7 ausgegangen werden muss).

Feld 16 - Unterschriften

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers/Architekt

.....

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostebelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn Ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehorde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

AUSZÜGE AUS DEM GESETZBUCH ÜBER DIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG

Art. D.IV.72.1

Gemäß den Bestimmungen, die von der Regierung erlassen werden können, kann der Genehmigungsinhaber nach Erteilung der Genehmigung, vor Ablauf der Gültigkeit der Genehmigung, vor oder während der Durchführung der Handlungen oder Arbeiten bei Änderungen des genehmigten Vorhabens oder der in der Genehmigung aufgeführten Bedingungen oder Auflagen bei der Behörde, die die Genehmigung gegebenenfalls im Beschwerdeverfahren erteilt hat, einen vereinfachten Antrag auf Änderung der Genehmigung einreichen, wenn:

1. es sich um Änderungen handelt, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen;
2. oder die Änderungen Handlungen oder Arbeiten im Sinne von Artikel D.IV.1 §2 betreffen;
3. oder die Änderungen die Durchführung von städtebaulichen Auflagen betreffen.

Änderungen, die besonderen Bekanntmachungsmaßnahmen gemäß Artikel D.IV.40 unterliegen, können nicht über einen vereinfachten Antrag genehmigt werden.

Die Regierung kann den Inhalt des Antrags auf Änderung der Genehmigung bestimmen.

Der Antrag beinhaltet zumindest die abgeänderten Pläne und Dokumente, einen entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit sowie eine Begründung der Änderungen im Hinblick auf die in Absatz 1 genannten Bedingungen.

Die zuständige Behörde stellt bei Erhalt des Antrags einen Hinterlegungsbescheid gemäß Artikel D.IV.32 aus. Sie übermittelt dem Genehmigungsinhaber ihren Beschluss über die Änderung der Genehmigung innerhalb einer Frist von:

1. dreißig Tagen ab dem Datum des Hinterlegungsbescheids, wenn kein Gutachten notwendig ist;
2. sechzig Tagen ab dem Datum des Hinterlegungsbescheids, wenn ein oder mehrere Gutachten notwendig sind.

Bei fehlender Zustellung des Beschlusses in der vorgegebenen Frist gilt der Antrag auf Änderung als verweigert.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Änderungen ein in Artikel D.IV.14.1 genanntes Gut, wird vor dem Beschluss ein gleichlautendes Denkmalgutachten eingeholt.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Änderungen ein in Artikel D.IV.17 genanntes Vorhaben oder Bedingungen bzw. Auflagen, die durch die Regierung auferlegt wurden, wird das Gutachten der Regierung eingeholt, wenn sie nicht die zuständige Behörde ist. In den in Artikel D.IV.17 genannten Fällen ist das Gutachten der Regierung gleichlautend.

Betreffen die in Absatz 1 erwähnten Änderungen Bedingungen bzw. Auflagen, die durch das Gemeindekollegium auferlegt wurden, wird vor der Genehmigung das Gutachten des Gemeindekollegiums eingeholt, wenn es nicht die zuständige Behörde ist.

In Abweichung von den Artikeln D.IV.37 bis D.IV.39 werden die in den Absätzen 7 bis 9 genannten Gutachten innerhalb von dreißig Tagen nach dem Versand der Anfrage übermittelt. Nach Ablauf dieser Frist gilt das Gutachten als günstig.

Eine Abschrift des Beschlusses wird allen Instanzen übermittelt, die bei der Bearbeitung des ursprünglichen Vorhabens ein Gutachten abgegeben haben.

Der Beschluss zur Änderung der Genehmigung hat keinerlei Einfluss auf die Verfallsfrist der Genehmigung, deren Änderung beantragt worden ist, und verlängert diese nicht

Art. D.IV.109.1

§1 - Handlungen und Arbeiten zum Wiederaufbau von Gebäuden und Bauwerken in von anerkannten Naturkatastrophen im Sinne des Dekrets der Wallonischen Region vom 26. Mai 2016 über die Wiedergutmachung bestimmter Schäden, die durch allgemeine Naturkatastrophen entstanden sind, betroffenen Gebieten oder von Gebäuden und Bauwerken, die durch Brand ganz oder teilweise zerstört sind, können Gegenstand eines Dringlichkeitsverfahrens zur Erteilung einer Städtebaugenehmigung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Titels sein.

Anhang 4

Der Wiederaufbau betrifft die weitgehend originalgerechte Wiederherstellung von durch die Naturkatastrophe oder den Brand ganz oder teilweise zerstörten Gebäuden und Bauwerken und umfasst u. a. den Abbau, die Reinigung, die Wiederinstandsetzung oder die Ersetzung der Strukturbauelemente und der Außenmauern, einschließlich des Schutzes durch Verkleidung oder Hydrophobierung und deren Isolierung sowie der Außenholzwerke, der Dachstühle, Dachhäute und der Isolierung der Dächer, der Sonnenpaneele, falls sie fester Bestandteil der Dachhaut sind, der Schornsteine, Gesimse, Dachrinnen sowie der Regenfallrohre und Einbauten zur Ableitung des Regenwassers.

Änderungen zum ursprünglichen Gebäude, inbegriffen Änderungen am Tragwerk, Änderungen, die das architektonische Aussehen des Gebäudes oder des Bauwerks beeinflussen, oder Änderungen der Einpflanzung können genehmigt werden, sofern die Änderungen insgesamt unwesentlich bleiben, im Antrag ausführlich gerechtfertigt werden und mit der Nachbarschaft vereinbar sind.

Die Regierung kann die Liste der betroffenen Handlungen und Arbeiten ergänzen.

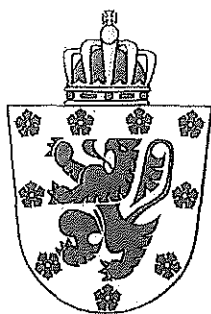
§2 - Das Dringlichkeitsverfahren wird nicht für Handlungen und Arbeiten verwendet, die:

1. einer Umweltverträglichkeitsstudie unterzogen werden müssen;
2. die Schaffung, die Änderung oder die Abschaffung eines kommunalen Verkehrswegs mit sich führen;
3. eine der folgenden Änderungen zum ursprünglichen Gebäude beinhalten:
 - a) Änderung der Zweckbestimmung im Sinne von Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummer 7,
 - b) Erhöhung der Anzahl Wohneinheiten,
 - c) Erhöhung der Geschossanzahl.

Art. D.IV.109.5

Dem Genehmigungsantrag wird eine Stellungnahme des Gemeinde-kollegiums beigelegt. In dieser Stellungnahme bestätigt das Gemeindegremium insbesondere, dass die Handlungen und Arbeiten in einem Gebiet stattfinden, das vor höchstens 24 Monaten von einer anerkannten Naturkatastrophe betroffen war, oder ein durch Brand ganz oder teilweise zerstörtes Gebäude oder Bauwerk betreffen.

Die Regierung kann für den Genehmigungsantrag die Form und zusätzliche Inhalte festlegen, die über die aufgrund von Artikel D.IV.26 festgelegten Inhalte hinausgehen.



Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 - Antragsart

Es handelt sich um:

- ☐ einen Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten
- ☐ einen Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten gemäß Artikel D.IV.72.1 ohne Mitwirkung eines Architekten
- ☐ einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109-1 ohne Mitwirkung eines Architekten

Feld 2 - Vorgeschichte betreffend den Antrag

- ☐ bei Antrag auf Änderungen gemäß Artikel D.IV.72.1: Referenz der Genehmigung ausgestellt am
- ☐ Projekttreffen stattgefunden am
- ☐ Städtebaubescheinigung Nr.1 ausgestellt am
- ☐ Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am
- ☐ Denkmalgenehmigung ausgestellt am
- ☐ Städtebaugenehmigung:
- ☐ Erschließungsgenehmigung:
- ☐ Teilungsgenehmigung:
- ☐ Umweltgenehmigung:
- ☐ Globalgenehmigung:
- ☐ Genehmigung für Handelsniederlassungen:
- ☐ Integrierte Genehmigung:
- ☐ Sonstige Genehmigungen:

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ das Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- ☐ den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat
- ☐ wenn es sich um einen Antrag im Dringlichkeitsverfahren gemäß Artikel D.IV.109.1 handelt, die Stellungnahme des Gemeinderats, die bestätigt, dass die Handlungen und Arbeiten in einem Gebiet stattfinden, das vor höchstens 24 Monaten von einer anerkannten Naturkatastrophe betroffen war, oder ein durch Brand ganz oder teilweise zerstörtes Gebäude oder Bauwerk betreffen (D.IV.109.5)

Feld 3

a) Antragsteller

Natürliche Person Name: Vorname:..... <u>Anschrift</u> Straße:.....Nr. Bfk..... Postleitzahl: Gemeinde:.....Land: Telefon:.....Fax:..... E-Mail:.....

Juristische Person Bezeichnung oder Firmenname: Rechtsform:..... <u>Anschrift</u> Straße: Nr. Bfk..... Postleitzahl: Gemeinde:..... Land: Telefon:.....Fax:..... E-Mail:..... <u>Sachbearbeiter</u> Name: Vorname:..... Eigenschaft:..... Telefon:.....Fax:..... E-Mail:.....
--

b) Eidesstattliche Erklärung

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen. Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatträgers

c) Projektautor

Name: Vorname:.....

Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:.....

Rechtsform:.....

Eigenschaft:.....

Anschrift

Straße:.....Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde:.....Land:.....

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

Feld 4 - Gegenstand des Antrags

.....

.....

Feld 5 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....Nr.

Gemeinde:.....

Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen

Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 6 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

- Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes
 Nein
 Ja
- Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
 Nein
 Ja
 - Verpflichtendes Projekttreffen am
 - Referenz des Protokolls
 - Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
 Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)
 Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 7 - Rechtslage des Gutes

Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung

- Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
- Sektorenplan:
- Flächennutzungskarte:
- Plurikommunales Entwicklungsschema:
- Kommunales Entwicklungsschema:
- Lokales Orientierungsschema:
- Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:
- Regionaler Leitfaden für den Städtebau:
- Erschließungsgenehmigung: Los Nr:
- Teilungsgenehmigung: Los Nr:
- Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
- Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt
- Sanierungsstandort, Areal für eine städtische Flurbereinigung:
- Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.

Sonstige Merkmale des Gutes:

- Gut, das dem Risiko eines schweren natürlichen Unfalls oder einer größeren geotechnischen Belastung ausgesetzt ist: Überschwemmung in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne von Artikel D.53 des Wassergesetzbuches - Fallen einer Felswand - Erdbeben - Karsterscheinung - Bodensenkung - seismische Gefahr - sonstiges bedeutendes natürliches Risiko oder geotechnische Belastung: ...
- Gut in einem oder in der Nähe eines vorgeschlagenen oder durch Erlass ausgewiesenen Natura 2000-Gebiets - eines domanialen Naturreservats - eines unterirdischen Hohlraums von wissenschaftlichem Interesse - eines Feuchtgebiets von biologischem Interesse - eines Waldreservats - im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur ...
- Gut, das im Plan "dauerhaftes Wohnen" aufgenommen ist ...
- Gut, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls (nicht) vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls (nicht) verschlimmern könnte, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine angemessene Entfernung von einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist, einzuhalten
- Es handelt sich um die Errichtung - die Änderung - eines Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist
- Gut, das sich innerhalb des Gebiets befindet, das vom Sanierungsplan pro Zwischeneinzugsgebiet von betroffen und in diesem Plan als (Art des Gebiets) aufgenommen ist
- Vorhandensein einer durch Erlass festgelegten Präventivzone, einer pauschalen Präventivzone oder einer Überwachungszone in Bezug auf Trinkwasserentnahmestellen, die Kraft des Wassergesetzbuches eingeführt worden ist:
- Vorhandensein eines Wasserlaufs der 1./2./3. Kategorie:
- Sonstiges:

Feld 8 – Beschreibung des Projekts in seinem Kontext und Einbindung der baukulturellen und raumordnerischen Rahmenbedingungen

Beschreibung – ggf. Beschreibung der Änderungen, wenn vereinfachter Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Bei **Abbrucharbeiten**: welches ist die Zweckbestimmung der Parzelle nach Durchführung dieser Handlungen und Arbeiten?

Bei erheblichen Veränderungen des Bodenreliefs oder Arbeiten am Boden: wie groß ist das ungefähre Volumen der abzuräumenden Erde? Wie wird das Erdreich entfernt? Wo kommt das Erdreich her oder wo geht es hin?

Im Falle dessen, dass es sich um eine touristische Beherbergungsstätte handelt:

- ☐ die Unterkunft ist für bis zu 10 Personen ausgelegt
- ☐ die Unterkunft ist für 11 oder mehr Personen ausgelegt

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung der Phaseneinteilung:

Feld 9 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründungen

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte, von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau oder von der Erschließungsgenehmigung voraussetzt:

ausführliche Begründung der Ausnahmen und Abweichungen in Hinsicht auf die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE:

Feld 10 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- ☐ eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 11 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Angaben gemäß der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung:

- ☐ nicht erfasst (ohne Farbe)
- ☐ erfasst (Farbe Pfirsich)
- ☐ erfasst (Farbe Lavendel)

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beifügen.

Feld 12 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- ☐ Nein
- ☐ Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung beifügen

Feld 13 - Dekret über die Energieeffizienz von Gebäuden

Die Kraft des Dekrets über die Energieeffizienz von Gebäuden erforderlichen Dokumente beifügen

Feld 14 - Statistisches Formular

Die föderalen Rechtsvorschriften in Bezug auf das statistische Formular einhalten

Feld 15 - Beizufügende Dokumente

Die Dokumente gemäß der Felder (sofern zutreffend):

- Feld 2: Projekttreffen
- Feld 2: Stellungnahme des Gemeindeskollegiums (Dringlichkeitsverfahren gemäß D.IV.109.5)
- Feld 6: Denkmalschutzdekret
- Feld 10: Umweltgesetzbuch
- Feld 11: Bodenbewirtschaftung

- Feld 12: Gemeindewege
- Feld 13: Energieeffizienz
- Feld 14: Statistisches Formular

Wenn es sich um einen vereinfachten Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 handelt, dann umfasst die Akte nur die Elemente, die die beantragten Abänderungen betreffen.

Folgende Dokumente in vier Ausfertigungen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden):

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.

- ☐ ein Plan zur Darstellung des Projektes und seines raumplanerischen und landschaftlichen Kontexts, der es ermöglicht, das Projekt in einem Umkreis von 200 Metern zu visualisieren, und folgende Elemente angibt:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Zufahrtstraßen mit Angabe ihres rechtlichen Status, ihrer Bezeichnung und Breite;
 - ☐ die Lage, die Art oder die Zweckbestimmung der bestehenden Bauten in einem Umkreis von 50 Metern;
 - ☐ die nummerierte Angabe der Aufnahmen des Fotoberichts;
- ☐ ein Farbfotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - ☐ zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
 - ☐ mindestens drei Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes und die Nachbargebäude zu visualisieren;
 - ☐ wenn das Projekt die Anwendung der Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE voraussetzt (Ausnahmen oder Abweichungen), oder wenn das Projekt sich in einem Areal von landschaftlichem Interesse befindet, mindestens drei verschiedene Fernaufnahmen, die es ermöglichen, den gesamten landschaftlichen Kontext, in den sich das Projekt einfügt, zu visualisieren, wobei auf jeder Aufnahme der Standort des Projekts angegeben wird;
- ☐ ein Plan zur Verdeutlichung der Belegung der Parzelle, mit folgenden Angaben:
 - ☐ die Grenzen der betroffenen Parzelle;
 - ☐ gegebenenfalls die Lage der auf der Parzelle gelegenen Gebäude, die bestehen bleiben oder abgerissen werden;
 - ☐ ggf. die Lage der geplanten Bauten, die Beschreibung der Verblendwerkstoffe des aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
 - ☐ die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;

- ☐ die erhaltene oder geplante Einrichtung des Bodens der betroffenen Parzelle, einschließlich der Bauwuchszonen, der Einfriedungen, der Parkflächen für Fahrzeuge, der Lage und Höhe der bestehenden Vegetation einschl. der hochstämmigen Bäume, der zu erhaltenden oder zu vernichtenden Hecken sowie der bemerkenswerten Bäume und der Anpflanzungen;
- ☐ ggf. die zu treffenden Maßnahmen, um den einwandfreien Abfluss des Oberflächenwassers zu gewährleisten;
- ☐ ggf. die zu treffenden Maßnahmen, um die Klärung des Abwassers zu gewährleisten;
- ☐ die Behandlung der Umgebung und den Schutz der benachbarten Gebäude und Anpflanzungen;

Besondere Dokumente – je nach Gegenstand des Antrags

- ☐ wenn es sich um eine bedeutende Veränderung des Bodenreliefs handelt, die Höhenangaben des bestehenden Bodenreliefs in Schritten von jeweils 5 m mit einem Vermerk über die heutige Zweckbestimmung des Grundstücks, die Anpflanzungen auf den benachbarten Grundstücken, ihre Entfernung zu den Grenzen des betreffenden Grundstücks sowie die Schnitte zur Veranschaulichung der Planierfläche des Grundstücks und die vorgesehene Situation nach der Durchführung der Änderungen des Bodenreliefs;
- ☐ wenn es sich um ein Lager für ausgediente Fahrzeuge, Schrott, Materialien oder Abfälle handelt, die Lage, die Fläche und die Höhe des Lagers, die Art der abzulagernden Materialien oder Abfälle, die Art der Umfriedung oder die vorgesehenen Vorrichtungen, um das Lager zu tarnen, sowie ihre Lage;
- ☐ wenn es sich um das Ab- oder Aufstellen einer oder mehrerer mobiler Anlagen handelt, ihre Lage, Anzahl und ggf. die Art der Umfriedung oder die vorgesehenen Vorrichtungen, um die Anlage zu tarnen, sowie die vorgesehene Situation nach dem Abräumen des Lagers;
- ☐ Wenn es sich um technische Arbeiten im Sinne von Artikel R.IV.1-2, Absatz 1, 5° handelt¹:
 - ☐ einen Grundriss und Längs- und Querschnitte, mit folgenden Angaben:
 - ☐ die Angabe der öffentlichen Wege in einem Umkreis von 50 m ab jeder Grenze der Parzelle, mit ihrer Bezeichnung und Breite,
 - ☐ die Grenzen des Grundstücks, mit Angabe der Abmessungen;
 - ☐ die Höhenkurven der aktuellen und geplanten Schnitte der Grundstückflächen;
 - ☐ die Lage, die Art bzw. die Zweckbestimmung der Nachbargebäude in einem Umkreis von 50 m ab jeder Grenze der Parzelle;
 - ☐ die Lage der auf der Parzelle vorhandenen, zu erhaltenden bzw. abzureißenden Gebäude;

¹ Unter technischen Arbeiten sind zu verstehen:

a) Arbeiten, bei denen die Ingenieurtechnik eine wichtige Rolle spielt, wie z.B. Brücken und Tunnels, Straßen, Parkplätze, Eisenbahngleise, Untergrundbahnen und alle Transportwege mit fester Unterlage, Start-/Landebahnen in Flughäfen, Wasserwerke, Talsperren, Kanäle, Häfen und Jachthäfen, Wasserfassungen, elektrische Leitungen, (Gitter-)Masten, Anschlussstationen, Windräder, Turbinen, Gasleitungen, Ölleitungen, Pipeline, Fernmeldeanlagen;

b) agrartechnische Arbeiten;

c) Anlagen oder Bauwerke, bei deren Entwurf die Ingenieurtechnik eine wesentliche Rolle spielt: Produktionsanlagen, Lageranlagen, Umschlag- und Transportanlagen, Förderbänder, Portalkrananlagen, Leitungen, Laufkräne, Lagertürme, Silos, Außenfilteranlagen.

- ☐ die Lage der vorhandenen, zu erhaltenden bzw. zu fällenden hochstämmigen Bäume;
- ☐ ggf. die Ansichten der verschiedenen Baum- bzw. Pflanzenbestände;
- ☐ der Grundriss und die Längsschnitte werden im Maßstab 1:200, 1:1000 oder 1:5.000 erstellt;
- ☐ die Querprofile werden im Maßstab 1:100 oder 1:50 erstellt;
- ☐ die Stellungnahme der betroffenen (Energie-)Netzbetreiber über die technische Machbarkeit des Projekts;
- ☐ ein Lageplan mit Angabe der Orientierung im Maßstab 1:5.000 oder 1:10.000;
- ☐ ggf. ein allgemeiner Plan jedes Straßenabschnitts.
- ☐ Beim Umbau eines bestehenden Bauwerks, bei der Schaffung einer oder mehrerer Wohnungen, bei dem Bau eines Wintergartens, eines Neben- oder Anbauvolumens, die Visualisierung des Projekts mit den umzubauenden, abzureißenden oder zu bauenden Konstruktionen, im Maßstab 1:100 oder 1:50, unter Angabe folgender Elemente:
 - ☐ der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;
 - ☐ die Aufrisse;
 - ☐ die Verblendwerkstoffe und der Farbton des vorhandenen oder künftigen aufgehenden Mauerwerks und der Dachdeckung;
 - ☐ die mit Maßangaben versehenen Quer- und Längsschnitte mit Angabe der Höhenlage des Erdgeschosses, der Höhenlage des bestehenden und geplanten Bodenreliefs und des Profils der angrenzenden Bauten sowie die genaue Zusammensetzung der Wände und des Daches, die Angabe der Rauchabzugs- und Lüftungsrohre;
 - ☐ gegebenenfalls die Berechnungen, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt.
- ☐ beim Anbringen eines oder mehrerer Aushängeschilder oder Reklamevorrichtungen, einer oder mehrerer ortsfester oder beweglicher Einrichtungen, oder eines oder mehrerer Module zur Erzeugung von Strom oder Hitze:
 - ☐ die Draufsicht der Vorrichtung oder des Moduls;
 - ☐ die Vorderansicht der Vorrichtung oder des Moduls;
 - ☐ die Beschreibung der Baustoffe und ihr Farbton;
 - ☐ für die Aushängeschilder oder Reklamevorrichtungen: die Beschreibung des benutzten Schriftzugs und ggf. der benutzten Beleuchtung
- ☐ bei Abbruch eines Bauwerks oder einer Anlage:
 - ☐ die Draufsicht des Bauwerks / der Anlage;

- ☐ mindestens drei signifikante Fotoaufnahmen des betroffenen Bauwerks / der betroffenen Anlage;
- ☐ bei Änderung der Zweckbestimmung eines Gutes (gesamt oder teilweise) oder Änderung der Aufteilung von Verkaufsflächen und der Geschäftstätigkeit:
 - ☐ einen Plan mit dem raumplanerischen und landschaftlichen Kontext im Maßstab 1:1000 oder 1:500 mit den oben genannten allgemeinen Angaben und der Angabe der Lage der Parkflächen für Fahrzeuge in einem Umkreis von 100 Metern ab jeder der Grenzen der betroffenen Parzelle;
 - ☐ gegebenenfalls die Berechnungen, aus der sich die Einhaltung des Kriteriums der gesundheitlichen Zuträglichkeit nach Artikel 3 Ziffer 5 des wallonischen Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen betreffend die natürliche Beleuchtung ergibt.
 - ☐ der Grundriss aller Ebenen sowie die aktuelle und künftige Zweckbestimmung der Räumlichkeiten;
- ☐ wenn es sich um Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.4 Absatz 1 Nummern 1 bis 5 handelt, die unter eine besondere Bekanntmachungsmaßnahme fallen (D.IV.40), eine **3D-Visualisierung des städtebaulichen Projekts** (welche bei der Projektankündigung oder der öffentlichen Untersuchung nach Artikel D.VIII.6 und D.VIII.7 ausgehangen werden muss).

Feld 16 - Unterschriften

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers/ Architekt

.....

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

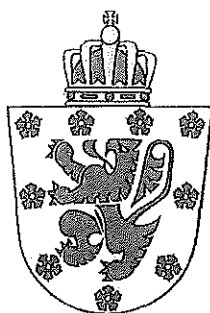
In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn Ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehorde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.



**Antrag auf Erschließungsgenehmigung oder auf
Änderung einer Erschließungsgenehmigung oder auf
Aufhebung der Erschließungsgenehmigung**

DER GEMEINDE ODER DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Gegenstand des Antrags

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 - Antragsart

Es handelt sich um:

- ☐ einen Antrag auf Erschließungsgenehmigung
(ggf. mit vereinfachtem Inhalt)
- ☐ einen Antrag auf Änderung einer Erschließungsgenehmigung mit Referenz der zuständigen Behörde vom
(ggf. mit vereinfachtem Inhalt)
- ☐ einen Antrag auf Aufhebung der Erschließungsgenehmigung mit Referenz der zuständigen Behörde vom
(ggf. mit vereinfachtem Inhalt)
- ☐ einen Antrag auf Änderungen nach Erteilung der Genehmigung, vor oder während der Fertigstellung der Arbeiten gemäß Artikel D.IV.72.1; Erschließungsgenehmigung mit Referenz der zuständigen Behörde vom

Feld 2 - Vorgeschichte betreffend den Antrag

- ☐ Projekttreffen stattgefunden am
- ☐ Städtebaubescheinigung Nr.1 ausgestellt am
- ☐ Städtebaubescheinigung Nr. 2 ausgestellt am
- ☐ Denkmalgenehmigung ausgestellt am
- ☐ Städtebaugenehmigung:
- ☐ Erschließungsgenehmigung:
- ☐ Teilungsgenehmigung:
- ☐ Umweltgenehmigung:
- ☐ Globalgenehmigung:
- ☐ Genehmigung für Handelsniederlassungen:
- ☐ Integrierte Genehmigung:
- ☐ Sonstige Genehmigungen:

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ das Protokoll des Treffens ohne Entscheidungsgewalt, wenn ein Projekttreffen stattgefunden hat
- ☐ den Beweis dafür, dass ein kraft des GRE obligatorisches Projekttreffen beantragt worden ist, wenn dieses Projekttreffen zwar beantragt wurde, aber nicht binnen 20 Tagen nach dem Antrag stattgefunden hat

Feld 3

a) Antragsteller

Natürliche Person

Name: Vorname:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Sachbearbeiter

Name: Vorname:

Eigenschaft:

Telefon: Fax:

E-Mail:

b) Eidesstattliche Erklärung

Ich verpflichte mich, die gegebenenfalls durch andere Gesetze, Dekrete oder Verordnungen auferlegten Zulassungen oder Genehmigungen zu beantragen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers

.....

c) Projektautor

Name: Vorname:

Bezeichnung oder Firmenname einer juristischen Person:

Rechtsform:

Eigenschaft:

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde: Land:

Telefon: Fax:

E-Mail:

Feld 4 - Gegenstand des Antrags

Projektbeschreibung:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Wenn eine phasenweise Umsetzung des Projekts erwünscht wird, Beschreibung und Begründung der Phaseneinteilung:

.....

.....

.....

.....

Wenn Kraft Art. D.IV.2 § 2 des GRE der Ausschluss bestimmter Lose aus dem von der Genehmigung gedeckten Perimeter erwünscht wird: Beschreibung dieser Lose und Begründung des Ausschlussantrags:

.....

.....

.....

.....

Feld 5 - Angaben über den Projektstandort

Straße:.....Nr.

Gemeinde:.....

Liste der vom Antrag betroffenen Katasterparzellen

Wenn das Projekt mehr als fünf Parzellen betrifft, bitte eine Draufsicht mit den gesamten Parzellen beifügen

	Gemeinde	Gemarkung	Flur	Nr. und Exponent	Eigentümer
Parzelle 1					
Parzelle 2					
Parzelle 3					
Parzelle 4					
Parzelle 5					

Vorhandensein von Dienstbarkeiten und sonstiger Rechte

Nein

Ja:

Feld 6 – Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen (Denkmalschutzdekret)

- Das betroffene Objekt befindet sich im Schutzbereich eines vorläufig oder endgültig geschützten Gutes
 Nein
 Ja
- Das betroffene Objekt ist vorläufig oder endgültig geschützt gemäß dem Dekret vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historische Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen
 Nein
 Ja
 - Verpflichtendes Projekttreffen am
 - Referenz des Protokolls
 - Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):
 - Das Protokoll des verpflichtenden Projekttreffens (Art. D.IV.31.1)
 - Ggf. die ergänzenden Dokumente, die laut Protokoll dem Antrag beizufügen sind

Feld 7 - Rechtslage des Gutes

Liste der auf das Gut anwendbaren GRE-Dokumente und Angaben zur Gebietseinteilung

- Raumentwicklungsschema (bei Anwendung von Artikel D.II.16 des GRE):
- Sektorenplan:
- Flächennutzungskarte:
- Plurikommunales Entwicklungsschema:
- Kommunales Entwicklungsschema:
- Lokales Orientierungsschema:
- Kommunaler Leitfaden für den Städtebau:
- Regionaler Leitfaden für den Städtebau:
- Erschließungsgenehmigung: Los Nr:
- Teilungsgenehmigung: Los Nr:
- Gut mit einem bemerkenswerten Baum bzw. Strauch oder einer bemerkenswerten Hecke
- Gut, das der Regelung über die Besteuerung der Gewinne aus der Planung unterliegt
- Sanierungsstandort, Areal für eine städtische Flurbereinigung:
- Wenn die Normen über die akustische Qualität der Bauten auf das Projekt anwendbar sind, bitte das Formular Dn beifügen.

Sonstige Merkmale des Gutes:

- Gut, das dem Risiko eines schweren natürlichen Unfalls oder einer größeren geotechnischen Belastung ausgesetzt ist: Überschwemmung in den überschwemmungsgefährdeten Gebieten im Sinne von Artikel D.53 des Wassergesetzbuches - Fallen einer Felswand - Erdbeben - Karsterscheinung - Bodensenkung - seismische Gefahr - sonstiges bedeutendes natürliches Risiko oder geotechnische Belastung: ...
- Gut in einem oder in der Nähe eines vorgeschlagenen oder durch Erlass ausgewiesenen Natura 2000-Gebiets - eines domanialen Naturreservats - eines unterirdischen Hohlraums von wissenschaftlichem Interesse - eines Feuchtgebiets von biologischem Interesse - eines Waldreservats - im Sinne des Gesetzes vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur ...
- Gut, das im Plan "dauerhaftes Wohnen" aufgenommen ist ...
- Gut, dessen Standort das Risiko eines schweren Unfalls (nicht) vergrößern oder die Folgen eines solchen Unfalls (nicht) verschlimmern könnte, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine angemessene Entfernung von einem bereits bestehenden Betrieb, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist, einzuhalten
- Es handelt sich um die Errichtung - die Änderung - eines Betriebs, der mit dem Risiko eines schweren Unfalls im Sinne des Dekrets vom 11. März 1999 über die Umweltgenehmigung verbunden ist

- Gut, das sich innerhalb des Gebiets befindet, das vom Sanierungsplan pro Zwischeneinzugsgebiet von betroffen und in diesem Plan als (Art des Gebiets) aufgenommen ist
- Vorhandensein einer durch Erlass festgelegten Präventivzone, einer pauschalen Präventivzone oder einer Überwachungszone in Bezug auf Trinkwasserentnahmestellen, die Kraft des Wassergesetzbuches eingeführt worden ist:
- Vorhandensein eines Wasserlaufs der 1./2./3. Kategorie:
- Sonstiges:

Feld 8 – Beschreibung des Projekts in seinem Kontext und Einbindung der baukulturellen und raumordnerischen Rahmenbedingungen

Beschreibung – ggf. Beschreibung der Änderungen, wenn vereinfachter Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 – ggf. Beschreibung der Gründe, die die Aufhebung der Erschließungsgenehmigung rechtfertigen – ggf. Rechtfertigung, dass die Rechte, die aus den zwischen den Parteien ausdrücklich getroffenen Vereinbarungen hervorgehen, nicht beeinträchtigt werden

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Feld 9 - Liste der Ausnahmen und Abweichungen und entsprechende Begründungen

Wenn der Antrag eine Ausnahme zum Sektorenplan oder zu den Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, oder eine Abweichung von einem Schema, von einer Flächennutzungskarte oder von den Anweisungen eines Leitfadens für den Städtebau voraussetzt:

ausführliche Begründung der Ausnahmen und Abweichungen in Hinsicht auf die Artikel D.IV.5 bis D.IV.13 des GRE:

.....

.....

.....

.....

.....

.....
.....
.....
.....

Feld 10 - Umweltgesetzbuch

Der Antrag enthält (als Anhang beizufügen):

- ☐ eine Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit
- ☐ eine Umweltverträglichkeitsstudie

Feld 11 - Dekret über die Bodenbewirtschaftung

Angaben gemäß der Datenbank im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung:

- ☐ nicht erfasst (ohne Farbe)
- ☐ erfasst (Farbe Pfirsich)
- ☐ erfasst (Farbe Lavendel)

Das ordnungsgemäß ausgefüllte Formular mit den erforderlichen Dokumenten im Sinne des Dekrets vom 1. März 2018 über die Bodenbewirtschaftung und -sanierung beifügen.

Feld 12 - Dekret über das kommunale Verkehrswegenetz: Schaffung, Änderung oder Abschaffung von Gemeindewegen

- ☐ Nein
- ☐ Ja: kurze Beschreibung der Arbeiten

Die Auskünfte im Sinne von Artikel 11 des Dekrets vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz oder die diesbetreffende endgültige Genehmigung beifügen

Feld 13 - Beizufügende Dokumente

Die Dokumente gemäß der Felder (sofern zutreffend):

- Feld 2: Projekttreffen
- Feld 6: Denkmalschutzdekret
- Feld 10: Umweltgesetzbuch
- Feld 11: Bodenbewirtschaftung
- Feld 12: Gemeindewege

Wenn es sich um einen vereinfachten Antrag gemäß Artikel D.IV.72.1 oder einen gewöhnlichen Antrag auf Änderung einer Erschließungsgenehmigung handelt, dann umfasst die Akte nur die Elemente, die die beantragten Abänderungen betreffen.

Wenn es sich um einen Antrag auf Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung handelt, dann umfasst die Akte alle Elemente, die die ursprüngliche Genehmigung beinhaltete.

Folgende Dokumente in vier Ausfertigungen (je nach der Anzahl der angefragten Stellungnahmen können zusätzliche Exemplare nachgefragt werden):

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat von 21 auf 29,7 cm gefaltet.

- ☐ eine Bescheinigung, dass der Antragsteller über ein dingliches Recht an dem betreffenden Gut verfügt;
- ☐ ein Lageplan des betreffenden Guts im Maßstab 1:10.000 oder 1:5.000, in dem binnen eines Umkreises von 500 Metern die folgenden Angaben dargestellt werden:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Lage des vom Projekt betroffenen Gutes im Verhältnis zum Kern der Ortschaft;
 - ☐ die Zufahrtstraßen und ihre Bezeichnung;
- ☐ der raumplanerische und landschaftliche Kontext auf einem Plan im Maßstab 1:1.000 oder 1:500, auf dem folgende Elemente stehen:
 - ☐ die Orientierung;
 - ☐ die Zufahrtstraßen mit Maßangaben, und ihrem rechtlichen Status;
 - ☐ die Lage, die Abmessungen, die Art oder Zweckbestimmung der bestehenden Bauten auf dem betreffenden Gut und in einem Umkreis von 50 Metern;
 - ☐ die wesentlichen Landschaftsmerkmale, wie beispielsweise die prägenden Elemente des Reliefs, die Höhenlinien, die Vegetation, einschließlich des Vorhandenseins von bemerkenswerten Bäumen oder Hecken im Sinne des Artikels D.IV.4 Ziffer 12, das Vorhandensein von Wasserläufen oder von jeglichem anderen prägenden Element der Landschaft auf dem betroffenen Gut in einem Umkreis von 100 Metern von ihm entfernt;
 - ☐ die nummerierte Angabe der Aufnahmen des nachstehend genannten Fotoberichts;
- ☐ ein Fotobericht, durch den der städtebauliche und landschaftliche Kontext, in den sich das Projekt einfügt, berücksichtigt werden kann, und der mindestens das Folgende enthält:
 - ☐ zwei Aufnahmen, wobei die erste direkt am Wegenetz die Parzelle und die angrenzenden Gebäude zeigt, und die andere die Parzelle(n) zeigt, die sich gegenüber auf der anderen Seite der Straße befinden;
 - ☐ mindestens drei verschiedene Aufnahmen, um die Grenzen des betreffenden Gutes und die Nachbargebäude zu visualisieren;
 - ☐ eine oder mehrere unterschiedliche, voneinander entfernte, für das Projekt signifikante Aufnahmen mit Angabe auf dem Foto des Standorts des Projekts,

durch die eine Übersicht des allgemeinen landschaftlichen Kontexts entsteht, in den sich das Projekt einfügt;

- ☐ ein Bericht, der die folgenden Angaben enthält:
 - ☐ die Zielsetzungen der Raumordnung und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets; diese Zielsetzungen beschreiben, inwiefern das Erschließungsprojekt den Kontext, in den es sich einfügt, beachtet, verstärkt oder korrigiert oder inwiefern es diesen Kontext als Vorbild nimmt;

Wenn sich das Gut innerhalb des Bereichs eines kommunalen Schemas befindet, können die Zielsetzungen der Erschließungsgenehmigung diejenigen des kommunalen Schemas sein.
 - ☐ die Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele in Form eines Heftes mit den Anweisungen bezüglich:
 - ☐ des Verkehrsnetzes;
 - ☐ der technischen Infrastrukturen und Netze sowie der Abwasser- und Oberflächenwasserbewirtschaftung;
 - ☐ der öffentlichen Räume und Grünflächen;
 - ☐ der Parzellenaufteilung und der Zweckbestimmungen;
 - ☐ des Standorts und der Höhe der Bauten und Bauwerke, der Verkehrswege und öffentlichen Räume sowie des Einbaus der technischen Vorrichtungen;
 - ☐ der ökologischen Struktur einschließlich der Anpflanzungen.
- ☐ ein Schema, durch welches die Ziele in Sachen Raumordnung und Städtebau graphisch dargestellt werden;
- ☐ die aktuelle Belegung der Parzelle auf einem Plan im Maßstab 1:500 oder 1:250, auf die folgenden Elemente dargestellt werden:
 - ☐ die mit Maßangaben versehenen Grenzen der Parzelle und die Höhenkurven;
 - ☐ die Nummerierung der Parzellen und die Namen der Eigentümer der angrenzenden Parzellen;
 - ☐ die durch menschliches Eingreifen entstandenen, auf dem Grundstück bestehenden Grunddienstbarkeiten;
 - ☐ gegebenenfalls die Trasse der Infrastrukturen für den Transport von Fluiden und Energie, die das oder die betroffenen Güter durchqueren;
 - ☐ den Plan und die Fluchtlinie der Zugangswege, sowie ihre gesamte Breite, die Breite und Art des Belags;
 - ☐ die nächstliegenden Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel;

- ☐ den Plan mit den Anschlussstellen der bestehenden nächstliegenden Energie-/Wasser/Kommunikationsleitungen (mit Ausnahme der Abwasserleitungen) mit ihren technischen Daten;
- ☐ die Trasse und die Mündungsstellen der bestehenden nächstliegenden Abwasserleitungen mit ihren technischen Daten und ihrer Entsorgungsleistung für das betroffene Gut (gegebenenfalls durch Angabe einer bestehenden Klärstation);
- ☐ die bestehenden Mittel, um das Abfließen der Oberflächenwässer zu gewährleisten;
- ☐ die geplante Belegung der Parzelle auf einem Plan im Maßstab 1:500 oder 1:250, auf die folgenden Elemente dargestellt werden:
 - ☐ die Zweckbestimmung, der Standort und das Volumen der geplanten Bauten;
 - ☐ ggf. die verschiedenen Phasen des Projektes;
 - ☐ gegebenenfalls die zusätzlichen Funktionen, die öffentlichen Räume und die geplanten öffentlichen oder gemeinschaftlichen Bauten oder Ausrüstungen;
 - ☐ die bemaßten bebaubaren Gebiete; unter bebaubarem Gebiet ist das Gebiet zu verstehen, welches das oder die Haupt- und Nebenvolumen enthält, die zur Zweckbestimmung des betreffenden Gebiets bestimmt sind, unbeschadet der abgesonderten Nebenvolumen;
 - ☐ die aufrechterhaltene oder geplante Flächeneinrichtung außerhalb der bebaubaren Gebiete;
 - ☐ die Höhe der Zufahrtstraße, die Straßeneinrichtungen und -ausstattungen sowie ggf. die geplanten Änderungen mit den entsprechenden Maßangaben;
 - ☐ mindestens ein signifikanter Längsschnitt und ein signifikanter Querschnitt des Bodenreliefs mit Maßangaben je 100 Meter langen Straßenabschnitt sowie ggf. die geplanten Änderungen mit Maßangaben; diese Querschnitte sind im Maßstab 1:100;
- ☐ ein im Maßstab 1:500 oder 1:250 aufgestellter Übersichtsplan, der die geplante Erschließung darstellt und als Hinweis dienend die beabsichtigte Parzellenaufteilung angibt;
- ☐ eine oder mehrere repräsentative dreidimensionale Ansichten der geplanten Handlungen und Arbeiten;
- ☐ **gegebenenfalls** die technische Akte bezüglich der Anlage oder der Änderung einer kommunalen Straße, mit:
 - ☐ Grundriss und Längsschnitten im Maßstab 1:200 oder 1:1000;
 - ☐ Querprofilen im Maßstab 1:100 oder 1:50;
 - ☐ einem Musterquerschnitt mit den geplanten Baustoffen; Letzterer kann auf der Grundlage eines von der zuständigen Behörde auferlegten Lastenhefts bestimmt werden.
- ☐ **gegebenenfalls** die technische Akte bezüglich der Abschaffung einer kommunalen Straße, mit:
 - ☐ einem Grundriss der abzuschaffenden Straße;

- ☐ wenn das Projekt die Schaffung, Erweiterung oder Änderung einer kommunalen oder regionalen Straße umfasst, die Stellungnahme der betroffenen (Energie-)Netzbetreiber über die technische Machbarkeit des Projekts;
- ☐ wenn es sich um Handlungen und Arbeiten gemäß Artikel D.IV.2 (Erschließungs- und Teilungsgenehmigungen) handelt, die unter eine besondere Bekanntmachungsmaßnahme fallen (D.IV.40), eine **Abbildung der geplanten Parzellenaufteilung** und gegebenenfalls den **grafischen Ausdruck der Ziele der Raumordnung** und des Städtebaus für den betroffenen Teil des Gebiets (welche bei der Projektankündigung oder der öffentlichen Untersuchung nach Artikel D.VIII.6 und D.VIII.7 ausgehängen werden muss/müssen).

Feld 14 - Im Falle einer Abänderung oder Aufhebung einer Erschließungsgenehmigung gemäß Artikel D.IV.94

Die Liste der Eigentümer eines Loses, die den Antrag in Anwendung von Artikel D.IV.95 §3 des GRE mitunterzeichnet haben.

Für die Eigentümer, die den Antrag nicht mitunterzeichnet haben, bitte den Beweis der Einsendungen nach Artikel D.IV.95 § 2 oder § 3 des GRE beifügen

NAME	EIGENTÜMER LOS Nr.	DATUM	UNTERSCHRIFT

Feld 15 - Unterschriften

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers/Projektautors

.....

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

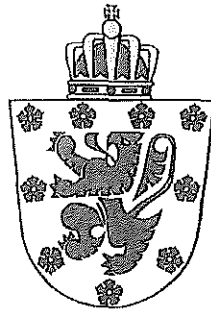
In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn Ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehorde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.



VORHERIGE MAHNUNG

VERSTOß NACH GESETZBUCH ÜBER DIE RÄUMLICHE ENTWICKLUNG

Am [Datum] wurde entsprechend der Artikel D.VII.3 bis D.VII.7 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung festgestellt durch:

- einen in der von der Regierung festgelegten Liste aufgeführten Beamten und Bediensteten der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
- einen vom Gemeinderat benannten Beamten und technischen Bediensteten der Gemeinden;
- einen gemäß Artikel 44 des Denkmalschutzdekrets von der Regierung bestellten Gerichtspolizeioffizier;
- einen mit der Verwaltung und Polizeiordnung der Straßen und Wege beauftragten Beamten und Bediensteten;
- einem Direktor, Forstamtsleiter oder Forstbediensteten der Abteilung Natur und Forstwesen der operativen Generaldirektion Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt (OGD3) des öffentlichen Dienstes der Wallonie.

dass ein Verstoß oder mehrere Verstöße gemäß Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung begangen wurden:

- die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten, die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 oder die Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §3
 - ohne vorherige Genehmigung,
 - nach Verfall der Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung
 - unter Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 und 2;

Mit Ausnahme a) der Handlungen, die in Missachtung der Parzellenaufteilung laut der Erschließungsgenehmigung getätigt wurden, wenn sie keine Änderung der Erschließungsgenehmigung gemäß Artikel D.IV.94 §2 erfordern; b) der Arbeiten und Handlungen, die Gegenstand einer Erklärung gemäß Artikel D.IV.73.1 §1 Absatz 2 Nummer 2 sind;

- die Weiterführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen und Arbeiten, der Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 oder der Teilung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §3
 - ohne vorherige Genehmigung,

- nach Verfall dieser Genehmigung oder nach dem Akt oder Beschluss zur Aussetzung der Genehmigung
- unter Nichteinhaltung der Genehmigung oder des Regularisierungsbeschlusses im Sinne von Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 und 2;
- unbeschadet von Artikel D.VII.1bis, die Aufrechterhaltung der ohne die erforderliche Genehmigung oder in deren Missachtung ausgeführten Arbeiten;
- die Nichtbeachtung der Vorschriften des Sektorenplans und der Normen des regionalen Leitfadens für den Städtebau, mit Ausnahme der Handlungen und Arbeiten, die abweichend genehmigt wurden, von der Genehmigung freigestellt wurden oder nicht unter Genehmigungspflicht stehen;
- die Nichtbeachtung der Regeln zum Aushang der Genehmigung gemäß Artikel D.IV.70 oder zur Bekanntmachung gemäß Artikel D.IV.76 und Buch VIII;
- das Fehlen der in Artikel D.IV.71 erwähnten Mitteilung des Beginns der Arbeiten;
- das Nichteinreichen der Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73 oder die Erstellung von Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73, die der tatsächlich vorhandenen Situation nicht entsprechen;
- die Ausführung der in Artikel D.IV.4 erwähnten Handlungen oder Arbeiten oder die Erschließung eines Gutes im Sinne von Artikel D.IV.2 §1 unter Missachtung der in Anwendung des Denkmalschutzdekrets auferlegten Schutzmaßnahmen.

Auf dem Gebiet der Gemeinde:.....

Adresse:

Katastriert Gemarkung: Flur: Nr:

Eigentümer oder mutmaßlicher Zuwiderhandelnder:

Lage laut der koordinierten Sektorenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

.....

Auflistung und Beschreibung des/r jeweiligen städtebaulichen Verstoßes/Verstöße, ggf. Referenz der Genehmigung und Benennung des entsprechenden Artikels des Genehmigungserfordernis nach Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung:

1.

2.

3.

4. etc.

Gemäß Artikel D.VII.4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung, kann eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für die Anpassung an die geltenden Vorschriften festgelegt werden.

Im vorliegenden Fall wird eine Frist von ab dem Tag der vorliegenden Mahnung festgelegt, um den aufgelisteten Verstößen ein Ende zu setzen.

Die Anpassungen an die geltenden Vorschriften können durch eine Rückversetzung in den ursprünglichen Zustand, durch die Einhaltung der ggf. bestehenden Genehmigung oder aber durch die Durchführung notwendiger Schritte erreicht werden. Bezüglich der Möglichkeit einer nachträglichen Regularisierung bitten wir Sie Kontakt mit der für den Standort der durchgeführten Verstöße zuständigen Gemeinde aufzunehmen.

Sollten Sie der Notwendigkeit der Anpassung an die geltenden Vorschriften infolge der vorliegenden vorherigen Mahnung nicht innerhalb der Ihnen auferlegten Frist nachkommen, hat dies die Erstellung eines Feststellungsprotokolls zur Folge, welches dem Prokurator des Königs übermittelt wird. Die Verstöße sind Gegenstand von gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen.

Zu Ihrer Information wird gemäß Artikel D.VII.7.1 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung jeder Antrag auf Genehmigung, der sich auf Handlungen oder Arbeiten bezieht, für die ein Feststellungsprotokoll gemäß Artikel D.VII.5 übermittelt wurde, und der nicht im Rahmen einer Regularisierungsprüfung gemäß Artikel D.VII.18 eingereicht wurde, so lange als unzulässig erklärt, bis:

1. ein rechtskräftiger Regularisierungsbeschluss gemäß Artikel D.VII.18 §2 Nummern 1 oder 2 vorliegt;
2. ein rechtskräftiger Beschluss zur Anordnung der Durchführung von Verwaltungsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.19 oder von Kompensationsmaßnahmen gemäß Artikel D.VII.20, gegebenenfalls begleitet von einer administrativen Geldbuße gemäß Artikel D.VII.21, vorliegt;
3. ein rechtskräftiges Gerichtsurteil gefällt wurde;
4. eine Erklärung über die Übereinstimmung von bestehenden Handlungen oder -Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht gemäß Artikel D.VII.1ter §2 Absatz 2 Nummer 1 vorliegt.

Datum:

Unterschrift des feststellenden Bediensteten

Anlagen:

- Übersichtsplan
- Fotodokumentation

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

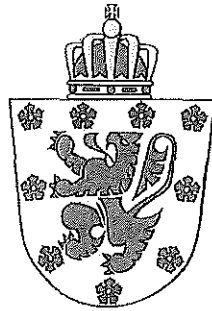
In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehorde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.



ANTRAG AUF ÜBERPRÜFUNG DER ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEM RAUMORDNUNGS- UND STÄDTEBAURECHT

DER REGIERUNG VORBEHALTENES FELD

Antragsteller

.....

Objekt der Anfrage

.....

Bezugszeichen der Akte

.....

Feld 1 – Referenz über den Standort

Referenznummer des genehmigten Antrags (falls vorhanden):

Straße:.....Nr.

Gemeinde:.....

Betroffene Katasterparzellen:

Feld 2

Antragsteller

Natürliche Person

Name: Vorname:.....

Anschrift

Straße:.....Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde:.....Land:

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

Eigenschaft: ☐ Genehmigungsinhaber ☐ Eigentümer ☐ Mandatsträger

Juristische Person

Bezeichnung oder Firmenname:

Rechtsform:.....

Anschrift

Straße: Nr. Bfk.....

Postleitzahl: Gemeinde:.....Land:

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

Sachbearbeiter

Name: Vorname:.....

Eigenschaft:.....

Telefon:.....Fax:.....

E-Mail:.....

Feld 3 – Informationen oder Unterlagen, betreffend die Arbeiten und Handlungen, für die die Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht angefragt wird

(1) Die betreffenden Handlungen und Arbeiten wurden genehmigt (Referenz Genehmigung) und entsprechen der Genehmigung (siehe Unterlagen anbei):

.....

.....

(1) Die betreffenden Handlungen und Arbeiten fallen unter die Anwendung der in Artikel D.VII.1bis erwähnten Vermutung (siehe Unterlagen anbei, **die Beweislast der Erfüllung der Bedingungen und des Zeitpunktes der Fertigstellung der Handlungen und Arbeiten obliegt dem Antragsteller**):

.....

.....

.....

.....

Die betreffenden Handlungen und Arbeiten sind (2):

☐ Handlungen und Arbeiten, die darin bestehen, nach dem 20. August 1994 eine oder mehrere Wohnungen zu schaffen, die den Kriterien für den Erhalt einer Mietgenehmigung oder den Kriterien der Gesundheitsverträglichkeit und der Sicherheit nicht entsprechen.

☐ Handlungen und Arbeiten, die innerhalb eines durch das Gesetz vom 12. Juli 1973 über die Erhaltung der Natur oder seiner Ausführungserlasse anerkannten Gebiets stattfinden.

☐ Handlungen und Arbeiten an einem in Artikel D.IV.14.1 genannten Gut.

☐ Handlungen und Arbeiten, die vor dem 1. Februar 2023 Gegenstand einer gerichtlichen Entscheidung zur Feststellung der Nichtübereinstimmung von Handlungen und Arbeiten mit den Regeln des Raumordnungs- und Städtebaurechts geworden sind, selbst wenn die gerichtliche Entscheidung von noch laufenden Berufungsverfahren betroffen ist. Wenn zutreffend Referenz:.....

☐ Handlungen und Arbeiten, die nach dem 1. Februar 2023 Gegenstand einer endgültigen Verwaltungsmaßnahme im Sinne von Artikel D.VII.19 oder D.VII.20 oder einer endgültigen gerichtlichen Entscheidung zur Feststellung der Nichtübereinstimmung von Handlungen und Arbeiten mit den Regeln des Raumordnungs- und Städtebaurechts geworden sind. Wenn zutreffend Referenz:.....

(1) Die betreffenden Handlungen und Arbeiten weisen aus den folgenden Gründen Unterschiede zu der genehmigten Situation auf. Die Unterschiede sind auf den beiliegenden Plänen oder Unterlagen farblich in grün gekennzeichnet und betreffen folgende Punkte:

.....
.....
.....
.....

Feld 5 - Beizufügende Unterlagen

Die folgenden Dokumente sind in vier Ausfertigungen beizufügen:

- ☐ Genehmigungspläne der ursprünglichen bzw. genehmigten Situation, wenn vorhanden
- ☐ Fotos oder Unterlagen, die die ursprüngliche Situation und den Zeitpunkt der Erstellung der Handlungen und Arbeiten unwiderlegbar belegen
- ☐ Pläne, Fotos oder Unterlagen der tatsächlich vorhandenen Situation, für die diese Erklärung der Überprüfung der Übereinstimmung angefragt wird
- ☐ Ggf. Pläne, Fotos oder Unterlagen von der tatsächlich vorhandenen Situation und den deutlich gekennzeichneten betreffenden Unterschieden zu der ursprünglichen bzw. genehmigten Situation

Die Pläne werden nummeriert und auf das Normformat DIN A4 (21cm' auf 29,7 cm) gefaltet.

Feld 6 - Unterschriften

Ich nehme zur Kenntnis, dass diese Überprüfung der Übereinstimmung nicht von der Verpflichtung befreit Genehmigungen aufgrund anderer Gesetze, Dekrete oder Verordnungen zu beantragen.

Ich erkläre, dass alle Unterlagen und Angaben der Wahrheit entsprechen und der am [Angabe des Datums] tatsächlich vorhandenen Situation entsprechen.

Unterschrift des Antragstellers oder des Mandatsträgers

.....

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

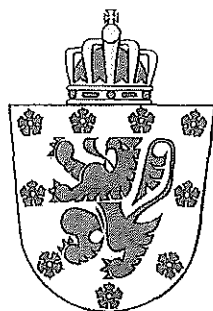
In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzlichen Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.



ERKLÄRUNG ÜBER DIE ÜBEREINSTIMMUNG VON HANDLUNGEN ODER ARBEITEN MIT DEM RAUMORDNUNGS- UND STÄDTEBAURECHT

Die Regierung,

Aufgrund des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung (im Folgenden Gesetzbuch genannt);

Aufgrund des Buches I des Umweltgesetzbuches;

In Erwägung, dass auf der Grundlage der konformen Dekrete der Wallonischen Region vom 06/05/2019 und der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 29/04/2019, die Kompetenz in Bezug auf die Raumordnung auf die Deutschsprachige Gemeinschaft am 01/01/2020 übertragen wurde;

In Erwägung, dass die Anfrage folgendes Gut betrifft:

ein Gut gelegen in <...>

Katasterangaben: <...> **Gemarkung** <...> **Flur** <...> **Nr.** <...>

Betreffend <...>;

In Erwägung, dass der Antrag auf Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht in Anwendung des Artikels **D.VII 1ter** des Gesetzbuches bei der zuständigen Behörde am <Datum> eingereicht worden ist;

In Erwägung, dass am <Datum> ein Hinterlegungsbescheid gemäß Artikel D.IV.32 ausgestellt wurde;

In Erwägung, dass sich das Gut in der/den folgende(n) Zonen der koordinierten Sektorenpläne der Deutschsprachigen Gemeinschaft <...> befindet;

In Erwägung, dass sich dieses Gut ebenfalls:

- <...>
- <...>
- <...>

befindet;

In Anbetracht, dass die folgenden Unterlagen eingereicht worden sind:

- <...>
- <...>

- <...>

In Anbetracht,

- dass keine Kontrolle vor Ort durchgeführt wurde;
- dass eine Kontrolle vor Ort am durchgeführt wurde;

(1) In Anbetracht, dass die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht der am [Datum] durch den Antragsteller dargestellten tatsächlich vorhandenen Situation durch die Regierung bescheinigt werden kann:

(1) Da die aufgeführten Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen, da <...>.

(1) Da die aufgeführten Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen, da sie unter die Anwendung der in Artikel D.VII.1bis erwähnten Vermutung fallen, da <...>.

(1) In Anbetracht, dass die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht durch die Regierung nicht bescheinigt werden kann:

(1) Da bestimmte Handlungen oder Arbeiten nicht mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen und mittels eines neuen Antrags genehmigt werden müssen.
Die Regierung setzt eine Frist von <...> (mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren) für den Erhalt einer Genehmigung fest.

Für folgende Handlungen ist eine Städtebaugenehmigung zu beantragen:

- <...>
- <...>
- <...>

Die vorliegende Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4.

(1) Da bestimmte Handlungen oder Arbeiten nicht mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht übereinstimmen und nicht genehmigt werden können.
Die Regierung legt eine Frist von <...> (mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren) für die Anpassung an die geltenden Vorschriften und Genehmigungen fest.

Folgende Handlungen gilt es durchzuführen:

- <...>
- <...>
- <...>

Die vorliegende Erklärung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4.

(1) In Anbetracht, dass die im Antrag übermittelten Informationen es nicht erlauben, die Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht auszustellen, daher müssen folgende Informationen und Unterlagen nachgereicht werden:

- <...>

- <...>
- <...>

Nach Ausstellung des Hinterlegungsbescheids zum Erhalt dieser Unterlagen gilt eine neue Bearbeitungsfrist von 75 Tagen.

Aus den vorerwähnten Gründen,

B E S C H L I E ß T:

Artikel 1: Die von dem Antragsteller angefragte Erklärung über die Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht wird <erteilt / verweigert.>

Artikel 2 : Eine Ausfertigung der vorliegenden Erklärung wird dem Antragsteller und dem Gemeindegremium der Gemeinde übermittelt.

Eupen, den

Die Regierung

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

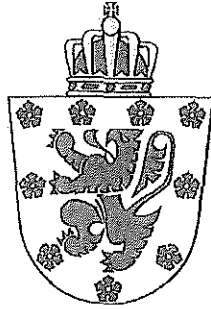
In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehorde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.



ERKLÄRUNG ZU DEN UNTERLAGEN NACH DURCHFÜHRUNG DER HANDLUNGEN UND ARBEITEN

Auf dem Gebiet der Gemeinde:.....

Adresse:

Katastriert Gemarkung: Flur: Nr:

Antragsteller:

Sachlage:

Liste der betroffenen Genehmigungen:

- ☐ Städtebaugenehmigung vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>
- ☐ Erschließungsgenehmigung/Teilungsgenehmigung (geltend als Städtebaugenehmigung für die Durchführung der Handlungen und Arbeiten bezüglich dieses Weges gemäß Artikel D.IV.79) vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>

Im Falle von mehreren Genehmigungen, sind die Referenzen aller durchgeführten Genehmigungen anzugeben.

Am [Datum] wurden entsprechend des Artikels D.IV.73 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung die Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten eingereicht.

Gemäß Artikel D.IV.60 Absatz 4 wurde eine Garantie von [.....€] hinterlegt.

Im vorliegenden Fall wurden folgende Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten eingereicht:

- (1) die eidesstattliche Erklärung und den Fotobericht
- (1) die Durchführungsunterlagen und den Fotobericht
- (1) den Fotobericht

Die vorliegende Erklärung erfolgt auf Basis der eingereichten Unterlagen und unter der Voraussetzung, dass sie die tatsächlich vorhandene Situation wahrheitsgemäß wiedergeben. Es wird daran erinnert,

dass gemäß Artikel D.VII.1 § 1 Nr. 7. die Erstellung von Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73, die der tatsächlich vorhandenen Situation nicht entsprechen, ein Verstoß bildet, der geahndet werden kann.

(1) Es wurde durch die Behörde eine Ortsbesichtigung am [Datum] durchgeführt

(1) Es wurde durch die Behörde keine Ortsbesichtigung durchgeführt

Finanzielle Garantie:

Die Freigabe der hinterlegten Garantie gemäß Artikel D.IV.60 Absatz 4 in Höhe von [.....€] wird veranlasst.

Abschluss der Akte:

(1) Die Akte wird auf Basis der eidesstattlichen Erklärung und des Fotoberichts abgeschlossen.

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung(en) sind nicht genehmigungspflichtig. Die Akte wird abgeschlossen.

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung(en), Änderungen betreffen, die aus technischen Gründen gerechtfertigt sind, die das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und die direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen. Die Akte wird abgeschlossen.

[Begründung]

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung, betreffen Änderungen im Sinne von Artikel D.IV.1 §2, die das Vorhaben in seinen Grundzügen nicht beeinflussen und die direkt oder indirekt die Gefahren, Belastungen oder Nachteile auf den Menschen oder die Umwelt nicht erhöhen. Die Akte wird abgeschlossen.

~~Begründung~~

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung sind genehmigungspflichtig. Die Arbeiten und Handlungen müssen mittels eines

neuen Antrags genehmigt werden. In diesem Fall setzt die Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für den Erhalt einer Genehmigung fest. Vorliegende Aufforderung gilt als vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4

Begründung

Im vorliegenden Fall wird eine Frist von ab dem Tag der vorliegenden Mahnung festgelegt.

Sollten Sie der Notwendigkeit der Einreichung eines neuen Antrags infolge der vorliegenden vorherigen Mahnung nicht innerhalb der Ihnen auferlegten Frist nachkommen, hat dies die Erstellung eines Feststellungsprotokolls zur Folge, welches dem Prokurator des Königs übermittelt wird. Die Verstöße sind Gegenstand von gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen.

(1) Die in den Unterlagen angeführten Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung sind nicht genehmigungsfähig.

In diesem Fall setzt die Behörde oder die Person, die sie zu diesem Zweck bevollmächtigt hat, eine Frist von mindestens drei Monaten und höchstens zwei Jahren für die Anpassung an die geltende Genehmigung fest. Vorliegende Aufforderung gilt vorherige Mahnung gemäß Artikel D.VII.4.

Im vorliegenden Fall wird eine Frist von ab dem Tag der vorliegenden Mahnung festgelegt.

Die Anpassungen an die geltenden Vorschriften können durch eine Rückversetzung in den ursprünglichen Zustand oder durch die Einhaltung der ggf. bestehenden Genehmigung erreicht werden.

Sollten Sie der Notwendigkeit der Anpassung an die geltenden Vorschriften infolge der vorliegenden vorherigen Mahnung nicht innerhalb der Ihnen auferlegten Frist nachkommen, hat dies die Erstellung eines Feststellungsprotokolls zur Folge, welches dem Prokurator des Königs übermittelt wird. Die Verstöße sind Gegenstand von gerichtlichen oder verwaltungsrechtlichen Maßnahmen.

....., den.....

(1) Der Generaldirektor,

Der Bürgermeister,

(1) Die Regierung

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

<Anschrift>

Datum

Ihr Zeichen: <Referenz>

Unterlagen nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten

<Anrede>,

gemäß Artikel D.IV.73 reiche ich, <Name, Vorname>, Inhaber folgender Genehmigung(en) die Durchführungsunterlagen besagter Genehmigung(en) ein.

- ☐ Städtebaugenehmigung vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>
- ☐ Erschließungsgenehmigung/Teilungsgenehmigung (geltend als Städtebaugenehmigung für die Durchführung der Handlungen und Arbeiten bezüglich dieses Weges gemäß Artikel D.IV.79) vom <Datum der Entscheidung> mit der Referenz <Referenz der Behörde>

Im Falle von mehreren Genehmigungen, sind die Referenzen aller durchgeführten Genehmigungen anzugeben.

Die Durchführungsunterlagen bestehen gemäß Artikel D.IV.73 in vorliegendem Fall aus:

- ☐ Eidesstattliche Erklärung (siehe unten) und Fotobericht
- ☐ Durchführungsunterlagen und Fotobericht
- ☐ Fotobericht

Erläuterung

- (1) Die Eidesstattliche Erklärung besagt, dass die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten der erteilten Genehmigung vollständig konform sind, und einen Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert.

(1) Unzutreffendes bitte streichen

- (1) Die Durchführungsunterlagen und der Fotobericht stellen die Unterschiede zwischen der tatsächlich vorhandenen Situation und der Genehmigung farblich in rot markiert dar und geben die Gründe, die zu den Unterschieden geführt haben an. Unterschiede sind nicht ausgeführte, anders ausgeführte oder zusätzlich ausgeführte Arbeiten und Handlungen. Da bei der ursprünglichen Genehmigung ein Architekt hinzugezogen werden musste oder hinzugezogen wurde, liegen diesem Schreiben, die vom Architekten gegengezeichneten und datierten Unterlagen, die die tatsächlich vorhandene Situation nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten sowie der Auflagen auf der Grundlage eines korrekten Ausmaßes wiedergeben, und ein Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert, bei. Eine schriftliche Rechtfertigung der Unterschiede wird ggfls. beigefügt.
- (1) Da bei der ursprünglichen Genehmigung kein Architekt hinzugezogen werden musste oder hinzugezogen wurde, liegt vorliegendem Schreiben der Fotobericht, der die Außenansichten des fertigen Baus oder die durchgeführten Handlungen oder Arbeiten dokumentiert, bei. Eine schriftliche Rechtfertigung der Unterschiede wird ggfls. beigefügt.

Es wird daran erinnert, dass gemäß Artikel D.VII.1 § 1 Nr. 7. die Erstellung von Unterlagen gemäß Artikel D.IV.73, die der tatsächlich vorhandenen Situation nicht entsprechen, ein Verstoß bildet, der geahndet werden kann.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, <Name, Vorname>, dass ich die vorgenannten Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe und dass die Angaben der Wahrheit entsprechen und ich nichts verschwiegen habe.

Ich erkläre hiermit, dass die tatsächlich vorhandene Situation nach Durchführung der Handlungen oder Arbeiten der/den oben gelisteten Genehmigung(en) entspricht.

Mit freundlichen Grüßen

<Vorname Nachname>

Anlagen
<Anlage>

DATENSCHUTZ

Das Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. die zuständige Gemeinde sind gemeinsam verantwortliche Verarbeiter Ihrer Daten gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (EU) Nr. 2016/679 vom 27. April 2016 und den entsprechenden Ausführungsbestimmungen. Ihre Persönlichkeitsrechte erfahren daher eine besondere Beachtung. Weiterführende Informationen zur Wahrung Ihrer Rechte finden Sie unter www.ostbelgienlive.be/datenschutz bzw. auf der Seite mit der Datenschutzerklärung der Gemeinde. Sie erreichen den Datenschutzbeauftragten des Ministeriums, Herrn Wilfried Heyen, unter datenschutz@dgov.be. Den Kontakt des Datenschutzbeauftragten der Gemeinde entnehmen Sie bitte deren Datenschutzerklärung.

In Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften in Sachen Datenschutz und mit dem Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung (GRE) werden die mitgeteilten personenbezogenen Daten von dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn der Antrag bei der Regierung eingereicht wird) bzw. von der Gemeinde (wenn der Antrag bei einer Gemeinde eingereicht wird) ausschließlich zu Zwecken der Bearbeitung Ihrer Akte benutzt.

Diese Daten werden nur den im GRE, insbesondere in dessen Buch IV genannten Behörden, Instanzen, Ausschüssen, Kommissionen und Dienststellen mitgeteilt. Die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde kann Ihre personenbezogenen Daten ebenfalls Dritte mitteilen, wenn die Gesetze sie dazu verpflichten, oder wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft bzw. die Gemeinde in gutem Glauben der Ansicht ist, dass die Weitergabe sinnvoll ist, um ein gesetzliches Verfahren einzuhalten, oder im Rahmen eines Gerichtsverfahrens.

Diese Daten werden weder verkauft noch für Marketingzwecke benutzt.

Sie werden so lange aufbewahrt, wie die Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gültig ist. Hinsichtlich der nicht mehr gültigen Städtebaugenehmigungen oder -bescheinigungen werden die elektronischen Daten in einer minimierten Form aufbewahrt, die es der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. der Gemeinde ermöglicht, zu wissen, ob Ihnen eine Städtebaugenehmigung oder -bescheinigung gewährt worden ist, und ob sie noch gültig bzw. ungültig ist.

Wenn einer Reaktion der Deutschsprachigen Gemeinschaft (wenn Ihr Antrag bei der Regierung eingereicht wurde) oder der Gemeinde (wenn ihr Antrag bei der Gemeinde eingereicht wurde) innerhalb eines Monats nach Ihrem Antrag auf Auskunft oder Berichtigung ausbleibt, können Sie bei der Datenschutzbehörde eine Beschwerde einreichen, entweder auf deren Website: <https://www.datenschutzbehörde.be>, per Post: Datenschutzbehörde, 35 Rue de la Presse – 1000 Bruxelles oder per E-Mail: contact@apd-gba.be.

**Anhänge zum Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils
des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung**

Anhang 1 (ersetzt Anhang 4 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 4 – Antrag auf Städtebaugenehmigung unter Mitwirkung eines Architekten

Anhang 2 (ersetzt Anhang 5 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 5 – Antrag auf Städtebaugenehmigung ohne Mitwirkung eines Architekten

Anhang 3 (ersetzt Anhang 10 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 10 – Antrag auf Erschließungsgenehmigung oder auf Änderung einer Erschließungsgenehmigung oder auf Aufhebung der Erschließungsgenehmigung

Anhang 4 (führt Anhang 32 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 32 – Vorherige Mahnung - Verstoß nach Gesetzbuch über die räumliche Entwicklung

Anhang 5 (ersetzt Anhang 30 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 30 – Antrag auf Überprüfung der Übereinstimmung mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht

Anhang 6 (ersetzt Anhang 31 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung):

Anhang 31 – Erklärung über die Übereinstimmung von Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht

Anhang 7 (führt Anhang 33 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 33 – Erklärung zu den Unterlagen nach Durchführung der Handlungen und Arbeiten

Anhang 8: (führt Anhang 34 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung ein):

Anhang 34 – Formular Einreichung Durchführungsunterlagen

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Abänderung des verordnungsrechtlichen Teils des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung beigelegt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios
Antoniadis

Digital
unterschrieben von
Antonios Antoniadis
Datum: 2024.01.29
13:31:57 +01'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GOVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'un arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 20, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 7;

Vu la partie décrétable du Code du Développement territorial, modifiée en dernier lieu par le décret du 14 décembre 2023;

Vu la partie réglementaire du Code du Développement territorial;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 6 février 2020 portant désignation des agents du Ministère de la Communauté germanophone chargés du recouvrement d'amendes administratives;

Vu l'avis du conseil consultatif pour l'aménagement du territoire, donné le 23 août 2023;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le XXX;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le XXX;

Vu l'avis n° XXX du Conseil d'État, donné le XXX, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er} – Dans l'article R.0.1-1 de la partie réglementaire du Code du Développement territorial, le 6° est abrogé.

Art. 2 – À l'article R.0.1-2 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019 et l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « et les décisions » sont insérés entre les mots « la procédure » et les mots « d'approbation de l'élaboration »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « et les décisions » sont insérés entre les mots « la procédure » et les mots « d'élaboration », et les mots « compris ou non dans la liste des sites de réhabilitation paysagère et environnementale » sont abrogés;

3° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« Le Ministre de l'Aménagement du Territoire est, dans les cas visés à l'alinéa 2, également compétent pour la procédure conjointe et les décisions visées à l'article D.II.54. »;
4° l'alinéa 5 est abrogé.

Art. 3 – Dans le Livre 1^{er}, titre unique, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 2 est remplacé par ce qui suit :
« Section 2 - La commission de recours »

Art. 4 – Dans l'article R.I.6-1, alinéa 1^{er}, du même Code, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 5 – Dans l'article R.I.6-2, alinéa 1^{er}, du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 6 – À l'article R.I.6-3 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans le § 1^{er}, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours »;
2° dans le § 2, le mot « Commission » est chaque fois remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 7 – À l'article R.I.6-4 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :
1° dans l'alinéa 1^{er}, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours » et l'alinéa est complété par une phrase rédigée comme suit :
« L'avis comprend une proposition motivée de décision. »;
2° dans l'alinéa 3, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours »;
3° dans l'alinéa 4, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours » et la deuxième phrase est complétée par les mots « de recours »;
4° dans l'alinéa 5, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 8 – À l'article R.I.6-5 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :
1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :
« Le président de la commission de recours ou son suppléant ont droit à un jeton de présence de 75 euros par dossier traité, avec un minimum de 150 euros et un maximum de 300 euros par journée, ainsi qu'aux indemnités prévues en matière de frais de parcours visées dans l'arrêté du Gouvernement du 12 juillet 2001 portant harmonisation des jetons de présence et des indemnités de déplacement au sein d'organismes et de conseils d'administration de la Communauté germanophone. »;
2° dans l'alinéa 2, le mot « Commission » est remplacé par les mots « commission de recours ».

Art. 9 – Dans le Livre 1^{er}, titre unique, du même Code, il est inséré un chapitre V.1 intitulé comme suit :
« Chapitre V.1 – Fonds pour la durabilité ».

Art. 10 – L'intitulé du Livre 2 du même Code est remplacé par ce qui suit :
« Livre 2 – Planification et périmètres ».

Art. 11 – Dans le Livre 2, titre 2, chapitre II, section 1^{re}, sous-section 3, du même Code, il est inséré un article R.II.21-11 rédigé comme suit :
« Art. R.II.21-11 – Les plans de secteur coordonnés de la Communauté germanophone comprennent les zones des plans de secteur de VERVIERS – EUPEN, approuvé par arrêté royal du 28 août 1979, des HAUTES-FAGNES, approuvé par arrêté royal du 28 août 1979, et de

MALMEDY – SAINT-VITH, approuvé par arrêté royal du 19 novembre 1979, qui concernent la région de langue allemande. »

Art. 12 – L'article R.II.36-5 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est remplacé par ce qui suit :

« *Art. R.II.36-5 – Étangs*

Un ou plusieurs étangs sont autorisés aux conditions cumulatives suivantes :

- 1° la profondeur d'eau de l'étang ou des étangs est de 2 mètres maximum;
- 2° la superficie totale de l'étang ou des étangs est de 10 ares maximum;
- 3° au moins un tiers du périmètre de l'étang ou des étangs présente une pente très douce;
- 4° le contour de l'étang ou des étangs est irrégulier;
- 5° l'étang ou les étangs sont entourés d'une zone tampon non exploitée ou exploitée de manière extensive;
- 6° le plan d'eau est en partie ombragé par la plantation d'arbres. »

Art. 13 – À l'article R.II.36-11 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° dans l'alinéa 2, le mot « installation » est inséré entre le mot « Une » et le mot « éolienne »;
- 2° dans l'alinéa 3, le 1° est complété par les mots « dûment autorisé ».

Art. 14 – Concerne le texte allemand.

Art. 15 – Dans l'article R.II.37-14, alinéa 1^{er}, du même Code, les mots « et tout permis d'urbanisme ou » sont remplacés par les mots « ou tout permis ou ».

Art. 16 – Dans l'article R.II.45-1 du même Code, le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

- « § 1^{er} – Une compensation définie en terme opérationnel contribue notamment à :
- 1° réaliser des actes et travaux de réhabilitation, de rénovation, d'assainissement, de construction ou de reconstruction afin de rétablir le potentiel d'urbanisation du bien concerné;
 - 2° réaliser des opérations de développement rural;
 - 3° réaliser des opérations de requalification et de développement de fonctions urbaines. »

Art. 17 – Dans l'article R.II.45-2 du même Code, l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit :

« La nature de la compensation alternative est de préférence liée à la nature de l'impact à compenser. Une combinaison de mesures opérationnelles, environnementales, énergétiques ou de mobilité est possible. »

Art. 18 – Le Livre 2 du même Code est complété par un titre 2.1 intitulé comme suit :

« Titre 2.1 – Périmètres ».

Art. 19 – Dans le Livre 2, titre 2.1, du même Code, il est inséré un chapitre I^{er}, comportant les articles R.II.57.1-1 à R.II.57.1-3, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er} – Généralités ».

Art. 20 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.1-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.II.57.1-1* – Les actes et travaux de réhabilitation visés à l'article D.II.57.1, § 1^{er}, 2°, comprennent :

- 1° les mesures d'urgence qui se rapportent :
 - a) aux démolitions ordonnées par un arrêté du bourgmestre pour des raisons de sécurité publique;
 - b) à la suppression des dangers pour le voisinage liés au risque d'instabilité de constructions, d'éléments constructifs ou d'équipements;

c) à la limitation des risques d'accident pour les personnes pénétrant sur le bien, liés aux terrains, constructions, éléments constructifs ou équipements dangereux;

d) à la limitation d'accès illicite, aux véhicules ou aux personnes, des terrains ou constructions propices au squattage, à la petite délinquance, aux activités illicites, aux versages clandestins ou à la constitution de dépotoirs, en fonction de la configuration des lieux;

e) aux mesures conservatoires des constructions, éléments constructifs ou équipements à maintenir, menacés de dégradations du fait de l'Homme (vandalisme, démolitions sauvages, vols) ou du fait des conditions climatiques, comme par exemple les travaux de sauvegarde, le bâchage des toitures, l'obturation des baies, la canalisation des descentes d'eau défectueuses ou la suppression de la végétation parasite;

2° la collecte, l'élimination et le traitement des produits, matériaux, matériels, décombres et déchets abandonnés ou provenant des opérations; la vidange des caves, citernes, canalisations, le curage des fosses, mares et bassins; le traitement des effluents; l'élimination et le traitement des déchets en application du décret de la Région wallonne du 27 juin 1996 relatif aux déchets;

3° la démolition des constructions et équipements, en ce compris les structures enterrées et selon les dispositions qui suivent :

a) le défoncement des structures enterrées creuses, caves, canalisations, galeries et citernes, quelle que soit leur profondeur;

b) la démolition des structures enterrées pleines, fondations, massifs et dalles de sol jusqu'à une profondeur d'un mètre sous le niveau fini ou sur une profondeur supérieure là où ils font obstacle à la reconstruction;

c) le report sur plan de repérage des structures enterrées maintenues, à l'exception des fondations réutilisables, moyennant production d'un plan à l'appui;

4° le débroussaillage et le nettoyage des terrains;

5° les terrassements et nivellements, en ce compris les évacuations, les apports et la stabilisation des terrains;

6° l'engazonnement, les plantations et le boisement;

7° la réparation des ouvrages de drainage, de collecte et de reprise des eaux pluviales, destinés à l'usage exclusif du site;

8° les réparations, les protections et les stabilisations des terrains, constructions et équipements dégagés lors des démolitions ou résultant de servitudes grevant le bien immobilier;

9° la réparation, le remplacement ou l'établissement des clôtures, murs d'enceinte, portes et portails;

10° sans préjudice du décret de la Région wallonne du 1^{er} mars 2018 relatif à la gestion et à l'assainissement des sols, l'assainissement du sol;

11° les démontages partiels et le nettoyage dans les constructions à maintenir. »

Art. 21 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.1-2 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.1-2 – Les actes et travaux de rénovation visés à l'article D.II.57.1, § 1^{er}, 2°, comprennent – concernant les immeubles existants, maintenus sur place et dont le gabarit est respecté – le traitement antifongique, le démontage, le nettoyage, la remise en état ou le remplacement des éléments de structure et des murs extérieurs, en ce compris la protection par bardage ou hydrofugation et leur isolation ainsi que les menuiseries extérieures, les charpentes, la couverture et l'isolation des toitures, les panneaux solaires lorsqu'ils font partie intégrante de la couverture, les cheminées, les corniches, les gouttières, les descentes d'eau pluviale et les ouvrages permettant leur évacuation ainsi que les études y relatives. »

Art. 22 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre I^{er}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.1-3 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.1-3 – Les actes et travaux projetés pour la réhabilitation et la rénovation du site qui font partie du dossier de demande d'adoption ou de modification du périmètre ne peuvent pas porter

sur un bien immobilier qui, en application du décret sur le patrimoine, est classé provisoirement ou définitivement ou se trouve sur un site archéologique. »

Art. 23 – Dans le Livre 2, titre 2.1, du même Code, il est inséré un chapitre II intitulé comme suit :
« Chapitre II – Procédure d’adoption du périmètre ».

Art. 24 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 1^{re}, comportant les articles R.II.57.3-1 et R.II.57.3-2, intitulée comme suit :
« Section 1^{re} – Droit d’initiative et proposition ».

Art. 25 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.3-1 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.3-1 – Le Ministre statue sur le caractère complet et recevable de la demande dans un délai de vingt jours à compter de sa réception. »

Art. 26 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, section 1^{re}, du même Code, il est inséré un article R.II.57.3-2 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.3-2 – Le modèle de carte visé à l’article D.II.57.3, alinéa 1^{er}, 2°, représente le périmètre et est composé des quatre volets ci-après, établis chacun au format A4 ou à un multiple de ce format suivant la superficie du périmètre et pliés au format A4 :

1° la délimitation du périmètre projeté qui figure, sur un fond de plan cadastral :

- a) pour chaque parcelle du périmètre, le numéro cadastral correspondant;
- b) l’orientation du Nord géographique;
- c) l’échelle du plan;

2° les renseignements cadastraux, le cas échéant, modifiés par les indications du receveur de l’enregistrement, présentés sous la forme d’un tableau comportant autant de lignes que de parcelles cadastrales concernées par le projet de périmètre et cinq colonnes dont les titres sont :

- a) n° : le numéro d’ordre de la ligne du tableau;
- b) numéro : le numéro cadastral d’une parcelle ou d’une partie de parcelle composant le périmètre projeté ainsi que sa commune, sa division et sa section cadastrale;
- c) nature : la nature, selon l’information cadastrale, de la parcelle ou de la partie de parcelle concernée;
- d) contenance totale : la contenance de la parcelle ou de la partie de parcelle concernée, décomposée en trois sous-colonnes correspondant respectivement aux nombres d’hectares (ha), d’ares (a) et de centiares (ca);
- e) propriétaire(s) : l’identité et l’adresse du ou des propriétaires de la parcelle ou de la partie de parcelle concernée;

3° la délimitation du périmètre projeté présentée sur un extrait de carte IGN à l’échelle 1/10.000;

4° pour le site à réaménager, un document officiel, établi par le receveur de l’enregistrement de la zone concernée, qui reprend les titres de propriété des parcelles reprises dans le périmètre du site et la date de leur recherche.

Le tableau visé à l’alinéa 1^{er}, 2°, est présenté comme suit :

N°	NUMÉRO	NATURE	CONTENANCE TOTALE			PROPRIÉTAIRE(S)
			ha	a	ca	
Total :						

Les titres de propriété visés à l’alinéa 1^{er}, 4°, indiquent :

1° s'il s'agit d'une personne physique, son nom, son ou ses prénom(s), son domicile, son lieu de naissance et sa date de naissance;

2° s'il s'agit d'une société, sa forme juridique, son nom, son siège social, le lieu et la date de sa constitution, le numéro d'identification à la TVA si elle est assujettie;

3° pour chaque bien, l'origine de la propriété et le dernier titre transcrit, s'il a moins de trente ans, et l'identité du vendeur.

Lorsqu'elle envoie la carte au département, la personne visée à l'article D.II.57.2, alinéa 1^{er}, 2° ou 3°, en envoie une version sous format de texte sur support informatique, à savoir sous format de texte pour le volet visé à l'alinéa 1^{er}, 2°, et sous format PDF pour les volets visés à l'alinéa 1^{er}, 1°, 3° et 4°. »

Art. 27 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre II, du même Code, il est inséré une section 2 intitulée comme suit :

« Section 2 – Procédure ».

Art. 28 – Dans le Livre 2, titre 2.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les articles R.II.57.7-1 et R.II.57.9-1, intitulé comme suit :

« Chapitre III – Dispositions particulières concernant les sites à réaménager ».

Art. 29 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.II.57.7-1 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.7-1 – Le Gouvernement désigne les agents compétents pour procéder aux investigations et contrôles visés à l'article D.II.57.7.

Les agents peuvent se faire assister de toute personne qu'ils jugent nécessaire au bon accomplissement de leur mission. »

Art. 30 – Dans le Livre 2, titre 2.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.II.57.9-1 rédigé comme suit :

« Art. R.II.57.9-1 – Le Ministre autorise les propriétaires à aliéner ou grever de droits réels les biens situés dans le périmètre du site à réaménager, qu'il soit proposé ou définitivement fixé. »

Art. 31 – À l'article R.IV.1-1 du même Code, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 26 janvier 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° le point A2 de la nomenclature est abrogé;

2° dans le point B8 de la nomenclature, les mots « de l'ensemble formé » sont remplacés par les mots « de l'existant »;

3° le point D de la nomenclature est complété par les mots « ou hébergements touristiques »;

4° dans le point D1 de la nomenclature, les mots « création d'un logement ou d'un hébergement touristique » sont remplacés par les mots « création d'un ou de plusieurs logements ou d'un ou de plusieurs hébergements touristiques »;

5° le point D2 de la nomenclature est abrogé;

6° dans le point E2 de la nomenclature, les mots « Placement, transformation » sont remplacés par les mots « Installation, transformation » et les mots « la superficie totale cumulée du placement » sont remplacés par les mots « la superficie totale cumulée de l'installation »;

7° dans le point E3 de la nomenclature, le mot « placement » est remplacé par le mot « installation »;

8° le point E de la nomenclature est complété par des points E7 à E9 rédigés comme suit :

		7	Travaux de remise en état et de réparation des surfaces en béton et en goudron si ces travaux concernent une superficie totale par bien n'excédant pas 20 m ² .	x		x
--	--	---	--	---	--	---

		8	Travaux de remise en état et de réparation des surfaces en béton et en goudron qui ne remplissent pas la condition énoncée au point 7.			x
		9	La démolition ou l'enlèvement des surfaces en béton ou en goudron, pour autant que les déchets provenant de la démolition ou de l'enlèvement soient évacués conformément à la législation en vigueur.	x		x

9° dans le point F4 de la nomenclature, le a) est remplacé par ce qui suit :

« a) ils sont situés aux abords d'un bâtiment existant dûment autorisé et forment une unité fonctionnelle avec celui-ci; »

10° dans le point F4 de la nomenclature, le b) est remplacé par ce qui suit :

« b) ils sont reliés à la voirie de desserte publique; sauf en zone d'activité économique, l'accès peut présenter une largeur maximale de 6 mètres; »

11° dans le point F4 de la nomenclature, le d) est remplacé par ce qui suit :

« d) ils présentent une superficie maximale de

- 300,00 m² en zone d'activité économique;

- 100,00 m² dans d'autres zones; »

12° dans le point F5, les mots « aux abords d'une construction ou d'une installation existante dûment autorisée et formant une unité fonctionnelle avec celle-ci, » sont abrogés;

13° dans le point H2 de la nomenclature, les mots « à ces aménagements » sont remplacés par les mots « à la piscine »;

14° dans le point I de la nomenclature, les mots « Mare et étang » sont remplacés par le mot « Étang »;

15° au point I1 de la nomenclature, les modifications suivantes sont apportées :

a) les mots « à ces aménagements » sont remplacés par les mots « à l'étang »;

b) les mots « mares et » sont abrogés;

c) les mots « Au moins un tiers de la berge présente une pente très douce (< 30°). » sont insérés entre les mots « 100,00 m². » et les mots « Les déblais »;

16° dans le point I2 de la nomenclature, les mots « et mares » sont abrogés;

17° dans le point I3 de la nomenclature, les mots « et mares » sont abrogés;

18° dans le point J1 de la nomenclature, le mot « aménagements » est remplacé par le mot « installations »;

19° le point J3.1 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3.1	La création de rocailles, avec une surface de jardin recouverte de 8 m ² au maximum par bien (hors chemins).	x		x
--	--	-----	---	---	--	---

20° le point J3.2 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3.2	La création de rocailles, avec une surface totale dépassant les 8 m ² par bien (hors chemins).		x	x
--	--	-----	---	--	---	---

21° dans le point J6 de la nomenclature, le mot « aménagements » est remplacé par le mot « installations »;

22° le point L1 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

L	Énergies renouvelables	1	1. Le placement d'un ou de plusieurs modules de production d'électricité ou de	x		x
---	------------------------	---	--	---	--	---

Modules de production d'électricité ou de chaleur	chaleur utilisant l'énergie solaire comme source d'énergie ainsi que l'installation de stockage d'énergie correspondante, pour autant qu'elle y soit raccordée et qu'elle soit située sur le même bien, comme par exemple une batterie, si le ou les modules : a) sont intégrés dans un bâtiment existant dûment autorisé ou installés sur ce dernier, soit sur la façade, soit sur le toit, b) ou bien sont installés sur une structure artificielle existante dûment autorisée, comme une voirie, un parking, une voie ferrée, un quai, un emplacement de stockage pour matériaux ou biens, à l'exception des plans d'eau artificiels. 2. Le remplacement d'un ou de plusieurs modules de production d'électricité ou de chaleur existants dûment autorisés utilisant l'énergie solaire comme source d'énergie, à condition que ce ou ces modules ne nécessitent pas d'espace supplémentaire et répondent aux mesures de compatibilité environnementale en vigueur, définies pour l'installation d'origine. 3. Le placement d'une pompe à chaleur (en ce compris les pompes à chaleur géothermiques) d'une capacité électrique inférieure à 50 Mw et d'une profondeur maximale de 500 mètres, laquelle : a) est implantée dans une construction fermée existante dûment autorisée b) ou est pourvue d'un caisson acoustique et est située à une distance d'au moins 2 mètres par rapport à la limite mitoyenne. 4. Le placement d'une pompe à chaleur (en ce compris les pompes à chaleur géothermiques) d'une capacité électrique de 12 Kw au maximum, laquelle : a) est située à une distance d'au moins 2 mètres par rapport à la limite mitoyenne; b) et est soit pourvue d'un caisson acoustique, soit située à 15 mètres de l'habitation la plus proche (à l'exclusion de sa propre habitation).			
--	--	--	--	--

23° le point L de la nomenclature est complété par un point 1.1 rédigé comme suit :

		1.1	Le placement d'une pompe à chaleur de 300 kW au maximum, qui ne remplit pas les conditions visées au point 1.		x	x
--	--	-----	---	--	---	---

24° dans le point L2 de la nomenclature, les mots « existant dûment autorisé » sont insérés entre les mots « tout bâtiment » et les mots « situé sur le même bien »;

25° dans le point N4 de la nomenclature, la phrase est complétée par les mots « , la superficie maximale totale de l'ensemble des abris pour animaux sur le bien ne dépassant pas 100 m² »;

26° le point N de la nomenclature est complété par un point 4.1 rédigé comme suit :

		4.1	Le placement ou la construction d'abris pour animaux qui ne remplissent pas les conditions des points 1, 2 ou 4.			x
--	--	-----	--	--	--	---

27° dans le point N5 de la nomenclature, le mot « ruches » est remplacé par le mot « ruchers »;

28° dans le point O5 de la nomenclature, les mots « dont la superficie maximale totale sur le bien ne dépasse pas 100 m² et » sont insérés entre les mots « de serres-tunnels » et le mot « qui »;

29° le point O de la nomenclature est complété par un point 5.1 rédigé comme suit :

		5.1	Les filets anti-grêle et le placement de serres-tunnels qui ne remplissent pas les conditions visées aux points 4 ou 5.			x
--	--	-----	---	--	--	---

30° le point T2 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		2	La modification sensible du relief du sol au sens de l'article R.IV.4-3 dans un rayon de 30,00 m d'une construction ou d'une installation existante, dûment autorisée, sur le même bien.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

31° le point U2 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		2	Utilisation habituelle d'un terrain : pour le dépôt d'un ou plusieurs véhicules usagés, de mitrilles, de matériaux ou de déchets; pour le placement d'une ou plusieurs installations mobiles, telles que roulottes, caravanes, véhicules désaffectés et tentes, à l'exception des installations mobiles autorisées par une autorisation visée par le Code wallon du tourisme, le décret du 4 mars 1991 relatif aux conditions d'exploitation des terrains de caravanage ou le décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

32° le point V1 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

V	Structure destinée à l'hébergement touristique et de loisirs	1	Le placement d'un ou plusieurs abris mobiles au sens de l'article 1 ^{er} , D, 2°, du Code wallon du Tourisme, aux conditions cumulatives suivantes : a) l'abri mobile a une superficie maximale	x		x
---	--	---	---	---	--	---

			de 50,00 m ² ; b) son placement ou sa construction ne nécessite pas de modification sensible du relief du sol; c) il est situé : - dans un camping touristique ou dans un camping à la ferme autorisé en vertu du Code wallon du Tourisme; - sur un terrain de caravanage autorisé en vertu du décret du 4 mars 1991 relatif aux conditions d'exploitation des terrains de caravanage; - dans un camping autorisé en vertu du décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme.			
--	--	--	--	--	--	--

33° le point V3 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3	La construction ou le placement par bien d'une cabane en bois ou d'une tente ou d'un tipi ou d'une yourte ou d'une bulle en zone forestière.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

34° dans le point W5 de la nomenclature, les mots « de l'assiette » sont abrogés;

35° dans le point X1 de la nomenclature, le mot « aménagements » est remplacé par le mot « installations »;

36° le point X3 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		3	Le placement d'au maximum une citerne aérienne par bien.		x	x
--	--	---	--	--	---	---

37° le point Y14 de la nomenclature est remplacé par ce qui suit :

		14	Le placement d'une antenne visée aux points 12 ou 13, et qui ne remplit pas les conditions visées aux points 12 ou 13.		x	x
--	--	----	--	--	---	---

Art. 32 – Dans l'article R.IV.1-2 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019, le mot « Outre » est remplacé par les mots « En complément de ».

Art. 33 – Dans le Livre 4, titre 1^{er}, du même Code, l'intitulé du chapitre II est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre II – Actes soumis à permis d'urbaniser ou à permis de diviser ».

Art. 34 – Dans l'article R.IV.4-1, alinéa 1^{er}, 5°, du même Code, les mots « supérieur à trois cents mètres » sont remplacés par les mots « supérieur à cent mètres » et les mots « zone de d'activité » sont remplacés par les mots « zone d'activité ».

Art. 35 – À l'article R.IV.4-3 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, 10°, les mots « des mares et » sont abrogés;

2° l'alinéa 5 est remplacé par ce qui suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 1° et 2°, les modifications du relief du sol réalisées soit lors de la création et de l'équipement de la zone d'activité économique, soit qui visent la réhabilitation du site à réaménager sont sensibles lorsqu'elles sont d'une hauteur supérieure à un mètre en zone d'activité économique ou dans le site à réaménager. »

Art. 36 – Dans le Livre 4, titre 1^{er}, chapitre IV, section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.9.1-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.9.1-1 – § 1^{er}* – Un projet a pour conséquence la densification cohérente au sein de zones propices à la densification si les conditions suivantes sont remplies cumulativement :

1° le projet est situé à proximité du centre-ville et dispose d'une qualité d'approvisionnement de base et de liaisons avec les transports publics;

2° le projet est réalisé en liaison avec une voirie publique pourvue d'un revêtement solide ainsi que d'une largeur et d'un équipement en eau, électricité et égouttage suffisants compte tenu du projet, ce qui n'exclut pas les projets nécessitant l'ouverture ou la modification d'une voirie communale, à condition que les coûts liés à la réalisation et à l'équipement de la voirie soient supportés par le demandeur;

3° le projet ne fait pas obstacle aux liaisons écologiques;

4° le projet ne concerne pas un terrain ou, selon le cas, une partie de terrain qui a directement subi des inondations dans les cinq dernières années;

5° le projet n'est pas situé dans un site reconnu en vertu de la loi du 12 juillet 1973 sur la conservation de la nature;

6° le projet n'est pas situé dans une réserve naturelle.

§ 2 – Les projets soumis à un permis d'urbaniser ou à un permis de constructions groupées et pouvant être autorisés comme exception au plan de secteur sur la base de l'article D.IV.9.1 doivent remplir cumulativement les conditions suivantes :

1° le projet intègre un concept tenant compte de la mobilité douce;

2° le projet est adapté à la structure prédominante du territoire environnant;

3° le projet respecte les caractéristiques typiques locales de la culture du bâti;

4° le projet ne conduit pas à un mitage en ruban du paysage;

5° le projet n'empêche pas de poursuivre l'urbanisation du territoire;

6° le projet intègre un concept particulier pour les installations et les espaces publics, en ce compris un concept écologique;

7° si un parc est concerné, le projet n'a pas pour conséquence de supprimer entièrement la fonction du parc, et tient compte du caractère du territoire. »

Les projets soumis à un permis d'urbanisme ou au certificat d'urbanisme n° 2 et pouvant être autorisés comme exception au plan de secteur sur la base de l'article D.IV.9.1 doivent remplir cumulativement les conditions suivantes :

1° le projet est adapté à la structure prédominante du territoire environnant;

2° le projet respecte les caractéristiques typiques locales de la culture du bâti;

3° le projet n'empêche pas de poursuivre l'urbanisation du territoire;

4° si un parc est concerné, le projet n'a pas pour conséquence de supprimer entièrement la fonction du parc, et tient compte du caractère du territoire. »

Art. 37 – (Concerne le texte allemand.)

Art. 38 – Dans l'article R.IV.26-1 du même Code, le § 2 est remplacé par ce qui suit :

« § 2 – La demande de permis d'urbaniser ou de modification ou d'abrogation d'un permis d'urbaniser est introduite au moyen du formulaire repris en annexe 10 qui en fixe le contenu. »

Art. 39 – À l'article R.IV.26-2 du même Code, modifié par les arrêtés du Gouvernement des 19 décembre 2019 et 26 janvier 2023, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « de permis d'urbanisation, de modification de permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « de permis d'urbaniser, de modification ou d'abrogation de permis d'urbaniser »;

2° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« La décision du Gouvernement statuant en recours et la proposition de la commission de recours adressée au Gouvernement au sujet d'une demande de permis d'urbanisme, de permis d'urbanisme de constructions groupées, de permis d'urbaniser, de modification ou d'abrogation de permis d'urbaniser ou de permis de diviser sont émises, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 13. »

Art. 40 – À l'article R.IV.26-3 du même Code, inséré par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° »;

2° dans l'alinéa 2, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° »;

3° dans l'alinéa 5, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° »;

4° dans l'alinéa 6, les mots « articles D.II.54, D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° et D.V.16 » sont remplacés par les mots « articles D.II.54 ou D.IV.22, alinéa 1^{er}, 12° ».

Art. 41 – Dans l'article R.IV.28-1 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser ou, selon le cas, de modification ou d'abrogation d'un permis d'urbaniser ».

Art. 42 – Dans l'article R.IV.28-2 du même Code, les mots « de permis d'urbanisation ou de modification du permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « visée à l'article R.IV.28-1 » et les mots « annexe 11 » sont remplacés par les mots « annexe 10 ».

Art. 43 – À l'article R.IV.35-1 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, les modifications suivantes sont apportées :

1° le point 35 du tableau est remplacé par ce qui suit :

	Projet touristique en zone forestière	L'autorité de la Communauté germanophone compétente en matière de tourisme
--	---------------------------------------	--

2° le point 36 du tableau est remplacé par ce qui suit :

Sécurité Normes incendie	Construction de bâtiments ou espaces ouverts au public : 1° les immeubles destinés à l'accueil ou l'hébergement de personnes âgées ou handicapées; 2° les hôpitaux, dont les cliniques; 3° les centres d'aide médicale, psychique, familiale et sociale; 4° les bâtiments et espaces destinés aux activités socio-culturelles, sportives, récréatives ou touristiques, ces derniers s'ils hébergent un nombre de personnes égal ou supérieur à 11, ainsi que les aires de jeux couvertes;	Service d'incendie
-----------------------------	---	--------------------

	5° les établissements destinés à la pratique du culte et les centres funéraires; 6° les bâtiments et infrastructures scolaires, universitaires et de formation; 7° les internats, les homes pour étudiants et les homes pour enfants; 8° les établissements pénitentiaires et de rééducation; 9° les bâtiments et infrastructures où sont assurés des missions de service public, notamment les maisons communales, les cours et tribunaux et leur greffe, les bureaux de poste, les gares, les aéroports et les stations de chemin de fer, de métro et de bus, en ce compris les quais; 10° les banques et autres établissements financiers; 11° les parkings en ouvrage; 12° les immeubles à usage de bureaux, les commerces, les centres commerciaux, les hôtels, les auberges, les restaurants et les cafés.	
--	--	--

3° le point 37 du tableau est remplacé par ce qui suit :

	Construction d'immeubles à appartements	Service d'incendie
--	---	--------------------

4° le tableau est complété par un point 43 rédigé comme suit :

Implantations commerciales	Projets de construction, de placement, d'extension ou de modification du type de l'activité commerciale d'implantations commerciales présentant une surface commerciale nette supérieure à 1 000 m², dans la mesure où l'avis de l'autorité wallonne ne doit pas être sollicité sur la base d'autres législations. Il convient d'entendre par « surface commerciale nette » la surface destinée à la vente et accessible au public, y compris les surfaces non couvertes. En cas d'extension, la surface commerciale nette à prendre en considération est la surface totale après réalisation du projet d'implantation commerciale. Cette surface inclut notamment les zones de caisses, les zones situées à l'arrière des caisses et les halls d'entrée lorsque ceux-ci sont aussi utilisés à des fins d'expositions ou de ventes de marchandises.	SPW Économie - Département du Développement économique - Direction des Implantations commerciales
----------------------------	--	--

Art. 44 – Dans l'article R.IV.40-1 du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement wallon du 31 janvier 2019, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

Art. 45 – Dans l'article R.IV.40-2 du même Code, les mots « permis d'urbanisation » sont chaque fois remplacés par les mots « permis d'urbaniser ».

Art. 46 – Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 – Suspension de la procédure en vue de rectifier la demande de permis ».

Art. 47 – Dans l'article R.IV.45-5, les mots « permis d'urbanisation » sont remplacés par les mots « permis d'urbaniser » et les mots « ou 11 » sont abrogés.

Art. 48 – Dans le Livre 4, titre 2, du même Code, l'intitulé du chapitre VII est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VII – Décision sur les demandes de permis ou de certificat d'urbanisme ».

Art. 49 – Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VII, section 2, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.54-4 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.54-4 – § 1^{er}* – La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 2, alinéa 1^{er}, 2°, consistant en la cession à titre gratuit d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée, est mise en œuvre par un contrat de donation.

Il est établi que, pour les projets prévoyant la création d'une surface habitable brute d'au moins 600 m² par la construction, la transformation ou la rénovation, une cession à titre gratuit de 10 % de la surface habitable brute totale du projet est conforme au principe de proportionnalité. La surface habitable à céder est intégrée dans l'ensemble du projet sous forme d'une ou de plusieurs unités de logement. Son équipement correspond à l'équipement des unités de logement restantes, sauf si un équipement particulier est convenu avec la société de logement.

§ 2 – La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 2, alinéa 1^{er}, 1°, consistant en la mise à disposition, par accord écrit, d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée, est limitée à une période de neuf ans.

Il est établi que, pour les projets prévoyant la création d'une surface habitable brute d'au moins 600 m² par la construction, la transformation ou la rénovation, une mise à disposition, par accord écrit, de 20 % de la surface habitable brute totale du projet est conforme au principe de proportionnalité. La surface habitable à mettre à disposition est intégrée dans l'ensemble du projet sous forme d'une ou de plusieurs unités de logement. Son équipement correspond à l'équipement des unités de logement restantes, sauf si un équipement particulier est convenu avec la société de logement.

La société de logement est compétente pour la gestion du logement et, le cas échéant, pour sa remise en état au terme de l'accord. La recherche d'un locataire, l'établissement des contrats de location et des états des lieux, le contrôle du respect des obligations du locataire, la garantie du paiement du loyer, le contrôle de l'entretien du bien immobilier par le locataire et la remise en état du bien immobilier en cas de détérioration sont à la charge de la société de logement.

§ 3 – La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 2, alinéa 1^{er}, 2° ou 3°, consistant en la vente, à un prix déterminé, d'une ou de plusieurs unités de logement à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée ou à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu, est mise en œuvre par un contrat d'achat, une option d'achat ou un autre instrument contractuel.

Le prix est déterminé avec l'aide du Comité d'acquisition d'immeubles de la Région wallonne et en tenant compte du principe de proportionnalité. La détermination des personnes dont l'accès à la propriété doit être promu appartient aux communes et s'effectue sur la base de critères sélectionnés de manière objective.

§ 4 – La surface habitable brute au sens des §§ 1^{er} et 2 comprend toutes les surfaces bâties à des fins d'habitation, en ce compris les surfaces auxiliaires (locaux techniques, accès, etc.), à l'exception des :

1° caves, parkings souterrains et greniers ;

2° surfaces non closes, en ce compris les loggias, les balcons et les carports. »

Art. 50 – Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VII, section 2, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.54-5 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.54-5* – § 1^{er} – La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 3, alinéa 1^{er}, 1°, consistant en la cession à titre gratuit d'un ou de plusieurs lots à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée, est mise en œuvre par un contrat de donation.

Il est établi que, pour les urbanisations ou les divisions prévoyant la création d'au moins dix lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, la cession à titre gratuit, à partir du dixième lot, d'un lot pour cinq lots créés est conforme au principe de proportionnalité.

Nombre de lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, créés par le projet	Nombre de lots à céder à titre gratuit
Entre 1 et 9 lots	/
Entre 10 et 14 lots	1 lot
Entre 15 et 19 lots	2 lots
Entre 20 et 24 lots	3 lots
Entre 25 et 29 lots	4 lots
etc.	etc.

§ 2 – La charge mentionnée à l'article D.IV.54, § 3, alinéa 1^{er}, 1° et 2°, consistant en la vente, à un prix déterminé, d'un ou de plusieurs lots, utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, à la société de logement de service public à laquelle est affiliée la commune concernée ou à des personnes de droit privé ou public dont l'accès à la propriété doit être promu, est mise en œuvre par un contrat d'achat, une option d'achat ou un autre instrument contractuel.

Il est établi que, pour les urbanisations ou les divisions prévoyant la création d'au moins cinq lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, la vente à prix coûtant, à partir du cinquième lot, d'un lot pour cinq lots créés est conforme au principe de proportionnalité.

Nombre de lots utilisés ou utilisables à des fins d'habitation, créés par le projet	Nombre de lots à vendre à prix coûtant
Entre 1 et 4 lots	/
Entre 5 et 9 lots	1 lot
Entre 10 et 14 lots	2 lots
Entre 15 et 19 lots	3 lots
Entre 20 et 24 lots	4 lots
etc.	etc.

Le prix correspond au prix coûtant des lots, et donc au remboursement des frais dont s'acquitte le demandeur pour la division et/ou l'urbanisation des lots.

La détermination des personnes dont l'accès à la propriété doit être promu appartient aux communes et s'effectue sur la base de critères sélectionnés de manière objective. »

Art. 51 – Dans le Livre 4, titre 2, chapitre VII, section 3, sous-section 2, du même Code, il est inséré un article R.IV.60-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.60-1* – La garantie financière exigée par l'autorité compétente, visée à l'article D.IV.60, alinéa 4, pour l'introduction des documents énumérés à l'article D.IV.73, s'élève à au moins 100 euros

pour une demande de permis sans l'intervention d'un architecte et à au moins 750 euros pour une demande de permis avec l'intervention d'un architecte. »

Art. 52 – Dans le Livre 4, titre 2, chapitre X, du même Code, il est inséré une section 3.1, comportant l'article R.IV.72-1, intitulée comme suit :

« Section 3.1 – Demande simplifiée de modifications du permis délivré avant ou pendant l'exécution des travaux ».

Art. 53 – Dans le Livre 4, titre 2, chapitre X, section 3.1, du même Code, il est inséré un article R.IV.72-1 rédigé comme suit :

« Art. R.IV.72-1 – La demande simplifiée de modifications après délivrance du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux est introduite, selon la forme de la demande, au moyen du formulaire repris en annexe 4, 5 ou 10 qui en fixe le contenu. »

Art. 54 – Dans le livre 4, titre 2, chapitre X, du même Code, l'intitulé de la section 4, modifié par l'arrêté du 26 janvier 2023, est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 – Documents après l'exécution des actes ou travaux ».

Art. 55 – L'article R.IV.73-1 du même Code, inséré par l'arrêté du 26 janvier 2023, est remplacé par ce qui suit :

« Art. R.IV.73-1 – Les documents après l'exécution des actes ou travaux sont introduits en utilisant le modèle repris en annexe 34, qui en définit le contenu.

Les documents après l'exécution des actes ou travaux tels que visés à l'article D.IV.73, § 1^{er}, 2° et 3°, présentent le contenu des plans du permis qui ont été introduits conformément à l'article D.IV.26 et représentent la situation réelle après l'exécution des actes ou des travaux ainsi que des charges. Les différences entre les plans approuvés et les documents introduits après l'exécution des actes ou travaux sont représentées en rouge.

Il faut entendre par "différences" les travaux et les actes non exécutés, exécutés différemment ou exécutés en supplément. »

Art. 56 – Dans l'article R.IV.73.1-1 du même Code, l'alinéa 1^{er}, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 26 janvier 2023, est remplacé par ce qui suit :

« La déclaration visée à l'article D.IV.73-1, alinéa 2, est créée en utilisant le modèle repris en annexe 33, qui en définit le contenu. »

Art. 57 – L'article R.IV.73.1-2 du même Code, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 26 janvier 2023, est abrogé.

Art. 58 – Dans le Livre 4, titre 3, chapitre III, du même Code, l'intitulé de la section 1^{re} est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re} – Péremption du permis d'urbaniser ou de diviser ».

Art. 59 – (concerne le texte allemand)

Art. 60 – Dans le Livre 4, titre 3, du même Code, l'intitulé du chapitre VIII est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VIII – Modification et abrogation du permis d'urbaniser ou de diviser ».

Art. 61 – Dans le Livre 4, titre 5, du même Code, l'intitulé du chapitre III est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre III – Acte postérieur à la modification du permis d’urbaniser ».

Art. 62 – Dans le Livre 4 du même Code, il est inséré un titre 7.1 intitulé comme suit :

« Titre 7.1 – Procédure d’urgence ».

Art. 63 – Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre I^{er} intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er} – Champ d’application ».

Art. 64 – Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre II intitulé comme suit :

« Chapitre II – Exceptions et dérogations ».

Art. 65 – Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre III, comportant les articles R.IV.109.5-1 à R.IV.109.11-1, intitulé comme suit :

« Chapitre III – Procédure ».

Art. 66 – Dans le Livre 4, titre 7.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.IV.109.5-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.109.5-1* – La demande de permis dans le cadre de la procédure d’urgence est introduite, selon la forme de la demande, au moyen du formulaire repris en annexe 4 ou 5 qui en fixe le contenu. »

Art. 67 – Dans le Livre 4, titre 7.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.IV.109.7-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.109.7-1* – L’avis de complétude formelle délivré par le Ministre dans le cadre de la procédure d’urgence est émis en utilisant le modèle repris en annexe 19. »

Art. 68 – Dans le Livre 4, titre 7.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.IV.109.8-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.109.8-1* – Les avis devant être sollicités au cours de l’instruction d’une demande de permis introduite dans le cadre de la procédure d’urgence conformément à l’article D.IV.109.8 et en conformité avec les articles 12 et 83 de l’accord de coopération sont conformes au tableau visé à l’article R.IV.35-1. Il n’est pas nécessaire de solliciter un avis lorsque l’autorité ou le service dont l’avis doit être sollicité est celle ou celui qui introduit la demande de permis. »

Art. 69 – Dans le Livre 4, titre 7.1, chapitre III, du même Code, il est inséré un article R.IV.109.11-1 rédigé comme suit :

« *Art. R.IV.109.11-1* – La décision du Ministre d’octroi ou de refus d’un permis d’urbanisme ou d’un permis d’urbanisme de constructions groupées dans le cadre d’une procédure d’urgence est prise, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 12. »

Art. 70 – Dans le Livre 4, titre 7.1, du même Code, il est inséré un chapitre IV intitulé comme suit :

« Chapitre IV – Dispositions applicables ».

Art. 71 – Le Livre 5 du même Code, modifié en dernier lieu par l’arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est abrogé.

Art. 72 – Dans le Livre 7 du même Code, il est inséré un chapitre I^{er bis} intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er bis} – Actes et travaux présumés conformes au droit de l’aménagement du territoire et de l’urbanisme ».

Art. 73 – Dans le Livre 7 du même Code, il est inséré un chapitre I^{er ter}, comportant les articles R.VII.1^{ter}-1 à R.VII.1^{ter}-2, intitulé comme suit :

« Chapitre I^{er ter} – Déclarations de conformité d’actes ou de travaux avec le droit de l’aménagement du territoire et de l’urbanisme ».

Art. 74 – Dans le Livre 7, chapitre I^{er}ter, du même Code, il est inséré un article R.VII.1ter-1 rédigé comme suit :

« Art. R.VII.1ter-1 – La demande de déclaration de conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme est introduite en utilisant le formulaire repris en annexe 30, qui en fixe le contenu. »

Art. 75 – Dans le Livre 7, chapitre I^{er}ter, du même Code, il est inséré un article R.VII.1ter-2 rédigé comme suit :

« Art. R.VII.1ter-2 – La déclaration de conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme est faite, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 31. »

Art. 76 – Dans le Livre 7, chapitre III, section 2, du même Code, il est inséré un article R.VII.4-1 rédigé comme suit :

« Art. R.VII.4-1 – L'avertissement préalable établi par les agents constatateurs au sens de l'article D.VII.4 est émis, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 32. »

Art. 77 – Dans le Livre 7 du même Code, l'intitulé du chapitre VI est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre VI – Mesures extrajudiciaires après verbalisation ».

Art. 78 – Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 3 est remplacé par ce qui suit :

« Section 3 – Contrôle de régularisation et transaction ».

Art. 79 – Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 1^{re} est abrogée.

Art. 80 – Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, il est inséré un article R.VII.18-1 rédigé comme suit :

« Art. R.VII.18-1 – La décision du Gouvernement relative à la demande de contrôle de régularisation est prise, sous peine de nullité, en utilisant le modèle repris en annexe 12. »

Art. 81 – Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, il est inséré un article R.VII.18-2 rédigé comme suit :

« Art. R.VII.18-2 – Le montant de la transaction visé à l'article D.VII.18 est calculé comme suit :

1° construction, reconstruction ou extension de constructions, de volumes secondaires, de volumes annexes, de surfaces couvertes à usage non industriel, commercial ou professionnel :

a) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est inférieur à 100 m³ : 25 euros / m³;

b) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est supérieur à 100 m³, mais inférieur à 200 m³ : 35 euros / m³;

2° construction, reconstruction ou extension de constructions, de volumes secondaires, de volumes annexes, de surfaces couvertes à usage industriel, commercial ou professionnel :

a) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est inférieur à 100 m³ : 35 euros / m³;

b) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est supérieur à 100 m³, mais inférieur à 200 m³ : 60 euros / m³;

c) si le volume infractionnel mesuré à l'extérieur est supérieur à 200 m³ : 80 euros / m³;

3° pose d'installations, de murs et de clôtures fixes : 50 euros / m² d'emprise au sol ou, selon le cas, de surface de pose de l'installation, ou 50 euros par mètre courant calculé en hauteur ou en longueur pour les installations, murs et clôtures ponctuels ou linéaires;

4° placement d'enseignes et de dispositifs de publicité : 200 euros / m²;

5° démolition : 100 euros / m³ de volume mesuré à l'extérieur;

6° travaux sur la structure portante d'un bâtiment sans modification de son volume ou de sa destination : 250 euros;

7° modification de l'aspect de matériaux de toiture ou de parement des élévations : 25 euros / m²;

8° ouverture ou modification de baies ou de châssis de fenêtres et de châssis de portes extérieures en toiture ou en élévation : 100 euros par baie;

9° remplacement de châssis de fenêtres ou de châssis de portes extérieures : 250 euros par porte ou châssis de fenêtre;

10° travaux de remise en état et de réparation sur des surfaces en béton et en goudron : 100 euros / m² de surface concernée par l'infraction;

11° imperméabilisation de surfaces avec des matériaux continus et imperméables : 150 euros / m² de surface concernée par l'infraction;

12° création d'un nouveau logement ou d'un hébergement touristique dans une construction existante : 5 000 euros par logement ou hébergement touristique;

13° modification de la destination de tout ou partie d'un bien : 25 euros / m³ de bâtiment mesuré à l'extérieur lorsque la modification de destination est réalisée en dehors d'une construction existante;

14° modification, dans un bâtiment dont la destination autorisée par permis d'urbanisme est commerciale, de la répartition des surfaces de vente et des activités commerciales autorisées : 35 euros / m²;

15° modification sensible du relief du sol, en ce compris la création de retenues d'eau ou le creusement d'excavations : 10 euros / m³;

16° boisement, déboisement, en ce compris la sylviculture et la culture de sapins de Noël : 5 euros / m² de surface boisée, déboisée ou faisant l'objet d'une culture de sapins de Noël;

17° abattage d'arbres isolés à haute tige dans les zones d'espaces verts prévues par le plan de secteur en vigueur ou, selon le cas, par un schéma d'orientation local en vigueur : 1 000 euros par arbre abattu;

18° abattage de haies ou d'allées : 100 euros par mètre courant de haie abattue, 500 euros par arbre abattu dans l'allée ;

19° abattage d'arbres, d'arbustes ou de haies remarquables : 1 000 euros par arbre, 500 euros par arbuste ou 100 euros par mètre courant de haie abattue ;

20° modification de la silhouette d'arbres, d'arbustes ou de haies remarquables : 500 euros par arbre, 250 euros par arbuste, 10 euros par mètre courant de haie modifiée;

21° travaux portant atteinte au système racinaire d'arbres, d'arbustes ou de haies remarquables : 350 euros par arbre, 175 euros par arbuste, 10 euros par mètre courant de haie abattue;

22° défrichage de la végétation visée à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 13° : 125 euros / m² de surface défrichée;

23° modification de la végétation visée à l'article D.IV.4, alinéa 1^{er}, 13° : 15 euros / m² de surface modifiée;

24° dépôt de véhicules usagés : 250 euros par véhicule;

25° dépôt de mitrailles, de matériaux ou de déchets : 100 euros / m³;

26° placement d'installations mobiles, telles que roulottes, caravanes et tentes : 100 euros / m² de surface de pose;

27° réalisation d'ouvrages techniques, tels que ponts, tunnels, routes, canalisations : 10 % du coût estimé des travaux;

28° exécution d'actes ou de travaux non visés aux points 1° à 27° : 250 euros minimum. »

Art. 82 – Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, il est inséré un article R.VII.18-3 rédigé comme suit :

« *Art. R.VII.18-3* – Le montant de la transaction visé à l'article R.VII.18-2 est doublé lorsque les actes et travaux concernent des biens immeubles qui, en application du décret sur le patrimoine, sont provisoirement ou définitivement classés, se situent dans la zone de protection d'un tel bien ou sur un site archéologique. »

Art. 83 – L'article R.VII.19-1 du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est abrogé.

Art. 84 – L'article R.VII.19-2 du même Code, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est abrogé.

Art. 85 – Dans le Livre 7, chapitre VI, section 3, du même Code, la sous-section 2 est abrogée.

Art. 86 – Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, l'intitulé de la section 4 est remplacé par ce qui suit :

« Section 4 – Mesures administratives ».

Art. 87 – Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, il est inséré une section 5 intitulée comme suit :

« Section 5 – Mesures compensatoires ».

Art. 88 – Dans le Livre 7, chapitre VI, du même Code, il est inséré une section 6, comportant l'article R.VII.21-1, intitulée comme suit :

« Section 6 – Amendes administratives ».

Art. 89 – Dans l'article R.VIII.7-1, alinéa 3, du même Code, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 9 mai 2019, les mots « , d'un périmètre de réhabilitation paysagère et environnementale » sont abrogés.

Art. 90 – L'annexe 4 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est remplacée par l'Annexe 1^{re} du présent arrêté.

Art. 91 – L'annexe 5 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 1^{er} juillet 2021, est remplacée par l'Annexe 2 du présent arrêté.

Art. 92 – L'annexe 10 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est remplacée par l'Annexe 3 du présent arrêté.

Art. 93 – L'annexe 11 du même Code, remplacée par l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019, est abrogée.

Art. 94 – L'annexe 4 du présent arrêté est insérée dans le même Code en tant qu'annexe 32.

Art. 95 – L'annexe 5 du présent arrêté remplace l'annexe 30 du même Code.

Art. 96 – L'annexe 6 du présent arrêté remplace l'annexe 31 du même Code.

Art. 97 – L'annexe 7 du présent arrêté est insérée dans le même Code en tant qu'annexe 33.

Art. 98 – Dans l'article 1^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 6 février 2020 portant désignation des agents du Ministère de la Communauté germanophone chargés du recouvrement d'amendes administratives, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 31 août 2023, il est inséré un 1.1° rédigé comme suit :

« 1.1° Code du Développement territorial; ».

Art. 99 – Le Ministre compétent en matière d'Aménagement du territoire est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS

Annexes à l'arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial

Annexe 1^{re} (remplace l'annexe 4 du Code du Développement territorial) :

Annexe 4 – *Demande de permis d'urbanisme avec concours d'un architecte*

Annexe 2 (remplace l'annexe 5 du Code du Développement territorial) :

Annexe 5 – *Demande de permis d'urbanisme sans concours d'un architecte*

Annexe 3 (remplace l'annexe 10 du Code du Développement territorial) :

Annexe 10 – *Demande de permis d'urbaniser ou de modification d'un permis d'urbaniser ou d'abrogation du permis d'urbaniser*

Annexe 4 (introduit l'annexe 32 du Code du Développement territorial) :

Annexe 32 – *Avertissement préalable – Infraction au sens du Code du Développement territorial*

Annexe 5 (remplace l'annexe 30 du Code du Développement territorial) :

Annexe 30 – *Demande de contrôle de la conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme*

Annexe 6 (remplace l'annexe 31 du Code du Développement territorial) :

Annexe 31 – *Déclaration de conformité d'actes ou de travaux avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme*

Annexe 7 (introduit l'annexe 33 du Code du Développement territorial) :

Annexe 33 – *Déclaration concernant les documents introduits après l'exécution des actes et travaux*

Annexe 8 (introduit l'annexe 34 du Code du Développement territorial) :

Annexe 34 – *Formulaire relatif à l'introduction des documents d'exécution*

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement modifiant la partie réglementaire du Code du Développement territorial.

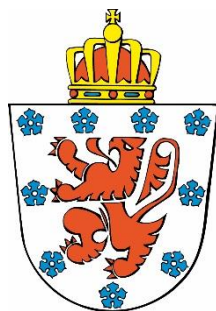
Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,
de l'Aménagement du territoire et du Logement
A. ANTONIADIS



Demande de permis d'urbanisme avec concours d'un architecte

CHAMP RÉSERVÉ À LA COMMUNE OU AU GOUVERNEMENT

Demandeur

.....

Objet de la demande

.....

Référence du dossier

.....

Case 1 - Type de demande

Il s'agit de

- ☐ une demande de permis d'urbanisme avec l'intervention d'un architecte
- ☐ une demande de modifications après l'octroi du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux conformément à l'article D.IV.72.1 avec l'intervention d'un architecte
- ☐ une demande introduite selon la procédure d'urgence prévue à l'article D.IV.109-1 avec l'intervention d'un architecte

Case 2 - Antécédents concernant la demande

- ☐ En cas de demande de modifications conformément à l'article D.IV.72.1 : référence de l'autorisation délivrée le
- ☐ Réunion de projet ayant eu lieu le
- ☐ Certificat d'urbanisme n°1 délivré le
- ☐ Certificat d'urbanisme n° 2 délivré le
- ☐ Permis de patrimoine délivré le
- ☐ permis d'urbanisme :
- ☐ permis d'urbaniser :
- ☐ permis de diviser :
- ☐ permis d'environnement :
- ☐ permis unique :
- ☐ Autorisation d'implantation commerciale :
- ☐ Permis intégré :
- ☐ Autres autorisations :
.....

La demande contient (à joindre en annexe) :

- ☐ le compte rendu de la réunion sans pouvoir de décision, si une réunion de projet a eu lieu
- ☐ la preuve qu'une réunion de projet obligatoire en vertu du CoDT a été demandée, si cette réunion de projet a été demandée mais n'a pas eu lieu dans les 20 jours suivant la demande
- ☐ s'il s'agit d'une demande en procédure d'urgence visée à l'article D.IV.109.1, l'avis du collège communal confirmant que les actes et travaux ont lieu dans une zone ayant fait l'objet d'une catastrophe naturelle reconnue depuis vingt-quatre mois au maximum ou concernant un bâtiment ou une construction entièrement ou partiellement détruit par un incendie (D.IV.109.5)

Case 3

a) Demandeur

Personne physique

Nom : Prénom :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Personne morale

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Gestionnaire de dossier

Nom : Prénom :

Propriété :

Téléphone : Fax :

E-mail :

b) Déclaration sur l'honneur

Je m'engage à solliciter les agréments ou autorisations éventuellement imposés par d'autres lois, décrets ou règlements.

Signature du demandeur ou du mandataire

.....

c) Architecte

Nom : Prénom :

Dénomination ou raison sociale d'une personne morale :

Forme juridique :

Propriété :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Le demandeur a reçu de son architecte le certificat n°, délivré par l'Ordre des architectes le .../.../...., attestant que le demandeur exerce son activité professionnelle. pour le présent projet, attestant que ce dernier est autorisé à exercer sa profession. Le contenu de l'attestation est accessible sur le site www.archionweb.be - attestation.

Case 4 - Objet de la demande

.....

.....

.....

Case 5 - Informations sur le site du projet

Rue : Numéro

Commune :

Liste des parcelles cadastrales concernées par la demande

Si le projet concerne plus de cinq parcelles, veuillez joindre une vue en plan de l'ensemble des parcelles.

	Commune	Commune	Couloir	N° et exposant	Propriétaire
Parcelle 1					
Parcelle 2					
Parcelle 3					
Parcelle 4					
Parcelle 5					

Existence de servitudes et d'autres droits

Non

Oui :

Case 6 - Décret relatif à la protection des monuments, des petits monuments, des ensembles et des paysages culturels historiques ainsi qu'aux fouilles (Décret relatif au patrimoine)

- Le bien concerné se trouve dans la zone de protection d'un bien protégé provisoirement ou définitivement.

Non

Oui

- L'objet concerné est protégé à titre provisoire ou définitif en vertu du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, des sites, des ensembles et des paysages culturels historiques ainsi qu'aux fouilles archéologiques

Non

Oui

- Réunion de projet obligatoire sur

- référence du protocole

- La demande contient (à joindre en annexe) :

Le procès-verbal de la réunion de projet obligatoire (art. D.IV.31.1)

Le cas échéant, les documents complémentaires qui, selon le protocole, doivent être

jointes à la demande

Case 7 - Situation juridique du bien**Liste des documents CoDT applicables au bien et informations sur le zonage**

- Schéma de développement du territoire (en cas d'application de l'article D.II.16 du CoDT) :
- Plan de secteur :
- Carte d'utilisation des sols :
- Schéma de développement pluricommunal :
- Schéma de développement communal :
- Schéma d'orientation local :
- Guide communal de l'urbanisme :
- Guide régional de l'urbanisme :
- Permis d'urbaniser : Lot n° :
- Permis de diviser : Lot n° :

- Bien avec un arbre ou un arbuste remarquable ou une haie remarquable
- Bien soumis au régime d'imposition des bénéfices de la planification
- Site à réaménager, site pour un remembrement urbain :.....
- Si les normes relatives à la qualité acoustique des constructions s'appliquent au projet, veuillez joindre le formulaire Dn.

Autres caractéristiques du bien :

- Bien soumis à un risque d'accident naturel majeur ou à une contrainte géotechnique majeure : inondation dans les zones inondables au sens de l'article D.53 du code de l'eau - chute d'une paroi rocheuse - glissement de terrain - phénomène karstique - tassement de terrain - risque sismique - autre risque naturel majeur ou contrainte géotechnique : ...
- Bien situé dans ou à proximité d'un site Natura 2000 proposé ou désigné par arrêté - d'une réserve naturelle domaniale - d'une cavité souterraine d'intérêt scientifique - d'une zone humide d'intérêt biologique - d'une réserve forestière - au sens de la loi du 12 juillet 1973 relative à la conservation de la nature ...
- Heureusement que le plan inclut "l'habitat permanent" ...
- Bien dont l'implantation est susceptible d'aggraver (ou non) le risque d'accident majeur ou d'aggraver (ou non) les conséquences d'un tel accident, compte tenu de la nécessité de respecter une distance raisonnable par rapport à un établissement préexistant lié au risque d'accident majeur au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.
- Il s'agit de la création - modification - d'un établissement présentant des risques d'accidents majeurs au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.
- Bien situé dans la zone concernée par le plan d'assainissement par sous-bassin versant de et inclus dans ce plan en tant que (type de zone).
- Existence d'une zone de prévention définie par arrêté, d'une zone de prévention forfaitaire ou d'une zone de surveillance relative aux points de captage d'eau potable, instituée en vertu du code de l'eau :
- Présence d'un cours d'eau de 1ère/2ème/3ème catégorie :
- Autres :

Case 8 - Description du projet dans son contexte et intégration des conditions cadres en matière de culture architecturale et d'aménagement du territoire

.....

.....

.....

.....

.....

Description - le cas échéant, description des modifications si la demande est simplifiée conformément à l'article D.IV.72.1

.....

.....

.....

 Dans le cas où il s'agit d'un établissement d'hébergement touristique :

- ☐ le logement est conçu pour accueillir jusqu'à 10 personnes
☐ le logement est conçu pour 11 personnes ou plus

Si une mise en œuvre par phases du projet est souhaitée, description de la répartition des phases :

.....

Case 9 - Liste des exceptions et dérogations et justifications correspondantes

Lorsque la demande implique une dérogation au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme, ou une dérogation à un schéma, à une carte d'occupation des sols, aux instructions d'un guide d'urbanisme ou à un permis de lotir :

la justification détaillée des exceptions et dérogations au regard des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT

⋮

.....

Case 10 - Code de l'environnement

La demande contient (à joindre en annexe) :

- ☐ une note d'évaluation de l'impact environnemental
☐ une étude d'impact sur l'environnement

Case 11 - Décret sur la gestion des sols

Informations contenues dans la base de données au sens du décret du 1er mars 2018 relatif à la gestion et à la restauration des sols :

- ☐ non saisi (sans couleur)
- ☐ saisi (couleur pêche)
- ☐ saisi (couleur lavande)

Joindre le formulaire dûment rempli avec les documents requis au sens du décret du 1er mars 2018 relatif à la gestion et à la dépollution des sols.

Case 12 - Décret relatif à la voirie communale : création, modification ou suppression de voies communales

- ☐ Non
- ☐ Oui : brève description des travaux

Joindre les renseignements visés à l'article 11 du décret du 6 février 2014 relatif à la voirie communale ou l'approbation définitive y afférente.

Case 13 - Décret sur la performance énergétique des bâtiments

Joindre les documents requis par le décret sur la performance énergétique des bâtiments.

Case 14 - Formulaire statistique

Respecter la législation fédérale en matière de formulaire statistique

Case 15 - Documents à joindre

Les documents selon les cases (le cas échéant) :

- Case 2 : Réunion de projet
- Case 2 : Avis du collège communal (procédure d'urgence selon D.IV.109.5)
- Case 6 : Décret relatif au patrimoine
- Case 10 : Code de l'environnement
- Case 11 : Gestion des sols
- Case 12 : Chemins communaux
- Case 13 : Efficacité énergétique
- Case 14 : Formulaire statistique

S'il s'agit d'une demande simplifiée au sens de l'article D.IV.72.1, le dossier ne comprend que les éléments relatifs aux amendements demandés.

Les documents suivants en six exemplaires (des exemplaires supplémentaires peuvent être demandés en fonction du nombre d'avis demandés) :

Les plans sont numérotés et pliés au format standard de 21 sur 29,7 cm.

Annexe 4

- ☐ un plan de situation du bien concerné, à l'échelle 1:10 000 ou 1:5 000, faisant apparaître dans un rayon de 500 mètres les informations suivantes :
 - ☐ l'orientation ;
 - ☐ la situation du bien concerné par le projet par rapport au cœur de la localité ;
 - ☐ les routes d'accès et leur désignation ;
- ☐ un plan présentant le contexte en matière d'aménagement du territoire et de paysage à l'échelle 1:1000 ou 1:500, sur lequel figurent les informations suivantes :
 - ☐ l'orientation ;
 - ☐ les routes d'accès avec les dimensions, et leur statut juridique ;
 - ☐ la situation, les dimensions, le type ou la destination des constructions existantes sur le bien concerné et dans un rayon de 50 mètres ;
 - ☐ lorsque le projet suppose l'application des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT, les principales caractéristiques essentielles du paysage, telles que les traits marquants du relief du sol, les courbes de niveau, la végétation, y compris la présence d'arbres ou d'arbustes remarquables au sens de l'article D.IV.4, point 12, du CoDT, la présence d'un cours d'eau ou d'autres éléments paysagers importants sur le bien concerné et dans un rayon de 100 mètres ;
 - ☐ l'indication numérotée des prises de vue du rapport photographique mentionné ci-après ;
- ☐ un rapport photographique permettant de prendre en compte le contexte urbanistique et paysager dans lequel s'inscrit le projet et comprenant au minimum les éléments suivants :
 - ☐ deux prises de vue, la première montrant directement le réseau de chemins, la parcelle et les bâtiments adjacents, et l'autre montrant la ou les parcelles situées en face, de l'autre côté de la route ;
 - ☐ au moins trois prises de vue différentes pour visualiser les limites du bien concerné, les bâtiments voisins et l'environnement général ;
 - ☐ s'il s'agit d'une nouvelle construction, pour si le projet suppose l'application des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT, ou si le projet se situe dans un site d'intérêt paysager, au moins trois prises de vue éloignées différentes permettant de visualiser l'ensemble du contexte paysager dans lequel s'insère le projet, en indiquant sur chaque prise de vue la localisation du projet ;
- ☐ le cas échéant, un calcul permettant de vérifier le respect du critère d'innocuité pour la santé visé à l'article 3, point 5, du Code wallon de l'habitat durable relatif à l'éclairage naturel
- ☐ un plan de situation à l'échelle 1:500, 1:250 ou 1:200 pour illustrer l'occupation de la parcelle, avec les indications suivantes :
 - ☐ les limites de la parcelle, accompagnées des cotes, et les courbes de niveau ;
 - ☐ lorsque la demande porte sur la construction de logements groupés à diviser ultérieurement en lots, sans qu'un permis d'urbaniser préalable soit nécessaire à cet effet, les limites des lots ;

Annexe 4

- ☐ au moins deux coupes pertinentes (longitudinales et transversales) du relief du sol, accompagnées de leurs dimensions, et les modifications prévues, accompagnées de leurs dimensions ;
 - ☐ si le projet implique une modification importante du relief du sol, les cotes altimétriques du relief du sol existant, par tranches de 5 m, sur le plan de situation, avec une mention de la destination actuelle du terrain, ainsi que les coupes indiquant l'emprise du nivellement du terrain ;
 - ☐ le cas échéant, l'emplacement et les dimensions des bâtiments situés sur la parcelle qui seront maintenus ou démolis ;
 - ☐ l'emplacement et le volume des constructions prévues, avec les cotes ;
 - ☐ les servitudes résultant d'une intervention humaine et existant sur le terrain ;
 - ☐ le cas échéant, le tracé des infrastructures de transport de fluides et d'énergie traversant le ou les biens concernés ;
 - ☐ l'aménagement conservé ou prévu du reste de la parcelle concernée, y compris les zones à bâtir, les clôtures concernées, les aires de stationnement des véhicules, les matériaux prévus, la localisation et la hauteur de la végétation existante, y compris les arbres de haute tige, les haies à conserver ou à détruire ainsi que les arbres remarquables et les plantations prévues ;
 - ☐ l'altitude du projet par rapport à un point de référence fixe appartenant au domaine public ;
 - ☐ les aménagements et équipements routiers et, le cas échéant, les modifications envisagées, avec les cotes correspondantes ;
 - ☐ le principe du réseau d'évacuation des eaux usées ;
 - ☐ dans le cas d'une épuration individuelle, où les eaux usées s'infiltreraient dans le terrain, une étude hydrologique.
-
- ☐ la représentation du projet avec les bâtiments à conserver, à démolir ou à construire, à l'échelle 1:100 ou 1:50, sur laquelle figurent les éléments suivants :
 - ☐ le plan de tous les niveaux ainsi que la destination actuelle et future des locaux ;
 - ☐ les éclairages ;
 - ☐ la description et l'indication de la teinte des matériaux de parement de la maçonnerie apparente et de la couverture du toit ;
 - ☐ les coupes transversales et longitudinales accompagnées des cotes, avec indication de l'altitude du rez-de-chaussée, de l'altitude du relief du sol existant et prévu et du profil des constructions avoisinantes ;
-
- ☐ le cas échéant, les mesures techniques actives et passives prévues par l'architecte pour prévenir ou minimiser les risques dans les zones de danger désignées par l'Agence fédérale de contrôle nucléaire et en relation avec le plan d'action régional de lutte contre le radon ;
-
- ☐ le cas échéant, le dossier technique du projet routier comprenant les documents suivants :
 - ☐ Plan et coupes longitudinales à l'échelle 1:200 ou 1:1000 ;
 - ☐ Profils transversaux à l'échelle 1:100 ou 1:50 ;

☐ une coupe transversale type avec les matériaux prévus.

La section type peut être déterminée sur la base d'un cahier des charges imposé par l'autorité compétente.

☐ s'il s'agit d'actes et de travaux visés à l'article D.IV.4, paragraphe 1, points 1 à 5, qui font l'objet d'une mesure de publicité particulière (D.IV.40), une **visualisation en 3D du projet urbanistique** (qui doit être affichée lors de l'annonce du projet ou de l'enquête publique visée aux articles D.VIII.6 et D.VIII.7).

Case 16 - Signatures

Signature du demandeur ou du mandataire/de l'architecte

.....

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostebelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement aux fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.

EXTRAITS DU CODE DU DÉVELOPPEMENT TERRITORIAL

Art. D.IV.72.1

Conformément aux dispositions qui peuvent être arrêtées par le Gouvernement, après la délivrance de l'autorisation, avant l'expiration de la validité de l'autorisation, avant ou pendant l'exécution des actes ou des travaux, en cas de modification du projet autorisé ou des conditions ou charges mentionnées dans l'autorisation, le titulaire de l'autorisation peut introduire une demande simplifiée de modification de l'autorisation auprès de l'autorité qui a délivré l'autorisation, le cas échéant par voie de recours, lorsque :

1. il s'agit de modifications justifiées par des raisons techniques, qui n'influencent pas le projet dans ses grandes lignes et qui n'augmentent pas, directement ou indirectement, les dangers, les nuisances ou les inconvénients pour l'homme ou l'environnement ;
2. ou si les modifications concernent des actes ou des travaux au sens de l'article D.IV.1 §2 ;
3. ou si les modifications concernent la mise en œuvre d'obligations en matière d'urbanisme.

Les modifications soumises à des mesures de publicité spécifiques conformément à l'article D.IV.40 ne peuvent pas être approuvées par le biais d'une demande simplifiée.

Le gouvernement peut déterminer le contenu de la demande de modification de l'autorisation.

La demande comprend au moins les plans et documents modifiés, un addendum correspondant à la précédente note d'évaluation des incidences sur l'environnement et une justification des modifications au regard des conditions visées à l'alinéa 1er.

Dès réception de la demande, l'autorité compétente délivre un avis de dépôt conformément à l'article D.IV.32. Elle transmet au titulaire de l'autorisation sa décision de modification de l'autorisation dans un délai de :

1. trente jours à compter de la date de la décision de dépôt si une expertise n'est pas nécessaire ;
2. soixante jours à compter de la date de la décision de dépôt si une ou plusieurs expertises sont nécessaires.

En l'absence de notification de la décision dans le délai imparti, la demande de modification est considérée comme refusée.

Lorsque les modifications mentionnées à l'alinéa 1er concernent un bien visé à l'article D.IV.14.1, une expertise monumentale de même nature est demandée avant la décision.

Lorsque les modifications visées à l'alinéa 1er concernent un projet visé à l'article D.IV.17 ou des conditions ou charges imposées par le Gouvernement, l'avis du Gouvernement est sollicité s'il n'est pas l'autorité compétente. Dans les cas visés à l'article D.IV.17, l'avis du Gouvernement est identique.

Lorsque les modifications visées à l'alinéa 1er concernent des conditions ou obligations imposées par le collège communal, l'avis du collège communal est sollicité avant l'approbation, s'il n'est pas l'autorité compétente.

Par dérogation aux articles D.IV.37 à D.IV.39, les avis visés aux alinéas 7 à 9 sont transmis dans les trente jours suivant l'envoi de la demande. Passé ce délai, l'avis est réputé favorable.

Une copie de la décision est transmise à toutes les instances qui ont émis un avis lors du traitement du projet initial.

La décision de modifier l'autorisation n'a aucune incidence sur le délai de péremption de l'autorisation dont la modification a été demandée et ne le prolonge pas.

Art. D.IV.109.1

§1 - Les actes et travaux de reconstruction de bâtiments et ouvrages situés dans des zones touchées par des catastrophes naturelles reconnues au sens du décret de la Région wallonne du 26 mai 2016 relatif à la réparation de certains dommages causés par des catastrophes naturelles générales ou de bâtiments et ouvrages détruits en tout ou en partie par le feu peuvent faire l'objet d'une procédure d'urgence en vue de la délivrance d'un permis d'urbanisme conformément aux dispositions du présent titre.

La reconstruction concerne la remise en état, en grande partie conforme à l'original, de bâtiments et d'ouvrages détruits en tout ou en partie par une catastrophe naturelle ou un incendie et comprend notamment la dépose, le nettoyage, la remise en état ou le remplacement des éléments de structure et des murs extérieurs, y compris leur protection par bardage ou hydrofugation et leur isolation, ainsi que des boiseries extérieures, des charpentes, des couvertures et de l'isolation des toitures, des panneaux solaires s'ils font partie intégrante de la couverture, des cheminées, des corniches, des gouttières ainsi que des descentes d'eau pluviale et des aménagements destinés à l'évacuation des eaux de pluie.

Annexe 4

Les modifications apportées au bâtiment d'origine, y compris les modifications de la structure porteuse, les modifications affectant l'aspect architectural du bâtiment ou de l'ouvrage, ou les modifications des plantations, peuvent être autorisées à condition que les modifications restent globalement peu importantes, qu'elles soient justifiées de manière détaillée dans la demande et qu'elles soient compatibles avec le voisinage.

Le gouvernement peut compléter la liste des actes et travaux concernés.

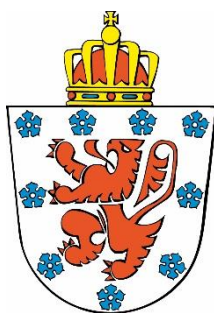
§2 - La procédure d'urgence n'est pas utilisée pour les actes et travaux qui :

1. doivent faire l'objet d'une étude d'impact sur l'environnement
2. entraînent la création, la modification ou la suppression d'une voie de communication communale ;
3. comporter l'une des modifications suivantes par rapport au bâtiment d'origine :
 - a) changement d'affectation au sens de l'article D.IV.4, alinéa 1er , point 7,
 - b) augmentation du nombre d'unités de logement,
 - c) augmentation du nombre d'étages.

Art. D.IV.109.5

La demande de permis est accompagnée d'un avis du collège communal. Dans cet avis, le collège communal confirme notamment que les actes et travaux ont lieu dans une zone ayant fait l'objet d'une catastrophe naturelle reconnue depuis 24 mois au maximum ou concernent un bâtiment ou une construction détruit totalement ou partiellement par un incendie.

Le Gouvernement peut déterminer pour la demande d'autorisation la forme et les contenus supplémentaires qui vont au-delà des contenus déterminés sur la base de l'article D.IV.26.



Demande de permis d'urbanisme sans concours d'un architecte

CHAMP RÉSERVÉ À LA COMMUNE OU AU GOUVERNEMENT

Demandeur

.....

Objet de la demande

.....

Référence du dossier

.....

Case 1 - Type de demande

Il s'agit de

- ☐ une demande de permis d'urbanisme sans intervention d'un architecte
- ☐ une demande de modifications après l'octroi du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux conformément à l'article D.IV.72.1 sans l'intervention d'un architecte
- ☐ une demande introduite selon la procédure d'urgence visée à l'article D.IV.109-1 sans l'intervention d'un architecte

Case 2 - Antécédents concernant la demande

- ☐ en cas de demande de modifications conformément à l'article D.IV.72.1 : référence de l'autorisation délivrée le
- ☐ Réunion de projet ayant eu lieu le
- ☐ Certificat d'urbanisme n°1 délivré le
- ☐ Certificat d'urbanisme n° 2 délivré le
- ☐ Permis de patrimoine délivré le
- ☐ permis d'urbanisme :
- ☐ permis d'urbaniser :
- ☐ permis de diviser :
- ☐ permis d'environnement :
- ☐ permis unique :
- ☐ Autorisation d'implantation commerciale :
- ☐ Permis intégré :
- ☐ Autres autorisations :
.....

La demande contient (à joindre en annexe) :

- ☐ le compte rendu de la réunion sans pouvoir de décision, si une réunion de projet a eu lieu
- ☐ la preuve qu'une réunion de projet obligatoire en vertu du CoDT a été demandée, si cette réunion de projet a été demandée mais n'a pas eu lieu dans les 20 jours suivant la demande
- ☐ s'il s'agit d'une demande en procédure d'urgence visée à l'article D.IV.109.1, l'avis du collège communal confirmant que les actes et travaux ont lieu dans une zone ayant fait l'objet d'une catastrophe naturelle reconnue depuis vingt-quatre mois au maximum ou concernant un bâtiment ou une construction entièrement ou partiellement détruit par un incendie (D.IV.109.5)

Case 3

a) Demandeur

Personne physique

Nom : Prénom :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Personne morale

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Gestionnaire de dossier

Nom : Prénom :

Propriété :

Téléphone : Fax :

E-mail :

b) Déclaration sur l'honneur

Je m'engage à solliciter les agréments ou autorisations éventuellement imposés par d'autres lois, décrets ou règlements.

Signature du demandeur ou du mandataire

.....

c) Auteur du projet

Nom : Prénom :

Dénomination ou raison sociale d'une personne morale :

Forme juridique :

Propriété :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Case 4 - Objet de la demande

.....

.....

.....

Case 5 - Informations sur le site du projet

Rue : Numéro

Commune :

Liste des parcelles cadastrales concernées par la demande

Si le projet concerne plus de cinq parcelles, veuillez joindre une vue en plan de l'ensemble des parcelles.

	Commune	Commune	Couloir	N° et exposant	Propriétaire
Parcelle 1					
Parcelle 2					
Parcelle 3					
Parcelle 4					
Parcelle 5					

Existence de servitudes et d'autres droits

Non

Oui :

Case 6 - Décret relatif à la protection des monuments, des petits monuments, des ensembles et des paysages culturels historiques ainsi qu'aux fouilles (Décret relatif au patrimoine)

- Le bien concerné se trouve dans la zone de protection d'un bien protégé provisoirement ou définitivement.
Non
Oui
- L'objet concerné est protégé à titre provisoire ou définitif en vertu du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, des sites, des ensembles et des paysages culturels historiques ainsi qu'aux fouilles archéologiques
Non
Oui
 - Réunion de projet obligatoire sur
 - Référence du protocole
 - La demande contient (à joindre en annexe) :
 - Le procès-verbal de la réunion de projet obligatoire (art. D.IV.31.1)
 - Le cas échéant, les documents complémentaires qui, selon le protocole, doivent être joints à la demande

Case 7 - Situation juridique du bien

Liste des documents CoDT applicables au bien et informations sur le zonage

- Schéma de développement du territoire (en cas d'application de l'article D.II.16 du CoDT) :
- Plan de secteur :
- Carte d'utilisation des sols :
- Schéma de développement pluricommunal :
- Schéma de développement communal :
- Schéma d'orientation local :
- Guide communal de l'urbanisme :
- Guide régional de l'urbanisme :
- Permis d'urbaniser : Lot n° :
- Permis de diviser : Lot n° :
- Bien avec un arbre ou un arbuste remarquable ou une haie remarquable
- Bien soumis au régime d'imposition des bénéfices de la planification
- Site à réaménager, site pour un remembrement urbain :

- Si les normes relatives à la qualité acoustique des constructions s'appliquent au projet, veuillez joindre le formulaire Dn.

Autres caractéristiques du bien :

- Bien soumis à un risque d'accident naturel majeur ou à une contrainte géotechnique majeure : inondation dans les zones inondables au sens de l'article D.53 du code de l'eau - chute d'une paroi rocheuse - glissement de terrain - phénomène karstique - tassement de terrain - risque sismique - autre risque naturel majeur ou contrainte géotechnique : ...
- Bien situé dans ou à proximité d'un site Natura 2000 proposé ou désigné par arrêté - d'une réserve naturelle domaniale - d'une cavité souterraine d'intérêt scientifique - d'une zone humide d'intérêt biologique - d'une réserve forestière - au sens de la loi du 12 juillet 1973 relative à la conservation de la nature ...
- Heureusement que le plan inclut "l'habitat permanent" ...
- Bien dont l'implantation est susceptible d'aggraver (ou non) le risque d'accident majeur ou d'aggraver (ou non) les conséquences d'un tel accident, compte tenu de la nécessité de respecter une distance raisonnable par rapport à un établissement préexistant lié au risque d'accident majeur au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.
- Il s'agit de la création - modification - d'un établissement présentant des risques d'accidents majeurs au sens du décret du 11 mars 1999 relatif au permis d'environnement.
- Bien situé dans la zone concernée par le plan d'assainissement par sous-bassin versant de et inclus dans ce plan en tant que (type de zone).
- Existence d'une zone de prévention définie par arrêté, d'une zone de prévention forfaitaire ou d'une zone de surveillance relative aux points de captage d'eau potable, instituée en vertu du code de l'eau :
- Présence d'un cours d'eau de 1ère/2ème/3ème catégorie :
- Autres :

Case 8 - Description du projet dans son contexte et intégration des conditions cadres en matière de culture architecturale et d'aménagement du territoire

Description - le cas échéant, description des modifications si la demande est simplifiée conformément à l'article D.IV.72.1

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

En cas **de travaux de démolition** : quelle sera la destination de la parcelle après l'exécution de ces actes et travaux ?

.....

 En cas de **modification importante du relief du sol ou de travaux sur le sol** : quel est le volume approximatif de terre à enlever ? Comment la terre est-elle enlevée ? D'où provient la terre ou où va-t-elle ?

.....
 Dans le cas où il s'agit d'un établissement d'hébergement touristique :

- ☐ le logement est conçu pour accueillir jusqu'à 10 personnes
☐ le logement est conçu pour 11 personnes ou plus

Si une mise en œuvre par phases du projet est souhaitée, description de la répartition des phases :

Case 9 - Liste des exceptions et dérogations et justifications correspondantes

Si la demande implique une dérogation au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme, ou une dérogation à un schéma, à une carte d'occupation des sols, aux instructions d'un guide d'urbanisme ou au permis d'urbaniser :

la justification détaillée des exceptions et dérogations au regard des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT

⋮

Case 10 - Code de l'environnement

La demande contient (à joindre en annexe) :

- ☐ une note d'évaluation de l'impact environnemental
- ☐ une étude d'impact sur l'environnement

Case 11 - Décret sur la gestion des sols

Informations contenues dans la base de données au sens du décret du 1er mars 2018 relatif à la gestion et à la restauration des sols :

- ☐ non saisi (sans couleur)
- ☐ saisi (couleur pêche)
- ☐ saisi (couleur lavande)

Joindre le formulaire dûment rempli avec les documents requis au sens du décret du 1er mars 2018 relatif à la gestion et à la dépollution des sols.

Case 12 - Décret relatif à la voirie communale : création, modification ou suppression de voies communales

- ☐ Non
- ☐ Oui : brève description des travaux

Joindre les renseignements visés à l'article 11 du décret du 6 février 2014 relatif à la voirie communale ou l'approbation définitive y afférente.

Case 13 - Décret sur la performance énergétique des bâtiments

Joindre les documents requis par le décret sur la performance énergétique des bâtiments.

Case 14 - Formulaire statistique

Respecter la législation fédérale en matière de formulaire statistique

Case 15 - Documents à joindre

Les documents selon les cases (le cas échéant) :

- Case 2 : Réunion de projet
- Case 2 : Avis du collège communal (procédure d'urgence selon D.IV.109.5)
- Case 6 : Décret relatif au patrimoine
- Case 10 : Code de l'environnement
- Case 11 : Gestion des sols

- Case 12 : Chemins communaux
- Case 13 : Efficacité énergétique
- Case 14 : Formulaire statistique

S'il s'agit d'une demande simplifiée au sens de l'article D.IV.72.1, le dossier ne comprend que les éléments relatifs aux amendements demandés.

Les documents suivants en quatre exemplaires (des exemplaires supplémentaires peuvent être demandés en fonction du nombre d'avis demandés) :

Les plans sont numérotés et pliés au format standard de 21 sur 29,7 cm.
--

- ☐ un plan de présentation du projet et de son contexte spatial et paysager, permettant de visualiser le projet dans un rayon de 200 mètres, et indiquant les éléments suivants :
 - ☐ l'orientation ;
 - ☐ les voies d'accès, avec indication de leur statut juridique, de leur dénomination et de leur largeur ;
 - ☐ l'emplacement, le type ou la destination des constructions existantes dans un rayon de 50 mètres ;
 - ☐ l'indication numérotée des prises de vue du reportage photographique ;
- ☐ un rapport photographique en couleur permettant de tenir compte du contexte urbanistique et paysager dans lequel s'inscrit le projet et comprenant au moins les éléments suivants :
 - ☐ deux prises de vue, la première montrant directement sur le réseau de chemins la parcelle et les bâtiments adjacents, et l'autre montrant la ou les parcelles qui se trouvent en face, de l'autre côté de la route ;
 - ☐ au moins trois prises de vue pour visualiser les limites du bien concerné et les bâtiments voisins ;
 - ☐ si le projet suppose l'application des articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT (exceptions ou dérogations), ou si le projet se situe dans un site d'intérêt paysager, au moins trois prises de vue éloignées différentes permettant de visualiser l'ensemble du contexte paysager dans lequel s'insère le projet, en précisant sur chaque prise de vue la localisation du projet ;
- ☐ un plan illustrant l'occupation de la parcelle, avec les indications suivantes :
 - ☐ les limites de la parcelle concernée ;
 - ☐ le cas échéant, l'emplacement des bâtiments situés sur la parcelle qui seront maintenus ou démolis ;
 - ☐ le cas échéant, l'emplacement des constructions prévues, la description des matériaux de parement de la maçonnerie apparente et de la couverture du toit ;
 - ☐ les servitudes résultant d'une intervention humaine et existant sur le terrain ;
 - ☐ l'aménagement conservé ou prévu du sol de la parcelle concernée, y compris les zones à bâtir, les clôtures, les aires de stationnement des véhicules, la localisation et la

hauteur de la végétation existante, y compris les arbres de haute tige, les haies à conserver ou à détruire ainsi que les arbres remarquables et les plantations ;

- ☐ le cas échéant, les mesures à prendre pour garantir le bon écoulement des eaux de surface ;
- ☐ le cas échéant, les mesures à prendre pour assurer l'épuration des eaux usées ;
- ☐ le traitement de l'environnement et la protection des bâtiments et des plantations avoisinants ;

Documents spécifiques - selon l'objet de la demande

- ☐ s'il s'agit d'une modification importante du relief du sol, les cotes altimétriques du relief du sol existant, par tranches de 5 mètres, avec une mention indiquant la destination actuelle du terrain, les plantations sur les terrains voisins, leur distance par rapport aux limites du terrain concerné, ainsi que les coupes illustrant la surface nivelée du terrain et la situation prévue après la réalisation des modifications du relief du sol ;
- ☐ s'il s'agit d'un dépôt de véhicules hors d'usage, de ferraille, de matériaux ou de déchets, l'emplacement, la superficie et la hauteur du dépôt, le type de matériaux ou de déchets à déposer, le type de clôture ou les dispositifs prévus pour camoufler le dépôt, ainsi que leur emplacement ;
- ☐ s'il s'agit de démonter ou d'installer une ou plusieurs installations mobiles, leur emplacement, leur nombre et, le cas échéant, le type d'enceinte ou les dispositifs prévus pour camoufler l'installation, ainsi que la situation prévue après le démontage du dépôt ;
- ☐ Lorsqu'il s'agit de travaux techniques au sens de l'article R.IV.1-2, alinéa 1er, 5^o¹ :
 - ☐ un plan et des coupes longitudinales et transversales, avec les indications suivantes :
 - ☐ l'indication des voies publiques dans un rayon de 50 m à partir de chaque limite de la parcelle, avec leur désignation et leur largeur,
 - ☐ les limites du terrain, avec indication des dimensions ;
 - ☐ les courbes de niveau des coupes actuelles et prévues des surfaces de terrain ;
 - ☐ l'emplacement, le type ou la destination des bâtiments voisins dans un rayon de 50 m à partir de chaque limite de la parcelle ;
 - ☐ l'emplacement des bâtiments existants sur la parcelle, à conserver ou à démolir ;
 - ☐ l'emplacement des arbres à haute tige existants à conserver ou à abattre ;
 - ☐ le cas échéant, les vues des différentes populations d'arbres ou de plantes ;

¹ Par travaux techniques, on entend

a) les travaux dans lesquels l'ingénierie joue un rôle important, tels que les ponts et les tunnels, les routes, les parkings, les voies ferrées, les métros et toutes les voies de transport à base solide, les pistes de décollage/atterrissage dans les aéroports, les usines hydrauliques, les barrages, les canaux, les ports et les marinas, les prises d'eau, les lignes électriques, les pylônes (à grille), les stations de raccordement, les éoliennes, les turbines, les gazoducs, les oléoducs, les pipelines, les installations de télécommunications

b) travaux agronomiques ;

c) installations ou ouvrages dans la conception desquels l'ingénierie joue un rôle essentiel : installations de production, installations de stockage, installations de transbordement et de transport, bandes transporteuses, portiques, conduites, ponts roulants, tours de stockage, silos, installations de filtrage extérieur.

- ☐ le plan et les coupes longitudinales sont établis à l'échelle 1:200, 1:1000 ou 1:5 000 ;
- ☐ les profils transversaux sont établis à l'échelle 1:100 ou 1:50 ;
- ☐ l'avis des gestionnaires de réseau (d'énergie) concernés sur la faisabilité technique du projet ;
- ☐ un plan de situation avec indication de l'orientation à l'échelle 1:5 000 ou 1:10 000 ;
- ☐ le cas échéant, un plan général de chaque tronçon de route.

- ☐ Dans le cas de la transformation d'une construction existante, de la création d'un ou plusieurs logements, de la construction d'une véranda, d'un volume annexe ou d'une extension, la visualisation du projet avec les constructions à transformer, à démolir ou à construire, à l'échelle 1/100 ou 1/50, en précisant les éléments suivants :
 - ☐ le plan de tous les niveaux ainsi que la destination actuelle et future des locaux ;
 - ☐ les éclairages ;
 - ☐ les matériaux de parement et la teinte de la maçonnerie existante ou future en élévation et de la couverture du toit ;
 - ☐ les coupes transversales et longitudinales accompagnées des cotes, avec indication de l'altitude du rez-de-chaussée, de l'altitude du relief du sol existant et prévu et du profil des constructions adjacentes, ainsi que la composition exacte des murs et de la toiture, l'indication des conduits de fumée et de ventilation ;
 - ☐ le cas échéant, les calculs permettant d'établir le respect du critère de salubrité visé à l'article 3, point 5, du Code wallon de l'habitat durable relatif à l'éclairage naturel.

- ☐ lors de l'installation d'une ou plusieurs enseignes ou dispositifs publicitaires, d'un ou plusieurs équipements fixes ou mobiles, ou d'un ou plusieurs modules de production d'électricité ou de chaleur :
 - ☐ la vue de dessus du dispositif ou du module ;
 - ☐ la vue de face du dispositif ou du module ;
 - ☐ la description des matériaux de construction et leur teinte ;
 - ☐ pour les enseignes ou dispositifs publicitaires : la description du lettrage utilisé et, le cas échéant, de l'éclairage utilisé

- ☐ en cas de démolition d'une construction ou d'une installation :
 - ☐ la vue en plan de l'ouvrage / de l'installation ;
 - ☐ au moins trois photographies significatives de l'ouvrage / de l'installation concerné(e) ;

- ☐ en cas de changement de destination d'un bien (total ou partiel) ou de modification de la répartition des surfaces de vente et de l'activité commerciale :

- ☐ un plan présentant le contexte spatial et paysager à l'échelle 1:1000 ou 1:500 avec les indications générales susmentionnées et l'indication de la localisation des aires de stationnement des véhicules dans un rayon de 100 mètres à partir de chacune des limites de la parcelle concernée ;
- ☐ le cas échéant, les calculs permettant d'établir le respect du critère de salubrité visé à l'article 3, point 5, du Code wallon de l'habitat durable relatif à l'éclairage naturel.
- ☐ le plan de tous les niveaux ainsi que la destination actuelle et future des locaux ;
- ☐ s'il s'agit d'actes et de travaux visés à l'article D.IV.4, paragraphe 1, points 1 à 5, qui font l'objet d'une mesure de publicité particulière (D.IV.40), une **visualisation en 3D du projet urbanistique** (qui doit être affichée lors de l'annonce du projet ou de l'enquête publique visée aux articles D.VIII.6 et D.VIII.7).

Case 16 - Signatures

Signature du demandeur ou du mandataire/de l'architecte

.....

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

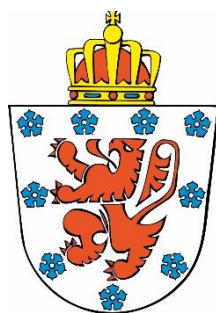
Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement aux fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.



**Demande de permis d'urbaniser ou de modification
d'un permis d'urbaniser ou d'abrogation du permis
d'urbaniser**

CHAMP RÉSERVÉ À LA COMMUNE OU AU GOUVERNEMENT

Demandeur

.....

Objet de la demande

.....

Référence du dossier

.....

Case 1 - Type de demande

Il s'agit de

- ☐ une demande de permis d'urbaniser
(avec un contenu simplifié, le cas échéant)
- ☐ une demande de modification d'un permis d'urbaniser avec référence de l'autorité compétente
.....vom
- (avec un contenu simplifié, le cas échéant)
- ☐ une demande d'annulation du permis d'urbaniser avec référence de l'autorité compétente
.....vom
- (avec un contenu simplifié, le cas échéant)
- ☐ une demande de modifications après la délivrance du permis, avant ou pendant l'achèvement des travaux conformément à l'article D.IV.72.1 ; permis d'urbaniser avec référence de l'autorité compétente vom

Case 2 - Antécédents concernant la demande

- ☐ Réunion de projet ayant eu lieu le
- ☐ Certificat d'urbanisme n°1 délivré le
- ☐ Certificat d'urbanisme n° 2 délivré le
- ☐ Permis de patrimoine délivré le
- ☐ permis d'urbanisme :
- ☐ permis d'urbaniser :
- ☐ permis de diviser :
- ☐ permis d'environnement :
- ☐ permis unique :
- ☐ Autorisation d'implantation commerciale :
- ☐ Permis intégré :
- ☐ Autres autorisations :
.....

La demande contient (à joindre en annexe) :

- ☐ le compte rendu de la réunion sans pouvoir de décision, si une réunion de projet a eu lieu
- ☐ la preuve qu'une réunion de projet obligatoire en vertu du CoDT a été demandée, si cette réunion de projet a été demandée mais n'a pas eu lieu dans les 20 jours suivant la demande

Case 3

a) Demandeur

Personne physique

Nom : Prénom :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Personne morale

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Gestionnaire de dossier

Nom : Prénom :

Propriété :

Téléphone : Fax :

E-mail :

b) Déclaration sur l'honneur

Je m'engage à solliciter les agréments ou autorisations éventuellement imposés par d'autres lois, décrets ou règlements.

Signature du demandeur ou du mandataire

.....

c) Auteur du projet

Nom : Prénom :

Dénomination ou raison sociale d'une personne morale :

Forme juridique :

Propriété :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Case 4 - Objet de la demande

Description du projet :

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Si une mise en œuvre par phases du projet est souhaitée, description et justification de la répartition des phases :

.....

.....

.....

.....

.....

Si, en vertu de l'art. D.IV.2 § 2 du CoDT, l'exclusion de certains lots du périmètre couvert par l'autorisation est souhaitée : Description de ces lots et justification de la demande d'exclusion :

.....

.....

.....

.....

.....

Case 5 - Informations sur le site du projet

Rue : Numéro

Commune :

Liste des parcelles cadastrales concernées par la demande

Si le projet concerne plus de cinq parcelles, veuillez joindre une vue en plan de l'ensemble des parcelles.

	Commune	Commune	Couloir	N° et exposant	Propriétaire
Parcelle 1					
Parcelle 2					
Parcelle 3					
Parcelle 4					
Parcelle 5					

Existence de servitudes et d'autres droits

Non

Oui :

Case 6 - Décret relatif à la protection des monuments, des petits monuments, des ensembles et des paysages culturels historiques ainsi qu'aux fouilles (Décret relatif au patrimoine)

- ☐ Le bien concerné se trouve dans la zone de protection d'un bien protégé provisoirement ou définitivement.
- Non
- Oui

- L'objet concerné est protégé à titre provisoire ou définitif en vertu du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, des sites, des ensembles et des paysages culturels historiques ainsi qu'aux fouilles archéologiques
- Non
Oui
- Réunion de projet obligatoire sur
 - référence du protocole
 - La demande contient (à joindre en annexe) :
 - Le procès-verbal de la réunion de projet obligatoire (art. D.IV.31.1)
 - Le cas échéant, les documents complémentaires qui, selon le protocole, doivent être joints à la demande

Case 7 - Situation juridique du bien

Liste des documents CoDT applicables au bien et informations sur le zonage

- Schéma de développement du territoire (en cas d'application de l'article D.II.16 du CoDT) :
- Plan de secteur :
- Carte d'utilisation des sols :
- Schéma de développement pluricommunal :
- Schéma de développement communal :
- Schéma d'orientation local :
- Guide communal de l'urbanisme :
- Guide régional de l'urbanisme :
- Permis d'urbaniser : Lot n° :
- Permis de diviser : Lot n° :
- Bien avec un arbre ou un arbuste remarquable ou une haie remarquable
- Bien soumis au régime d'imposition des bénéfices de la planification
- Site à réaménager, site pour un remembrement urbain :
- Si les normes relatives à la qualité acoustique des constructions s'appliquent au projet, veuillez joindre le formulaire Dn.

Autres caractéristiques du bien :

- Bien soumis à un risque d'accident naturel majeur ou à une contrainte géotechnique majeure : inondation dans les zones inondables au sens de l'article D.53 du code de l'eau - chute d'une paroi rocheuse - glissement de terrain - phénomène karstique - tassement de terrain - risque sismique - autre risque naturel majeur ou contrainte géotechnique : ...
- Bien situé dans ou à proximité d'un site Natura 2000 proposé ou désigné par arrêté - d'une réserve naturelle domaniale - d'une cavité souterraine d'intérêt scientifique - d'une zone humide d'intérêt biologique - d'une réserve forestière - au sens de la loi du 12 juillet 1973 relative à la conservation de la nature ...

Description - le cas échéant, description des modifications si la demande est simplifiée conformément à l'article D.IV.72.1 - le cas échéant, description des motifs justifiant l'annulation du permis d'urbaniser - le cas échéant, justification qu'il n'est pas porté atteinte aux droits découlant des accords expressément conclus entre les parties

Case 9 - Liste des exceptions et dérogations et justifications correspondantes

Lorsque la demande implique une dérogation au plan de secteur ou aux normes du guide régional d'urbanisme, ou une dérogation à un schéma, à une carte d'occupation des sols ou aux instructions d'un guide d'urbanisme :

une justification détaillée des exceptions et dérogations par rapport aux articles D.IV.5 à D.IV.13 du CoDT :

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Case 10 - Code de l'environnement

La demande contient (à joindre en annexe) :

- ☐ une note d'évaluation de l'impact environnemental
- ☐ une étude d'impact sur l'environnement

Case 11 - Décret sur la gestion des sols

Informations contenues dans la base de données au sens du décret du 1er mars 2018 relatif à la gestion et à la restauration des sols :

- ☐ non saisi (sans couleur)
- ☐ saisi (couleur pêche)
- ☐ saisi (couleur lavande)

Joindre le formulaire dûment rempli avec les documents requis au sens du décret du 1er mars 2018 relatif à la gestion et à la dépollution des sols.

Case 12 - Décret relatif à la voirie communale : création, modification ou suppression de voies communales

- ☐ Non
- ☐ Oui : brève description des travaux

Joindre les renseignements visés à l'article 11 du décret du 6 février 2014 relatif à la voirie communale ou l'approbation définitive y afférente.

Case 13 - Documents à joindre

Les documents selon les cases (le cas échéant) :

- Case 2 : Réunion de projet
- Case 6 : Décret relatif au patrimoine
- Case 10 : Code de l'environnement
- Case 11 : Gestion des sols
- Case 12 : Chemins communaux

S'il s'agit d'une demande simplifiée visée à l'article D.IV.72.1 ou d'une demande ordinaire de modification d'un permis d'urbaniser, le dossier ne comprend que les éléments relatifs aux modifications demandées.

S'il s'agit d'une demande d'annulation d'un permis d'urbaniser, le dossier comprend tous les éléments que comportait le permis initial.

Les documents suivants en quatre exemplaires (des exemplaires supplémentaires peuvent être demandés en fonction du nombre d'avis demandés) :

Les plans sont numérotés et pliés au format standard de 21 sur 29,7 cm.

- ☐ un certificat attestant que le demandeur dispose d'un droit réel sur le bien concerné ;
- ☐ un plan de situation du bien concerné, à l'échelle 1:10 000 ou 1:5 000, faisant apparaître, dans un rayon de 500 mètres, les informations suivantes :
 - ☐ l'orientation ;
 - ☐ la situation du bien concerné par le projet par rapport au cœur de la localité ;
 - ☐ les routes d'accès et leur désignation ;
- ☐ le contexte en matière d'aménagement du territoire et de paysage sur un plan à l'échelle 1:1 000 ou 1:500, sur lequel figurent les éléments suivants :
 - ☐ l'orientation ;
 - ☐ les routes d'accès avec les dimensions, et leur statut juridique ;
 - ☐ la situation, les dimensions, le type ou la destination des constructions existantes sur le bien concerné et dans un rayon de 50 mètres ;
 - ☐ les caractéristiques essentielles du paysage, telles que les éléments marquants du relief, les courbes de niveau, la végétation, y compris la présence d'arbres ou de haies remarquables au sens de l'article D.IV.4, point 12, la présence de cours d'eau ou de tout autre élément marquant du paysage sur le bien concerné dans un rayon de 100 mètres de celui-ci ;
 - ☐ l'indication numérotée des prises de vue du rapport photographique mentionné ci-après ;
- ☐ un rapport photographique permettant de prendre en compte le contexte urbanistique et paysager dans lequel s'inscrit le projet et comprenant au minimum les éléments suivants :

- ☐ deux prises de vue, la première montrant directement sur le réseau de chemins la parcelle et les bâtiments adjacents, et l'autre montrant la ou les parcelles qui se trouvent en face, de l'autre côté de la route ;
 - ☐ au moins trois prises de vue différentes pour visualiser les limites du bien concerné et les bâtiments voisins ;
 - ☐ une ou plusieurs prises de vue différentes, éloignées les unes des autres, significatives du projet, avec indication sur la photo de la localisation du projet, permettant d'avoir une vue d'ensemble du contexte paysager général dans lequel s'insère le projet ;
- ☐ un rapport contenant les informations suivantes :
- ☐ les objectifs d'aménagement du territoire et d'urbanisme pour la partie du territoire concernée ; ces objectifs décrivent dans quelle mesure le projet d'aménagement respecte, renforce ou corrige le contexte dans lequel il s'insère ou dans quelle mesure il prend ce contexte comme modèle ;
- Si le bien est situé dans le périmètre d'un schéma communal, les objectifs du permis d'urbaniser peuvent être ceux du schéma communal.
- ☐ les mesures à prendre pour atteindre ces objectifs sous la forme d'un cahier d'instructions concernant
- ☐ du réseau de transport ;
 - ☐ des infrastructures et des réseaux techniques ainsi que de la gestion des eaux usées et des eaux de surface ;
 - ☐ des espaces publics et des espaces verts ;
 - ☐ de la répartition des parcelles et de leur destination ;
 - ☐ de l'emplacement et de la hauteur des constructions et des ouvrages, des voies de circulation et des espaces publics, ainsi que de l'installation des dispositifs techniques ;
 - ☐ de la structure écologique, y compris les plantations.
- ☐ un schéma qui représente graphiquement les objectifs en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme ;
- ☐ l'occupation actuelle de la parcelle sur un plan à l'échelle 1:500 ou 1:250, sur les éléments suivants sont représentés :
- ☐ les limites de la parcelle, accompagnées des cotes, et les courbes de niveau ;
 - ☐ la numérotation des parcelles et le nom des propriétaires des parcelles adjacentes ;
 - ☐ les servitudes résultant d'une intervention humaine et existant sur le terrain ;

- ☐ le cas échéant, le tracé des infrastructures de transport de fluides et d'énergie traversant le ou les biens concernés ;
 - ☐ le plan et l'alignement des voies d'accès, ainsi que leur largeur totale, la largeur et le type de revêtement ;
 - ☐ les arrêts de transports publics les plus proches ;
 - ☐ le plan indiquant les points de raccordement des lignes d'énergie/d'eau/de communication existantes les plus proches (à l'exception des lignes d'évacuation des eaux usées), avec leurs caractéristiques techniques ;
 - ☐ le tracé et les points de débouché des conduites d'eaux usées existantes les plus proches, avec leurs caractéristiques techniques et leur capacité d'évacuation pour le bien concerné (le cas échéant, en indiquant une station d'épuration existante) ;
 - ☐ les moyens existants pour assurer l'écoulement des eaux de surface ;
- ☐ l'occupation prévue de la parcelle sur un plan à l'échelle 1:500 ou 1:250, sur les éléments suivants sont représentés :
- ☐ la destination, l'emplacement et le volume des constructions prévues ;
 - ☐ le cas échéant, les différentes phases du projet ;
 - ☐ le cas échéant, les fonctions supplémentaires, les espaces publics et les constructions ou équipements publics ou collectifs prévus ;
 - ☐ les zones constructibles cotées ; par zone constructible, il faut entendre la zone contenant le ou les volumes principaux et secondaires destinés à la destination de la zone concernée, sans préjudice des volumes secondaires isolés ;
 - ☐ l'aménagement de surface maintenu ou prévu en dehors des zones constructibles ;
 - ☐ la hauteur de la route d'accès, les équipements et aménagements routiers et, le cas échéant, les modifications prévues, avec les dimensions correspondantes ;
 - ☐ au moins une coupe longitudinale significative et une coupe transversale significative du relief du sol, avec indication des dimensions, par tronçon de route de 100 mètres de long, ainsi que, le cas échéant, les modifications envisagées avec indication des dimensions ; ces coupes transversales sont à l'échelle 1:100 ;
- ☐ un plan d'ensemble à l'échelle 1:500 ou 1:250 représentant la desserte prévue et indiquant, à titre indicatif, la répartition prévue des parcelles ;
- ☐ une ou plusieurs vues représentatives en trois dimensions des actions et des travaux envisagés ;
- ☐ **le cas échéant**, le dossier technique relatif à la création ou à la modification d'une voirie communale :
- ☐ plan et coupes longitudinales à l'échelle 1:200 ou 1:1000 ;
 - ☐ profils transversaux à l'échelle 1:100 ou 1:50 ;

- ☐ une coupe transversale type avec les matériaux de construction envisagés ; cette dernière peut être déterminée sur la base d'un cahier des charges imposé par l'autorité compétente.
- ☐ **le cas échéant**, le dossier technique relatif à la suppression d'une route communale, avec
☐ un plan de la rue à supprimer ;
- ☐ si le projet implique la création, l'extension ou la modification d'une route communale ou régionale, l'avis des gestionnaires de réseaux (d'énergie) concernés sur la faisabilité technique du projet ;
- ☐ s'il s'agit d'actes et de travaux visés à l'article D.IV.2 (permis de lotir et de diviser) qui font l'objet d'une mesure de publicité particulière (D.IV.40), une **illustration du découpage parcellaire envisagé** et, le cas échéant, l'**expression graphique des objectifs d'aménagement du territoire** et d'urbanisme pour la partie du territoire concernée (qui doivent être affichés lors de l'annonce du projet ou de l'enquête publique visée aux articles D.VIII.6 et D.VIII.7).

Case 14 - En cas de modification ou d'annulation d'un permis d'urbaniser conformément à l'article D.IV.94

La liste des propriétaires d'un lot qui ont cosigné la demande en application de l'article D.IV.95 §3 du CoDT.

Pour les propriétaires qui n'ont pas cosigné la demande, veuillez joindre la preuve des envois conformément à l'article D.IV.95 § 2 ou § 3 du CoDT

NOM	PROPRIÉTAIRE LOT N	DATE	SIGNATURE

Case 15 - Signatures

Signature du demandeur ou du mandataire/auteur du projet

.....

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement à des fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.



AVERTISSEMENT PRÉALABLE

INFRACTION AU SENS DU CODE DU DÉVELOPPEMENT TERRITORIAL

Le [date], conformément aux articles D.VII.3 à D.VII.7 du Code du développement territorial, a été constaté par :

- un fonctionnaire et agent de la Communauté germanophone figurant sur la liste établie par le Gouvernement ;
- un fonctionnaire et agent technique des communes désigné par le conseil communal ;
- un officier de police judiciaire désigné par le gouvernement conformément à l'article 44 du Décret relatif au patrimoine ;
- un fonctionnaire et agent chargé de la gestion et de la police des routes et des chemins ;
- un directeur, chef de service forestier ou agent forestier du service Nature et Forêts de la direction générale opérationnelle Agriculture, Ressources naturelles et Environnement (OGD3) du service public wallon.

qu'une ou plusieurs infractions ont été commises conformément au Code du développement territorial :

- l'exécution des actes ou travaux visés à l'article D.IV.4, la mise en valeur d'un bien au sens de l'article D.IV.2 § 1er ou le partage d'un bien au sens de l'article D.IV.2 § 3
 - sans autorisation préalable,
 - après la péremption de l'autorisation ou après l'acte ou la décision de suspension de l'autorisation
 - en cas de non-respect de l'autorisation ou de la décision de régularisation au sens de l'article D.VII.18, §2, points 1 et 2 ;

A l'exception : a) des actes accomplis en méconnaissance de la répartition des parcelles telle qu'elle résulte du permis d'urbaniser, lorsqu'ils ne nécessitent pas une modification du permis d'urbaniser conformément à l'article D.IV.94, §2 ; b) des travaux et actes faisant l'objet d'une déclaration visée à l'article D.IV.73.1, §1, alinéa 2, point 2 ;
- la poursuite des actes et travaux visés à l'article D.IV.4, de la mise en valeur d'un bien au sens de l'article D.IV.2 § 1er ou du partage d'un bien au sens de l'article D.IV.2 § 3
 - sans autorisation préalable,
 - après l'expiration de cette autorisation ou après l'acte ou la décision de suspension de l'autorisation
 - en cas de non-respect de l'autorisation ou de la décision de régularisation au sens de l'article D.VII.18, §2, points 1 et 2 ;

- sans préjudice de l'article D.VII.1bis, le maintien des travaux exécutés sans l'autorisation requise ou en méconnaissance de celle-ci ;
- le non-respect des prescriptions du plan de secteur et des normes du guide régional d'urbanisme, à l'exception des actes et travaux autorisés à titre dérogatoire, dispensés d'autorisation ou non soumis à autorisation ;
- le non-respect des règles relatives à l'affichage de l'autorisation conformément à l'article D.IV.70 ou à la publicité conformément à l'article D.IV.76 et au livre VIII ;
- l'absence de la notification du début des travaux mentionnée à l'article D.IV.71 ;
- la non-présentation des documents visés à l'article D.IV.73 ou l'établissement de documents visés à l'article D.IV.73 qui ne correspondent pas à la situation réellement existante
- l'exécution des actes ou travaux visés à l'article D.IV.4 ou la mise en valeur d'un bien visé à l'article D.IV.2 § 1er en méconnaissance des mesures de protection imposées en application du Décret relatif au patrimoine.

Sur le territoire de la commune :

Adresse :

Cadastré Commune : Parcelle : No :

Propriétaire ou contrevenant présumé :

Situation selon les plans de secteur coordonnés de la Communauté germanophone :

.....

Énumération et description de la ou des infractions d'urbanisme concernées, le cas échéant, référence de l'autorisation et désignation de l'article correspondant de l'exigence d'autorisation prévue par le Code du développement territorial :

1.

2.

3.

4. etc.....

Conformément à l'article D.VII.4 du Code du développement territorial, un délai minimum de trois mois et maximum de deux ans peut être fixé pour la mise en conformité avec la réglementation en vigueur.

Dans le cas présent, un délai de est fixé à compter de la date de la présente mise en demeure pour mettre fin aux infractions énumérées.

Les mises en conformité avec la réglementation en vigueur peuvent être obtenues par une remise en l'état initial, par le respect de l'autorisation éventuellement existante ou encore par la réalisation de démarches nécessaires. Concernant la possibilité d'une régularisation a posteriori, nous vous invitons à prendre contact avec la commune compétente pour le site des infractions réalisées.

Si, suite à la présente mise en demeure préalable, vous ne vous conformez pas à la nécessité de vous mettre en conformité avec la réglementation en vigueur dans le délai qui vous est imparti, cela entraîne l'établissement d'un procès-verbal de constatation qui sera transmis au Procureur du Roi. Les infractions font l'objet de mesures judiciaires ou administratives.

Pour votre information, conformément à l'article D.VII.7.1 du Code du développement territorial, toute demande d'autorisation portant sur des actes ou travaux pour lesquels un procès-verbal de constatation a été transmis en application de l'article D.VII.5, et qui n'a pas été déposée dans le cadre d'un contrôle de régularisation en application de l'article D.VII.18, est déclarée irrecevable jusqu'à ce que :

1. il existe une décision de régularisation définitive conformément à l'article D.VII.18, §2, points 1 ou 2 ;
2. une décision définitive ordonnant l'exécution de mesures administratives conformément à l'article D.VII.19 ou de mesures compensatoires conformément à l'article D.VII.20, accompagnée le cas échéant d'une amende administrative conformément à l'article D.VII.21, a été prise ;
3. une décision de justice définitive a été rendue ;
4. une déclaration de conformité des actes existants ou travaux avec la législation en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme, conformément à l'article D.VII.1ter §2 alinéa 1er.

la date :

Signature de l'agent chargé de la constatation

Placements :

- Plan d'ensemble
- Documentation photographique

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

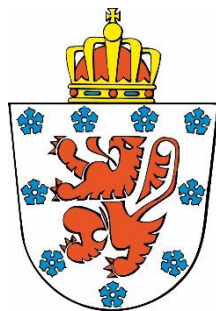
Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement aux fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.



**DEMANDE DE CONTRÔLE DE LA CONFORMITÉ
AVEC LE DROIT DE L'AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE
ET DE L'URBANISME**

CHAMP RÉSERVÉ AU GOUVERNEMENT

Demandeur

.....

Objet de la demande

.....

Référence du dossier

.....

Case 1 - Référence à l'emplacement

Numéro de référence de la demande approuvée (le cas échéant) :

Rue : Numéro

Commune :

Parcelles cadastrales concernées :

Case 2 - Demandeur

Personne physique

Nom : Prénom :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

propriété : ☐ Titulaire du permis ☐ Propriétaire ☐ Mandataire

Personne morale

Dénomination ou raison sociale :

Forme juridique :

Adresse

Rue : Numéro Bfk.....

Code postal : Commune : Pays :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Gestionnaire de dossier

Nom : Prénom :

Propriété :

Téléphone : Fax :

E-mail :

Case 3 - Informations ou documents relatifs aux travaux et actes pour lesquels la vérification de la conformité avec la législation en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme est demandée

(1) Les actes et travaux concernés ont été autorisés (référence autorisation) et sont conformes à l'autorisation (voir documents ci-joints) :

.....

(1) Les actes et travaux concernés relèvent de l'application de la présomption mentionnée à l'article D.VII.1bis (voir documents ci-joints, **la charge de la preuve du respect des conditions et de la date d'achèvement des actes et travaux incombe au demandeur**) :

.....

Les actes et travaux concernés sont (2) :

☐ les actes et travaux consistant à créer, après le 20 août 1994, un ou plusieurs logements ne répondant pas aux critères d'obtention d'un permis de location ou aux critères de salubrité et de sécurité.

☐ les actes et travaux qui ont lieu à l'intérieur d'un périmètre reconnu par la loi du 12 juillet 1973 relative à la conservation de la nature ou ses décrets d'application.

☐ Actes et travaux portant sur un bien visé à l'article D.IV.14.1.

☐ Actes et travaux ayant fait l'objet, avant le 1er février 2023, d'une décision de justice constatant la non-conformité d'actes et de travaux aux règles du droit de l'urbanisme et de l'aménagement du territoire, même si la décision de justice est affectée de procédures d'appel encore en cours. Si applicable Référence :.....

☐ Actes et travaux ayant fait l'objet, après le 1er février 2023, d'une mesure administrative définitive au sens de l'article D.VII.19 ou D.VII.20 ou d'une décision juridictionnelle définitive constatant la non-conformité des actes et travaux aux règles du droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme. Si applicable Référence :.....

(1) Les actes et travaux concernés présentent des différences par rapport à la situation autorisée pour les raisons suivantes. Les différences sont indiquées en vert sur les plans ou documents joints et concernent les points suivants :

.....
.....
.....
.....
.....

Case 5 - Documents à joindre

Les documents suivants doivent être joints en quatre exemplaires :

- ☐ Plans d'approbation de la situation initiale ou approuvée, le cas échéant
- ☐ des photos ou des documents attestant de manière irréfutable la situation initiale et la date de réalisation des actes et des travaux
- ☐ plans, photos ou documents de la situation réelle pour laquelle la présente déclaration de vérification de la conformité est demandée
- ☐ Le cas échéant, plans, photos ou documents de la situation réelle et des différences pertinentes clairement indiquées par rapport à la situation initiale ou autorisée

Les plans sont numérotés et pliés au format standard A4 (21 cm sur 29,7 cm).

Case 6 - Signatures

Je prends note que la présente vérification de conformité ne me dispense pas de l'obligation de demander des autorisations en vertu d'autres lois, décrets ou règlements.

Je déclare que tous les documents et informations fournis sont exacts et correspondent à la situation en date du [indiquer la date] correspondent à la situation réelle.

Signature du demandeur ou du mandataire

.....

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

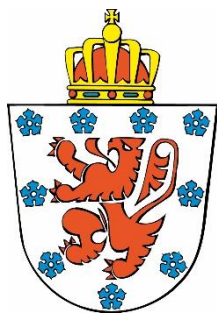
Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement à des fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.



DÉCLARATION DE CONFORMITÉ D'ACTES OU DE TRAVAUX AVEC LE DROIT DE L'AMÉNAGEMENT DU TERRITOIRE ET DE L'URBANISME

Le Gouvernement,

Vu le Code du développement territorial (ci-après dénommé "le Code") ;

Vu le livre Ier du code de l'environnement ;

Considérant que sur base des décrets conformes de la Région wallonne du 06/05/2019 et de la Communauté germanophone du 29/04/2019, la compétence en matière d'aménagement du territoire a été transférée à la Communauté germanophone le 01/01/2020 ;

Considérant que la demande concerne le bien suivant :

un domaine situé à <...>

Données cadastrales : <...> **Commune** <...> **Division** <...> **No.** <...>

Concernant <...>;

Considérant que la demande de vérification de la conformité au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme, en application de l'article **D.VII 1ter** du code, a été déposée auprès de l'autorité compétente le <date> a été introduite ;

Considérant que le <date> un avis de dépôt a été délivré conformément à l'article D.IV.32 ;

Considérant que le bien se situe dans la/les zone(s) suivante(s) des plans de secteur coordonnés de la Communauté germanophone <...> se trouve ;

Considérant que ce bien est également

- <...>
- <...>
- <...>

se trouve ;

Considérant que les documents suivants ont été soumis :

- <...>
- <...>

(1) Biffer la mention inutile.

- <...>

Considérant

- qu'aucun contrôle n'a été effectué sur place
- qu'un contrôle a été effectué sur place à l'adresse ;

(1) Considérant que la conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme de la situation en date du [date] par le demandeur peut être attestée par le Gouvernement :

(1) Les actes ou travaux énumérés étant conformes à la législation en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme, puisque <...>.

(1) Dès lors que les actes ou travaux énumérés sont conformes à la législation en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme, qu'ils relèvent de l'application de la présomption mentionnée à l'article D.VII.1bis, que <...>.

(1) Considérant que la conformité avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme ne peut être certifiée par le gouvernement :

(1) Puisque certains actes ou travaux ne sont pas conformes à la législation en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme et doivent être autorisés au moyen d'une nouvelle demande.
Le gouvernement fixe un délai de <...> (minimum trois mois et maximum deux ans) pour l'obtention d'une autorisation.

Les actes suivants doivent faire l'objet d'une demande de permis d'urbanisme :

- <...>
- <...>
- <...>

La présente déclaration vaut mise en demeure préalable conformément à l'article D.VII.4.

(1) Certains actes ou travaux n'étant pas conformes à la législation en matière d'aménagement du territoire et d'urbanisme, ils ne peuvent être autorisés.
Le gouvernement fixe un délai de <...> (minimum trois mois et maximum deux ans) pour la mise en conformité avec la réglementation et les autorisations en vigueur.

Il convient d'effectuer les actions suivantes :

- <...>
- <...>
- <...>

La présente déclaration vaut mise en demeure préalable conformément à l'article D.VII.4.

(1) Considérant que les informations transmises dans la demande ne permettent pas d'établir la déclaration de conformité au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme, par conséquent, les informations et documents suivants doivent être fournis ultérieurement :

- <...>
- <...>

- <...>

Une fois l'avis de dépôt délivré pour recevoir ces documents, un nouveau délai de traitement de 75 jours s'applique.

Pour les raisons susmentionnées,

D E C I D E :

Article 1er : La déclaration de conformité au droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme, demandée par de m requérant est <délivrée/refusée>.

Artikel 2 : Un exemplaire de la présente déclaration est transmis au demandeur et au collège communal de la commune.

Eupen, le

Le gouvernement

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement à des fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.



DÉCLARATION CONCERNANT LES DOCUMENTS INTRODITS APRÈS L'EXÉCUTION DES ACTES ET TRAVAUX

Sur le territoire de la commune :

Adresse :

Cadastré Commune : Parcelle : No :

demandeur :

Situation de fait :

Liste des autorisations concernées :

- ☐ permis d'urbanisme du <date de la décision> avec la référence <référence de l'autorité>
☐ Permis d'urbaniser/permis de diviser (invoqué comme permis d'urbanisme pour l'exécution des actes et travaux relatifs à cette voie conformément à l'article D.IV.79) du <date de la décision> avec la référence <référence de l'autorité>

En cas d'autorisations multiples, les références de toutes les autorisations réalisées doivent être indiquées.

Le [date], conformément à l'article D.IV.73 du Code du développement territorial, le dossier a été déposé après réalisation des actes ou travaux.

Conformément à l'article D.IV.60 alinéa 4, une garantie de [.....€] a été déposée.

Dans le cas présent, les documents suivants ont été remis après la réalisation des actes ou des travaux :

- (1) la déclaration sur l'honneur et le rapport photographique
- (1) les documents de mise en œuvre et le rapport photographique
- (1) le rapport photographique

La présente déclaration est faite sur base des documents fournis et à condition qu'ils reflètent fidèlement la situation réelle. Il est rappelé que, conformément à l'article D.VII.1, § 1er, point 7,

l'établissement de documents visés à l'article D.IV.73 qui ne correspondent pas à la situation réelle constitue une infraction susceptible d'être sanctionnée.

(1) Une visite des lieux a été effectuée par l'autorité le [date].

(1) L'autorité n'a pas effectué de visite sur place.

Garantie financière :

La libération de la garantie déposée conformément à l'article D.IV.60, alinéa 4, d'un montant de [.....€] est engagée.

Clôture du dossier :

(1) Le dossier est clos sur la base de la déclaration sous serment et du rapport photographique.

(1. Les différences entre la situation réelle et l'autorisation ou les autorisations mentionnées dans le dossier ne sont pas soumises à autorisation. Le dossier est clos.

(1) Les différences indiquées dans le dossier entre la situation existante et l'autorisation ou les autorisations, concernent des modifications justifiées par des raisons techniques, qui n'affectent pas les caractéristiques fondamentales du projet et qui n'augmentent pas, directement ou indirectement, les risques, les nuisances ou les inconvénients pour les personnes ou l'environnement. Le dossier est clos.

[justification]

(1) Les différences mentionnées dans le dossier entre la situation réellement existante et l'autorisation, concernent des modifications au sens de l'article D.IV.1 §2 qui n'affectent pas le projet dans ses grandes lignes et qui n'augmentent pas, directement ou indirectement, les risques, nuisances ou inconvénients pour l'homme ou l'environnement. Le dossier est clos.

Justification

(1. Les différences indiquées dans le dossier entre la situation réelle et l'autorisation sont soumises à autorisation. Les travaux et actes doivent être autorisés au moyen d'une **nouvelle demande**. Dans ce

cas, l'autorité ou la personne qu'elle a mandatée à cet effet fixe un délai minimum de trois mois et maximum de deux ans pour l'obtention de l'autorisation. La présente demande vaut mise en demeure préalable conformément à l'article D.VII.4.

Justification

Dans le cas présent, un délai de est fixé à compter de la date de la présente mise en demeure.

Si, suite à la présente mise en demeure préalable, vous ne répondez pas à la nécessité d'introduire une nouvelle demande dans le délai qui vous est imparti, cela entraîne l'établissement d'un procès-verbal de constatation qui sera transmis au Procureur du Roi. Les infractions font l'objet de mesures judiciaires ou administratives.

(re de différences entre la situation réelle et l'homologation, telles qu'elles sont indiquées dans le dossier.

Dans ce cas, l'autorité ou la personne qu'elle a mandatée à cet effet fixe un délai de trois mois minimum et de deux ans maximum pour la mise en conformité avec l'autorisation en vigueur. La présente mise en demeure vaut mise en demeure préalable conformément à l'article D.VII.4.

Dans le cas présent, un délai de est fixé à compter de la date de la présente mise en demeure.

Les adaptations à la réglementation en vigueur peuvent être obtenues par un retour à l'état initial ou par le respect de l'autorisation existante, le cas échéant.

Si, suite à la présente mise en demeure préalable, vous ne vous conformez pas à la nécessité de vous mettre en conformité avec la réglementation en vigueur dans le délai qui vous est imparti, cela entraîne l'établissement d'un procès-verbal de constatation qui sera transmis au Procureur du Roi. Les infractions font l'objet de mesures judiciaires ou administratives.

....., le.....

(1) Le directeur général,

Le bourgmestre,

(1) Le Gouvernement

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement à des fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.

<Adresse>

Date

votre signe : <référence>

Documents introduits après l'exécution des actes et travaux

<Annonce>,

conformément à l'article D.IV.73, je sou mets, <nom, prénom>, titulaire de la (des) licence(s) suivante(s), sou mets les documents de mise en œuvre de ladite (desdites) licence(s).

- ☐ permis d'urbanisme du <date de la décision> avec la référence <référence de l'autorité>
- ☐ Permis d'urbaniser/permis de diviser (invoqué comme permis d'urbanisme pour l'exécution des actes et travaux relatifs à cette voie conformément à l'article D.IV.79) du <date de la décision> avec la référence <référence de l'autorité>

En cas d'autorisations multiples, les références de toutes les autorisations réalisées doivent être indiquées.

Conformément à l'article D.IV.73, les documents d'exécution consistent, dans le cas présent, en

- ☐ Déclaration sur l'honneur (voir ci-dessous) et rapport photographique
- ☐ Documents de mise en œuvre et rapport photographique
- ☐ Rapport photo

Explication

(1) La déclaration sur l'honneur attestant que les actions ou travaux réalisés sont entièrement conformes au permis délivré et un rapport photographique documentant les vues extérieures de la construction achevée ou les actions ou travaux réalisés.

(1) Le dossier d'exécution et le rapport photographique présentent les différences entre la situation réelle et l'autorisation en rouge et indiquent les raisons qui ont conduit à ces

(1) Biffer la mention inutile

différences. Les différences sont des travaux et des actions non réalisés, réalisés différemment ou réalisés en plus.

L'autorisation initiale ayant nécessité ou impliqué le recours à un architecte, les documents contresignés et datés par l'architecte, qui reflètent la situation réelle après l'exécution des actes ou travaux et des obligations sur la base d'un métré correct, ainsi qu'un rapport photographique documentant les vues extérieures de la construction achevée ou les actes ou travaux exécutés, sont joints à la présente lettre. Une justification écrite des différences est jointe, le cas échéant.

- (1) Étant donné qu'il n'a pas été nécessaire de faire appel à un architecte ou qu'il n'a pas été fait appel à un architecte lors de l'autorisation initiale, le rapport photographique documentant les vues extérieures de la construction achevée ou les actions ou travaux effectués est joint à la présente lettre. Une justification écrite des différences sera jointe, le cas échéant.

Il est rappelé que, conformément à l'article D.VII.1, § 1er, point 7, l'établissement de documents visés à l'article D.IV.73 qui ne correspondent pas à la situation réelle constitue une infraction susceptible d'être sanctionnée.

Déclaration sur l'honneur

Par la présente, je certifie que , <Nom, Prénom>que j'ai fourni les informations ci-dessus en toute bonne foi, qu'elles sont exactes et que je n'ai rien omis.

Je déclare par la présente que la situation réellement existante après l'exécution des actes ou des travaux est conforme à l'autorisation ou aux autorisations énumérées ci-dessus.

Avec nos meilleures salutations

<prénom nom>

Placements

<Annexe>

PROTECTION DES DONNÉES

Le Ministère de la Communauté germanophone ou la commune compétente sont conjointement responsables du traitement de vos données conformément au Règlement général sur la protection des données (UE) n° 2016/679 du 27 avril 2016 et aux dispositions d'exécution correspondantes. Vos droits de la personnalité font donc l'objet d'une attention particulière. Vous trouverez de plus amples informations sur le respect de vos droits sur www.ostbelgienlive.be/datenschutz ou sur la page de la déclaration de protection des données de la commune. Vous pouvez joindre le délégué à la protection des données du ministère, Monsieur Wilfried Heyen, à l'adresse datenschutz@dgov.be. Pour contacter le délégué à la protection des données de la commune, veuillez consulter sa déclaration de confidentialité.

Conformément à la législation en matière de protection des données et au Code du développement territorial (CoDT), les données à caractère personnel communiquées seront utilisées par le service compétent du Ministère de la Communauté germanophone (si la demande est introduite auprès du Gouvernement) ou par la commune (si la demande est introduite auprès d'une commune) uniquement à des fins de traitement de votre dossier.

Ces données ne sont communiquées qu'aux autorités, instances, comités, commissions et services mentionnés dans la CoDT, notamment dans son livre IV. La Communauté germanophone ou la commune peut également communiquer vos données personnelles à des tiers si la loi l'y oblige ou si la Communauté germanophone ou la commune estime de bonne foi que cette communication est utile pour respecter une procédure légale ou dans le cadre d'une procédure judiciaire.

Ces données ne sont ni vendues ni utilisées à des fins de marketing.

Elles sont conservées aussi longtemps que le permis d'urbanisme ou le certificat est valable. En ce qui concerne les permis ou certificats d'urbanisme qui ne sont plus valables, les données électroniques sont conservées sous une forme réduite permettant à la Communauté germanophone ou à la commune de savoir si un permis ou certificat d'urbanisme vous a été accordé et s'il est toujours valable ou non.

En l'absence de réaction de la Communauté germanophone (si votre demande a été introduite auprès du Gouvernement) ou de la commune (si sa demande a été introduite auprès de la commune) dans le mois qui suit votre demande d'accès ou de rectification, vous pouvez introduire une réclamation auprès de l'Autorité de protection des données, soit sur son site web : <https://www.datenschutzbehörde.be>, soit par courrier : Autorité de protection des données, 35 Rue de la Presse - 1000 Bruxelles ou par e-mail : contact@apd-gba.be.